

KGB-Opfer
beiseite gedrängt S. 3



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 14 – 7. April 2012

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Polnische Zahlenspiele

Erste Ergebnisse der Volkszählung bieten Raum für Interpretationen **2**

Preußen / Berlin

Opfer beiseite gedrängt

Streit um ehemaliges KGB-Gefängnis: Wird roter Terror kaschiert? **3**

Hintergrund

Christen am Scheideweg

Weltweit bald mehr Muslime – Verfolgung, Gleichgültigkeit und neue Hoffnung **4**

Deutschland

Unter falscher Flagge

Piratenpartei wirbt um Netzbürger, flaggt schwarz und ist politisch tiefrot **5**

Ausland

US-Kirchen fehlt Nachwuchs

Vor allem Protestanten verlieren Anhänger **6**

Kultur

Als »öko« noch nicht schick war

Erinnerung an Carl Amery **9**

Preußen

Friedrichs erster Sieg

Die Schlacht bei Mollwitz am 10. April 1741 **11**

Foto: mauritius



Die PAZ
wünscht
ihren Lesern
frohe
Ostertage

JAN HEITMANN:

Prinzipientreue

Auf der einen Seite die verzweifelte Schlecker-Frau, auf der anderen der böse Bube FDP. Dieses Bild ist zu einfach. Wahrscheinlich, was mit 11 000 Mitarbeiterinnen der Drogeriekette passiert, ist bitter. Jahrzehntelang hat ein in mancher Hinsicht gewissenloser Unternehmer auf ihrem Rücken Millionengewinne erwirtschaftet und wie besessen und ohne jede Rücksicht expandiert, bis ihm der Laden um die Ohren geflogen ist. Ausbaden müssen es nun diejenigen, die bei kärglicher Bezahlung für ihn geschuftet haben. Eine Transfergesellschaft wäre allerdings der falsche Weg, ihr Los zu bessern. Nach sechs Monaten stünden sie wieder vor der Entlassung, das bittere Ende wäre also nur hinausgezögert. Sozialpläne und eine engagierte Vermittlung durch die Arbeitsagenturen sind geeignetere Mittel, die Betroffenen vor Arbeitslosigkeit zu bewahren. Das sollte funktionieren, in einer Zeit, in der die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt derzeit größer ist als das Angebot.

Die lautstarke Kritik an der FDP ist vordergründiges Wahlkampfgetöse und Profilierungsstreben von Parteien und Gewerkschaften, im Fall der CSU der durchsichtige Versuch, den ungeliebten Koalitionspartner genüsslich zu beschädigen. Dabei besinnen sich die Liberalen lediglich der Prinzipien einer freien Ordnungspolitik, die auf die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung des Menschen setzt und nicht Sonderinteressen dient, sondern stets die Interessen der Allgemeinheit im Auge hat. Dass die FDP mit dieser konsequenten Haltung bei den anstehenden Wahlen punkten kann, darf indes bezweifelt werden. Der Wähler honoriert auf Kosten des Steuerzahlers demonstriertes Mitleid eben eher als ordnungspolitische Vernunft.

Auf den Kopf gestellt

Euro-Rettung: Postkommunisten müssen Bundesregierung an Demokratie erinnern

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble brechen ohne schlechtes Gewissen ständig Zusagen, die sie ihrem Souverän, dem deutschen Volk, gemacht haben. Zugleich geben sie anderen die Schuld dafür, dass die Deutschen verunsichert sind.

Wieder sind alle Warnungen verhallt. Entgegen dem Rat zahlreicher Experten, dass es in die Irre führt, die Schuldenkrise mit immer noch gewaltigeren, nur durch weitere Schulden zu finanzierenden Garantien und Hilfsleistungen bewältigen zu wollen, ist Berlin abermals eingeknickt. Die Beteuerungen von Kanzlerin Merkel und ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble, Deutschland werde sich einer erneuten Anhebung des Euro-Rettungsschirmsystems verweigern, waren Schall und Rauch.

Wie Hohn klingt da das Versprechen von Unionsfraktionschef Volker Kauder, er schließe eine weitere Anhebung über die nun anvisierten 750 Milliarden Euro (alles in allem sind es in Wahrheit bereits 800 Milliarden) aus: „Wir sind bei dieser Summe und bei der wird es jetzt auch bleiben“, so Kauder im ARD-„Morgenmagazin“. Wer soll ihm das jetzt noch glauben?

Eine ebenso bizarre Figur macht Wolfgang Schäuble. Die „Bild“-Zeitung provozierte ihn mit der nahe liegenden Aufforderung: „Wetten, dass in den nächsten Monaten erneut über eine Ausweitung der Rettungsschirme verhandelt wird?“ Darauf konterte Schäuble scheinheilig: „Jetzt tun Sie genau das, was man nicht machen sollte:

Sie verunsichern die Menschen. Da mache ich nicht mit.“ Dabei ist es genau jene Politik der gebrochenen Verträge und Versprechen, welche die Deutschen verunsichert. Schäuble stellt die Dinge auf den Kopf.

Die demokratischen Parteien verstoßen durch ihre Euro-Politik massiv gegen ihre Aufgabe, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, was den Schutz seines Eigentums und den seiner verfassungsmäßigen Rechte einschließt. Wie weit sich insbesondere die bürgerlichen Parteien von ihren Fundamenten entfernt haben, hat ihnen ausgerechnet die Linkspartei schmerzlich unter die Nase gerieben.

Es war die schillernde Linkspartei-Ikone Gregor Gysi, die im Bun-

destag darauf hinwies, dass die mit der Euro-Politik zusammenhängenden Kompetenzübertragungen vom nationalen Parlament auf demokratisch kaum legitimierte EU-Instanzen gegen das Grundgesetz verstößt. Der Vertrag über den „Fiskalpakt“ etwa sehe keine Austrittsmöglichkeit mehr vor. Damit verstoße er gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über den Lissabon-Vertrag. Darin wird ausdrücklich darauf bestanden, das Deutschland souverän bleibt und Verträge kündigen dürfen muss.

Peinlich, dass Postkommunisten die Demokraten an die Grundlagen von Demokratie und Volkssouveränität erinnern müssen. Doch Berlin führt die Deutschen unverdrossen in eine umfassende Schulden-Haftungsgemeinschaft, aus der uns, so der verfassungswidrige Plan, kein Entrinnen mehr möglich sein soll.

Hans Heckel

Wird bald noch mehr
draufgelegt?
Schäuble weicht aus

Lammert kämpft für freie Rede

Fraktionsspitzen wollen kritische Abgeordnete mundtot machen

Zwischen Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und den Fraktionsführungen tobt ein Machtkampf um die Parlamentsouveränität. Auf Anweisung des Ältestenrates soll der Bundestag ohne Debatte seine Geschäftsordnung ändern, um es dem Parlamentspräsidenten künftig unmöglich zu machen, Rednern ohne Zustimmung der Fraktionen das Wort zu erteilen. Lammert hält das „weder für notwendig noch für angemessen“. Vorausgegangen war ein Streit darüber, dass Lammert den „Euro-Abwechslern“ Frank Schäffler (FDP) und Klaus-Peter Willsch (CDU) bei der Euro-Debatte im vergangenen September ohne Absprache mit den Fraktionsführungen jeweils fünf Mi-

nuten zur Gegenrede eingeräumt hatte. Die Fraktionsspitzen reagierten empört und veranlassten eine Rüge durch den Ältestenrat. Nun wollen sie Lammert in einer frakti-

Souveränität des Parlaments gefährdet

onsübergreifenden Aktion per Geschäftsordnung disziplinieren.

Doch Lammert denkt gar nicht daran, eine Einschränkung des Rederechts der Abgeordneten hinzunehmen. Er verweist auf Artikel 38 des Grundgesetzes, demzufolge die Parlamentarier „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur

ihrem Gewissen unterworfen“ sind. Danach gibt es keinen Fraktionszwang. Nach Auffassung Lammerts habe er die Pflicht, „den im Grundgesetz dargelegten Rechten der Abgeordneten auch unabhängig von den jeweiligen Fraktionen Geltung zu verschaffen“. Eine Änderung der Geschäftsordnung habe weder Auswirkungen auf die Rechtsstellung der Abgeordneten noch würde diese seine Pflicht dadurch eingeschränkt werden. Dabei kann er sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts berufen, das den Abgeordneten ein Rederecht auch gegen den Willen der Fraktionen zugestanden hat. Lammert hat dem Ältestenrat mitgeteilt, dass er sich über die Neuregelung hinwegsetzen werde. J.H.

Gysi als Lügner entlarvt?

Linken-Fraktionschef soll doch an die Stasi berichtet haben

Ein bislang unbekanntes Dokument aus der Stasi-Unterlagenbehörde belastet den Linken-Fraktionschef Gregor Gysi. Jahrelang hat Gysi bestritten, mit dem DDR-Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet zu haben. Selbst im Plenum des Bundestages wies er noch im Mai 2008 jeden Stasi-Kontakt zurück, obwohl der Immunitätsausschuss des Parlaments bereits 1998 eine inoffizielle Tätigkeit Gysis für das MfS für erwiesen hielt. Nun scheint ein von der „Welt am Sonntag“ veröffentlichter Vermerk über ein Gespräch zwischen Stasi-Offizieren und dem damaligen „Vorsitzenden des Rates der Rechtsanwaltskollegien der DDR“ zu beweisen, dass dieser tat-

sächlich Informationen an den DDR-Spitzeldienst geliefert hat. Darin geht es um ein Interview, das Gysi Anfang 1989 dem „Spiegel“ gegeben hatte. Wenn das Dokument echt ist,

Nun drohen Haft oder Geldstrafe

woran kein Zweifel zu bestehen scheint, wäre Gysi als Stasi-Informant und damit als Lügner entlarvt.

Für Thomas Strobl (CDU), den Vorsitzenden des Immunitätsausschusses, steht nach diesem Fund fest, dass Gysi „die Abgeordneten über seine Kontakte zur DDR-Staatsicherheit belogen hat“. Damit sei er

„als Volksvertreter diskreditiert“. Pikant an der Sache ist vor allem, dass Gysi im Zuge eines Rechtsstreits um die Ausstrahlung der Fernsehdokumentation „Die Akte Gysi“ im Januar 2011 eine eidesstattliche Versicherung abgegeben hat. Darin heißt es: „Ich habe zu keinem Zeitpunkt über Mandanten oder sonst jemanden wissentlich und willentlich an die Staatssicherheit berichtet.“ Nun könnte es für ihn nicht nur politisch, sondern auch juristisch Probleme geben. Sollte sich der Anfangsverdacht der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung erhärten, drohen ihm die Aufhebung seiner Immunität und eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe. Jan Heitmann



MELDUNGEN

Lüneburg verlängert Bischoff-Ausstellung

Lüneburg – Das Ostpreußische Landesmuseum (OL) in Lüneburg verlängert seine Ausstellung der Gemälde Eduard Bischoffs – wegen eines Artikels in der PAZ: Der Kulturaufmacher der vorherigen Ausgabe (Nr. 13) „Farben und Atmosphäre Ostpreußens“ über jene wunderbare Bilderschau, die auch sehr eindrücklich auf das Vertreibungsschicksal eingeht, hat eine schier überwältigende Resonanz unter der Leserschaft gefunden. Beim OL stehen seither die Telefone nicht mehr still: Enttäuschte PAZ-Leser bitten dort um Verlän-



„Die Kinder des Malers“ Bild: OL

gerung der Ausstellung, die regulär am 8. April geendet hätte. Das OL hat sich daher kurzfristig entschlossen, die Laufzeit der Ausstellung extra für die Leser der PAZ um eine Woche zu verlängern – bis einschließlich Sonntag, 15. April. An allen Feiertagen, ausdrücklich auch am Ostermontag, öffnet das Ostpreußische Landesmuseum seine Pforten, um so vielen Besuchern wie möglich noch die einmalige Gelegenheit zum Besuch zu geben.

CR

„Ich übertrage das Gefühl“. Der ostpreußische Maler Eduard Bischoff (1890–1974); Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Öffnungszeiten 10 bis 18 Uhr.

Die Schulden-Uhr: Vorteile durch Euro-Rettung

Während selbst die Bundestagsabgeordneten daran verzweifeln, zu durchschauen, wie hoch die deutschen Garantien für die Euro-Rettungsmaßnahmen EFSF und ESM insgesamt sind, rechnet EFSF-Chef Klaus Regling den Deutschen vor, dass sie ja nur Vorteile von der Euro-Rettung hätten. Schließlich gebe es keine Geschenk und permanenten Finanztransfers. Deutschland habe sogar von der Krise profitiert, da die Bundesrepublik Deutschland durch die Krise etwa 15 Milliarden Euro weniger Zinsen für seine Schulden zahle, schließlich leihen Anleger jetzt lieber Deutschland für wenig Zinsen ihr Geld, als für viel Zinsen in Ländern wie Griechenland, Portugal, Spanien oder Italien. Zudem würden auch jene Bürger profitieren, die sich derzeit für die niedrigen Zinsen eine Immobilie kaufen würden.

Bel

2.031.724.665.304 €

Vorwoche: 2.039.432.094.785 €
Verschuldung pro Kopf: 24.838 €
Vorwoche: 24.932 €

(Montag, 2. April 2012,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Polnische Zahlenspiele

Erste Ergebnisse der Volkszählung bieten Raum für Interpretationen, legen aber trotzdem Wahrheiten offen

Ob Einwohnerzahl, Besiedelungsstruktur, Erwerbsquote oder Minderheiten; nicht jedem gefallen die Ergebnisse der Volkszählung, zumal sie das in den letzten Jahren scheinbar so erfolgreiche Polen entzaubern.

Janusz Witkowski, Chef von Polens „Statistischem Zentralamt“ (GUS), sollte die ersten Ergebnisse der Volkszählung vom Frühjahr 2011, der ersten seit Polens EU-Beitritt, genau betrachten: Zählt Polen 38,2 Millionen Einwohner oder 36,09? Sind eine Million Polen in Westeuropa schlechte Patrioten oder kühle „Wirtschaftsemigranten“, die vor Polens niedrigen Löhnen und hohen Preisen fliehen? Ist Polen ein zu 97 Prozent „ethnisch reines“ Land oder leben in ihm rund 70 ethnische Minderheiten? Hat Polen Angst vor Kaschuben und „Schlonsaken“ (Schlesiern), so dass die GUS ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung heruntergerechnet hat? Ist der Rückgang der deutschen Volksgruppe um ein Drittel auf 109 000 „natürlich“ oder Ergebnis amtlicher Diskriminierung? Vermittelt die Zählung ein wahres, ein warnendes oder ein geschöntes Bild Polens?

Seit 2009 gehen die Geburtenzahlen um 20 000 pro Jahr zurück, die Selbstmordrate hingegen steigt, spätestens ab 2014 „schmilzt“ Polens Bevölkerung absolut. Der Anteil der Polen im „nachproduktiven“ Alter stieg auf 17,5 Prozent, die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre „ist nahe“, sagt Ewa Kopacz, Vizepräsidentin des Sejms. Derzeit 2,16 Millionen Arbeitslose, in einem West-Ost-Gefälle ungleichmäßig über das Land verteilt, sind der höchste Wert seit Frühjahr 2007. Sorgen macht vor allem die Gruppe der unter 25-Jährigen, in der nur 25 Prozent beschäftigt und 28,7 arbeitslos gemeldet sind. Vor Ar-

beitslosigkeit bewahrt auch keine höhere Bildung, die 16,8 Prozent aufweisen (9,9 Prozent 2002).

Verblüfft registrierten die GUS-Zähler eine Stadtfucht: Der Anteil der Stadtbewohner sank auf 60,2 Prozent, der der Dörfler steigt auf 38,2. Auf dem Lande lebt es sich kostengünstiger, und Wohnkultur ist nirgendwo luxuriös, da nur 16 Prozent aller polnischen Wohnungen Badezimmer und 15,3 WC besitzen. Immerhin hat der Wohnungsbau seit 2002 um 13,5 Prozent zugelegt, 42,4 Prozent der Polen leben in Einfamilienhäusern.

Soziale Probleme werden sich beheben oder wenigstens nicht verschärfen. Anders ist es mit der ethnischen Kohäsion, die brüchi-

ger wird. Die Deutschen gelten noch als „größte nationale Minderheit in Polen“, neben vielen anderen, und im Dezember 2011

Deutsche Volksgruppe offenbar radikal geschrumpft

hat der Europarat in einer langen Mängelliste dokumentiert, dass Polen wenig bis nichts für seine Volksgruppen in Bildung, Kultur, Gerichtswesen und Medien tut. Verärgert über zentralpolnische Arroganz sind auch Kaschuben, Masuren, Goralen und Schlonsaken, die sich um regionale Auto-

nomie bemühen und untereinander Bündnisse gegen Warschau eingehen. Dort verfährt man nach der Devise „My lepiej wiemy, kim jestescie“ (Wir wissen besser, wer ihr seid), was an Nachkriegspraktiken der „Verifizierung“, „Repolonisierung“, Markierung von „Deutschen“ und „Autochthonen“ erinnert und böses Blut schafft. Zwar haben die Deutschen als einzige Minderheit eine Repräsentanz im Sejm, aber sie sind Geschichtszeugen sui generis, wie Bernard Gaida, Präsident des Verbandes der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) 2009 dem „Slowo Zydowskie“ (Jüdisches Wort) erklärte: „Die Mehrheit unserer Mitglieder lebt in Gebieten, die historisch

mit Deutschland verbunden waren. In den Nachkriegsjahren wurden die verbliebenen Deutschen vielen Schikanen ausgesetzt: Vertreibungen, Zwangsarbeitslager, Deportierung in die UdSSR, Verbot deutscher Sprache und des Deutschunterrichts bis 1989.“

Neueste Verfolgung rügte der Europarat, als er die Zählungsdifferenzen der Deutschen nach ethnischer Deklaration (279 000), nationaler (152 897) und muttersprachlicher (204 573) vernahm. Das deutsche Auswärtige Amt spricht gar von 300 000, aber das aktuelle Ergebnis von 109 000 hält der erfahrene Gaida für „nicht schlecht“: „Eine Ursache unseres Rückgangs ist die unwirksame Kulturpolitik des Staates gegenüber den Minderheiten. Während in Ungarn und Rumänien staatliche deutsche Schulen bestehen, hat das Minderheitenschulwesen bei uns noch kaum begonnen.“

Während der Anteil der Deutschen zurückgeht, letzten andere Minderheiten 2011 zu: Kaschuben (22 800), Schlonsaken (809 000), Ukrainer (48 000), Weißrussen (47 000). Details sind der „Gemeinsamen Kommission der Regierung und der ethnischen Minderheiten“ vorbehalten, in der Piotr Dlugos (Schlonsaken) und Karol Rhode (Kaschuben) recht harsche Autonomieforderungen stellen und mit dem Unmut von vier Millionen Anhängern drohen, falls diese von GUS und Regierung unter den Teppich gekehrt würden. Da liegt Krach in der Luft, denn Chauvinisten machen Front gegen „die Autonomiebewegung Schlesiens und ihre mangelnde Loyalität zum polnischen Staat“ – wer sie unterstützt, dem wird unterstellt, er sei kein „polski patriota“, sondern ein Verräter an denen, die vor 90 Jahren „Schlesien gegen deutsche Übermacht verteidigten“.

Wolf Oschlies



Hübsch angepasst: Studentinnen der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen

Bild: Caro

Deutschland geht der Restmüll aus

Deutschlands Bekenntnis zum Recycling, das 2015 in der flächendeckenden Einführung der Wertstofftonne und Biotonne seinen vorläufigen Höhepunkt erreichen soll, sorgt offenbar dafür, dass es bald deutlich weniger Restmüll gibt. Was auf den ersten Blick erfreulich klingt, hat laut Studie des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts wirtschaftlich negative Auswirkungen auf die Müllverbrennungsanlagen im Land.

Auf Druck der Politik durch das seit 2005 geltende Deponieverbot haben die Kommunen zahlreiche große Müllverbrennungsanlagen gebaut, doch diese rentieren sich nur bei entsprechender Auslastung. Gibt es jedoch durch verstärktes Recycling weniger Restmüll, bedeutet das, dass die Kommunen zur Befüllung ihrer noch recht neuen Anlagen Restmüll aus dem Ausland importieren müssen. Derzeit macht der grenzüberschreitende Müllhandel nur zwei Prozent des inländischen Aufkommens aus, heißt es in der „Financial Times Deutschland“. Da die Ausstattung mit Verbrennungsanlagen in Großbritannien und Polen aber gering ist, dürften sich diese Länder freuen, wenn Deutschland ihnen einen Teil seines Mülls abnimmt.

Bel

Schädlicher Eifer

Sinn der Wärmedämmung stark umstritten: Schimmel und Allergien

Wenn es um vermeintlichen Umweltschutz geht, dann lässt sich die Politik auch von Experten nicht viel sagen. Und der Umstand, dass sich auch die Experten nicht einig sind, zumal viele von ihnen durch entsprechende Gesetze profitieren, macht es dem Bürger nicht einfacher, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Laut Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz und Energie-Einsparverordnung sind Hausbesitzer im Grunde genötigt, ihr Eigenheim zu dämmen, so dass sie, so die Theorie, weniger Energie verbrauchen. Doch bereits die Frage, wie viel Energie durch Dämmung eingespart wird, ist schwer zu beantworten. Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle hat erst vor einiger Zeit ermittelt, dass gerade bei klassischen Altbauten eine Wärmedämmung nur zehn bis 15 Prozent Heizenergie einspart. Auch fand der NDR für eine Sendung zum Thema heraus, dass Energieberater oft von veralteten Verbrauchsdaten ausgehen, so dass sich die Finanzierungskosten für die Wärmedämmung eines Hauses keineswegs so schnell wie angeblich durch die Einsparung bei den Energiekosten amortisieren. Des-

weiteren sind sich die Experten nicht einig, ob immer dickere Dämmschichten auch besser sind. Waren die Platten einst acht bis zehn Zentimeter dick, so sind es heute bereits bis zu 30 Zentimeter. Und wer die inzwischen 1000 Seiten umfassende Energie-Einsparverordnung lese, verspüre zudem eine „unreflektierte Wärmedämmhysterie“, so der Bausachverständige Axel Rahn.

Auch ist umstritten, inwieweit manche Dämmmaterialien auch



Zur Dämmung genötigt Bild: pa

als Brandbeschleuniger fungieren und Allergien auslösen können. Fakt ist, dass ein gedämmtes Haus gezielt gelüftet werden muss, damit sich kein Schimmel in den Räumen bildet, da das Mauerwerk jetzt nicht mehr selber „atmet“. Auch kann das Dämmmaterial selber schimmeln, wenn Feuchtigkeit eindringt. Für so manchen Hausbesitzer wurde ein hyperaktiver Specht, der sich sein Nest in die Hauswand pickte, zu einem unerfreulichen Kostenfaktor, da so Nässe eindringen konnte.

Umwelttechnisch ist auch der Dämmstoff selber skeptisch zu betrachten. So werden beispielsweise bei der Produktion für ein Kilo Styropor fünf Kilo Rohöl benötigt. Wie die Stoffe, die chemische Substanzen enthalten, später entsorgt werden, ist ebenfalls unklar.

Das einzig erfreuliche dürfte sein, dass der Staat die Einhaltung seiner Verordnungen derzeit noch nicht kontrolliert, die angedrohten Strafen also nicht wahrscheinlich sind. Daher empfehlen viele Ratgeber, auf ein Gutachten für die Befreiung von der Sanierungspflicht zu verzichten, da auch dieses schnell einen vierstelligen Betrag kosten kann. Rebecca Bellano

Auf Scharia verzichtet

Während Ende März der Verfassungskonvent in Ägypten erst seine Arbeit aufgenommen hat, haben sich die beteiligten Parteien in Tunesien, wo der sogenannte Arabische Frühling 2011 seinen Anfang nahm, bereits auf die Grundausrichtung der neuen Verfassung geeinigt. Lange hatte es so ausgesehen, als ob die in Tunesien dominierende islamistische Partei Ennahda den Salafiten und den im Land stärker werdenden muslimischen Kräften nachgeben und Tunesiens Verfassung auf der Grundlage des islamischen Rechtssystems der Scharia aufbauen würde, doch offenbar hat die Parteiführung vor den Konsequenzen zurückgeschreckt.

Nun soll die Verfassung einen weltlichen Charakter erhalten. Allerdings soll darin betont werden, dass der Islam die Religion und Arabisch die Sprache des Landes sind. Der Vorsitzende der Ennahda, Rached Ghannouchi, betonte, dass man aus Sorge um die Einheit des Landes sich für diesen Weg entschieden habe. Die Scharia als Grundlage hätte die liberalen Kräfte im Land und wohl auch das Ausland verschreckt, ein Verzicht auf die Erwähnung des Islam wiederum hätte die Religiösen erzürnt.

Bel

Autofahrer plündern

Von THEO MAASS

Unlängst verkündete die Berliner Innenverwaltung zur Freude der Autohasser in Politik und Presse, der Verfolgungsdruck auf Autofahrer solle verstärkt werden. Dies gebiete die Verkehrssicherheit. Dienen die Maßnahmen nun tatsächlich dazu, oder sind sie „nur“ dazu gut, bei solchen Bürgern, bei denen noch was zu holen ist, die Hand aufzuhalten? Tatsächlich kann man den Hartz-IV-Empfängern, die sich kaum noch die Monatskarte für die BVG leisten können, nix mehr abzwacken. Autofahrer hingegen zahlen sehr viel Steuern und können sich da fünf oder 15 Euro mehr im Monat schon noch leisten – oder?

Das Ablaufmuster stellt sich so dar: An einer Ausfallstraße, auf der früher 70 km/h Geschwindigkeitsbegrenzung galt, werden neue Schilder angeschraubt, auf denen dann 50 steht (die PAZ berichtete). Das dient weder der Umwelt noch der Verkehrssicherheit, sondern behindert bloß den Verkehrsfluss. Anschließend beginnt die restriktive Überwachung der neuen Vorschrift. Nicht an irgendwelchen Schulen oder Kindertagesstätten – dort nur ausnahmsweise –, sondern eben da, wo Einnahmen zu erwarten sind. Eilfertige Journalisten sekundieren bei dem Raubzug, indem sie die Fahrer als „Raser“ stigmatisieren und so in die halbkriminelle Ecke stellen.

Eine weitere sprudelnde Einnahmequelle der klammen hochverschuldeten Hauptstadt ist die Ausweitung der sogenannten Parkraumbewirtschaftung, die in Wahrheit nichts anderes ist als eine weitere Abzocke der Autofahrer, die mit der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Entrichtung von Mineralöl- und Kfz-Steuer ohnehin schon eine Stütze des Staates sind.

Die allermeisten Polizisten dürften ein ungutes Gefühl dabei haben, Vollstrecker einer solchen Politik sein zu müssen. Einige jedoch fühlen sich offenbar als Kämpfer für eine bessere Welt, wenn sie die angeblichen Rasern an den Kragen dürfen. Unlängst bauten Beamte im Nobelvorort Berlin-Zehlendorf eine besonders hinterhältige Radarfalle auf: an völlig unnötiger Stelle und nicht erkennbar. Zwei von ihnen suchten dann den nahe gelegenen Lidl-Markt auf, um dort Einkäufe zu tätigen. Die Nachfrage eines Bürgers, ob dies etwa Dienstzeit sei, beantwortete der eine von ihnen patzig mit: „Ja“. Nachfragen der Redaktion wegen der „Dienstzeit“ beim Innensenator Frank Henkel (CDU) und der Polizei selbst blieben bislang unbeantwortet. Allerdings war die Empörung der Kundschaft am frühen Morgen im Lidl-Markt so groß, dass die Ordnungshüter das Weite suchten, um dem Volkszorn zu entgehen. Einige engagierte Bürger bauten sich nach der Szene gar am Straßenrand auf, um mit Handzeichen herannahende Fahrer vor der hinterhältigen Falle zu warnen. Wutentbrannt räumten daraufhin die Ordnungshüter ihre Falle weg.

Opfer beiseite gedrängt

Streit um ehemaliges KGB-Gefängnis in Potsdam: Wird roter Terror kaschiert?



Weniger Gedenkort als Spionagemuseum: Die Arbeiten an der neuen Dauerausstellung im ehemaligen Potsdamer KGB-Gefängnis laufen auf Hochtouren

Bild: Theo Heimann/dapd

Es riecht nach ideologischer Absicht: Im ehemaligen KGB-Gefängnis von Potsdam erinnert kaum noch etwas an die Opfer des roten Terrors. Nun eskaliert der Streit, die Opfer wehren sich.

Bereits seit Jahren fühlen sich Opferverbände von der Gestaltung des sogenannten KGB-Museums in Potsdam ausgegrenzt. Wenige Wochen vor Eröffnung einer neuen Dauerausstellung im ehemaligen sowjetischen Geheimdienst-Gefängnis ist der Streit nun eskaliert: Noch ist relativ undurchsichtig, was sich wirklich am 23. März auf dem Gelände der Gedenk- und Begegnungsstätte in der Leistikowstraße ereignet hat.

Museumschefin Ines Reich behauptet, sie sei von einem ehemaligen Häftling des sowjetischen Untersuchungsgefängnisses in Potsdam körperlich attackiert und bedroht worden. Der angebliche Angreifer, ein 83-Jähriger, war noch als Minderjähriger in der Nachkriegszeit von der Straße weg verhaftet worden. Über die Zwischenstation des Untersuchungsgefängnisses in der Leistikowstraße wurde er in ein russisches Arbeitslager bei Workuta verschleppt: Im Gegensatz zu vielen anderen überlebte er acht Jahre Zwangsarbeit nördlich des Polarkreises.

Derartige Schicksale waren bis zum Tod Stalins im Jahr 1953 keineswegs Ausnahmefälle. Auf dem Weg ins Gulag-System war das Gefängnis in Potsdam oft die erste Station: Nach endlosen Nachtverhören und Folter lautete in vielen Fällen das Urteil auf jahr-

zehntelange Zwangsarbeit. Der Streit, wie den Opfern der kommunistischen Terrorherrschaft im Rahmen der Gedenk- und Begegnungsstätte in der Leistikowstraße gedacht werden soll, schwelt bereits länger.

Im Zentrum der Kritik steht Museumschefin Ines Reich. Hauptvorwurf: Reich lasse es im Kontakt mit den hochbetagten Zeitzeugen an Einfühlungsvermögen fehlen, selbst von Arroganz ist die Rede. Ebenso regelmäßig sorgen bauliche Veränderungen am Museum für Betroffenheit. Bodo Platt, der 1. Sprecher der Zeitzeugen-Initiative „Ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam Leistikowstr. 1“, als Jugendlicher wegen Aufbewahrung zweier Briefe wegen „Spionage“ zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, kritisiert, dass dem Ort mittlerweile viel an Authentizität genommen worden sei: Eine Isolationszelle im Obergeschoss, die so eng war, dass die Inhaftierten sich in ihr kaum bewegen konnten, ist beispielsweise nicht mehr zugänglich. Mit der Begründung einer drohenden Einsturzgefahr ist sie gesperrt worden. Erstaunlicherweise besteht die Einsturzgefahr nach erfolgter Sanierung des Gebäudes angeblich noch immer.

Ebenso wenig nachvollziehbar sind Veränderungen im Kellergeschoss. Das sonst reichlich bemühte Argument „Denkmalschutz“, mit dem Vorschläge von Opferverbänden abgeblockt wur-

den, scheint nur in ausgewählten Fällen eine Rolle zu spielen. Denn bei der Sanierung wurden nicht nur die Zellenfenster im Keller vergrößert, auch die ursprünglich vorhandenen Verdunkelungen wurden entfernt. Der Eindruck einer Total-Isolation, der sich einst bei vielen Gefangenen in den dunklen Zellen einstellte, ist für heutige Besucher nach den Umbauten kaum noch zu erahnen. Ein aus Brandschutzgründen erforderlicher Notausgang aus dem Keller wird – im Gegensatz zu den herausgerissenen Fenstern – hingegen aus Denkmalschutzgründen abgelehnt. Für Besuchergruppen dürfte damit ein Betreten der Kellerzellen – eines zentralen Ortes des einstigen Untersuchungsgefängnisses – zukünftig nicht mehr möglich sein.

Beiseite gewischt wurde ebenso der Wunsch, auf dem Gelände eine Gedenkstele zu errichten. Die merkwürdige Begründung: Dies sei der Ausdruck einer veralteten Gedenkstättenkultur aus „DDR-Zeiten“. Die Tatsache, dass auch westlich der Elbe Hunderte solcher Gedenkort existieren und bis heute errichtet werden, ignoriert die Museumsleitung.

Noch stärker in der Kritik steht die Konzeption der neuen Dauerausstellung. Bis zum Jahr 2007 wurde durch den Verein „Memorial“ vor Ort eine Ausstellung gezeigt, die auf reges Besucher-Interesse gestoßen war. Das Aus für die Ausstellung kam mit der

Begründung, dass sie keinen wissenschaftlichen Ansprüchen genüge. In- des: Angesichts der neuen Konzeption hat sich inzwischen auch bei Mitgliedern des Museums-Beirats der Eindruck eingestellt, dass dieses Argument nur vorgeschoben war. Vielmehr sollte offenbar der Schwerpunkt der Darstellung bewusst verschoben werden: Weniger Gedenk- und Begegnungsstätte – mehr Spionagemuseum. Nicht der Terror der unmittelbaren Nachkriegszeit mit zivilen deutschen Opfern, sondern die Rolle nach 1953, als reines Armeegefangnis der Sowjet-Streitkräfte, steht nun im Vordergrund: „Einzelne Spionagefälle werden aufgebläht, an die Schicksale unschuldig Inhaftierter wird nur bruchstückhaft erinnert. Das Leid und die oft barbarischen Strafen bilden nicht den Schwerpunkt der Ausstellung“ lautet etwa die Einschätzung des Gedenkstätten-Vereinschefs Richard Buchner.

Die Summe dieser Eindrücke hat inzwischen bei einem Teil der noch lebenden Opfer den Verdacht hervorgerufen, dass bewusst versucht wird, die brisante Geschichte des Ortes zu verwischen. Zur Eröffnung der neuen Dauerausstellung am 18. April wird neben dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) auch Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) erwartet. Opferverbände haben inzwischen angekündigt, alternativ zur offiziellen Eröffnungsfeier in der benachbarten Villa Quandt eine Gegenveranstaltung zu organisieren. *Norman Hanert*

Zu wenig zum Leben

Im Schatten des Jobwunders: 130 000 Berliner sind Geringverdiener

Rund 130 000 Berliner sind sogenannte Geringverdiener. Als solcher gilt, wer für eine Vollzeitstelle weniger als 1400 Euro Monatsbrutto verdient. Zudem sind 68 000 Hauptstädter inzwischen auf zwei Stellen angewiesen, um auszukommen. All das zeigen neue Zahlen der Agentur für Arbeit.

Die Zahl der Arbeitslosen in Berlin geht zwar seit Jahren zurück, darin sind sich Politiker wie Statistiker einig. Zugleich entstehen aber zu wenig Vollzeitstellen mit angemessener Bezahlung, das legen zumindest neueste Zahlen nahe.

Laut Agentur für Arbeit müssen demnach 74 000 Beschäftigte in der Stadt mit sogenannten „sittenwidrigen“ Löhnen auskommen. Als „sittenwidrig“ gilt ein Gehalt, wenn für eine Vollzeitstelle weniger als 1100 Euro brutto im Monat gezahlt werden.

Trotz Arbeit verdienen die Betroffenen so nicht mehr als Emp-

fänger von Hartz IV. Letztere erhalten zusätzlich zur Grundpauschale von in der Regel 374 Euro auch andere Kosten wie Miete und Krankenversicherung bezahlt. Obwohl sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Hauptstadt allgemein zugenommen hat,

Immer mehr müssen sogar zwei Stellen annehmen

wachsen Teilzeitbeschäftigung, Minijobs, Leiharbeit und befristete Projektarbeit auch erheblich mit. Sie tragen somit zur Entwicklung prekärer Beschäftigung bei.

Vor allem die Linkspartei habe sich in der rot-roten Koalition zu sehr auf öffentliche Beschäftigung konzentriert, ätzen nun die Grünen. Im Bereich der Langzeiterwerbslosigkeit weist Berlin ungeachtet bisheriger politischer Er-

folgsmeldungen ohnehin bundesweit nach wie vor die meisten Betroffenen auf.

Das aktuelle Eintreten der Berliner SPD für Mindestlöhne erhält so einen fahlen Beigeschmack: Gab es 2003 schon 140 000 Menschen mit einem sogenannten 400-Euro-Job, kletterte deren Zahl unter Rot-Rot auf 215 000 im vergangenen Jahr. Angesichts der neuen Zahlen fordert die Opposition im Abgeordnetenhaus, allen voran die Grünen, nun umso eindringlicher die Einführung eines Mindestlohns.

Doch der gefährdet nicht nur den schwarz-roten Koalitionsfrieden im Senat, sondern steigert entsprechend den Erfahrungen aus Frankreich auch die Jugendarbeitslosigkeit – Gift für Berlins soziale Brennpunkte. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) sprach sich Anfang März daher gegen Mindestlohn und damit gegen die Mehrheit seiner Fraktion aus. *SV*

Piraten gegen Oper

Politneulinge wollen Subventionen streichen

Nach einer langen Zeit des internen Streits und der Selbstbetrachtungen machte dieser Tage die Berliner Piratenpartei mit einem politischen Vorschlag von sich reden: Im Kulturausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses forderte ihr Abgeordneter Christopher Lauer die Streichung der staatlichen Zuschüsse für die Deutsche Oper.

Die dadurch gesparten rund 39 Millionen Euro möchte der Politiker lieber Einrichtungen und Künstlern zukommen lassen, die „selbstaufbeuterisch arbeiten müssen“ – also mit anderen Worten: die keine oder nur geringe Resonanz und damit keine oder nur geringe Einnahmen erzielen.

Lauer meinte, um eine Schließung der Oper zu vermeiden, könnten sich wohlhabende Bürger dort engagieren. Warum in dessen die von ihm bevorzugte

Klientel förderungswürdiger sein sollte, erklärte Lauer nicht. „Wir haben ja noch zwei weitere Opern“, so der Kulturpirat. Ein Teil des eingesparten Geldes könne auch zur Digitalisierung von Kunstwerken verwendet werden.

Nicht nur die Regierungsparteien SPD und CDU staunten nicht schlecht über Lauer's Auftritt, selbst die Postkommunisten und die Grünen mochten sich

dessen Vorstellungen im Kulturausschuss nicht anschließen. SPD und CDU bezeichnen die Forderungen der Piraten als „Populismus“. Der verantwortliche Kulturstaatssekretär André Schmitz erklärte, dass die drei Opernhäuser Berlins etwas Einmaliges seien. Lauer hatte übrigens bei seinem Einzug ins Parlament einen „Dilettantenbonus“ für seine Partei reklamiert. Der verbraucht sich offenbar langsam. *H.L.*

Amt schikaniert »Pro«-Partei

In Berlin versuchen sich öffentliche Verwaltungen offenbar auch mit rechtswidrigen Methoden im „Kampf gegen rechts“. Jüngstes Beispiel ist das Bezirksamt Berlin-Spandau, das versucht hat, der Partei Pro Deutschland die Abhaltung einer Parteiveranstaltung in öffentlichen Räumen zu untersagen. Dem hat das Verwaltungsgericht Berlin nun Einhalt geboten (Aktenzeichen: VG 2 L 42.12). Das Bezirksamt hatte zunächst die Raumverweigerung so begründet: „Den Überlassungsbescheid muss ich widerrufen, weil auf der Mitgliederversammlung Ihres Bezirksverbandes, die im Seniorenclub Südpark stattfinden soll, als Gastredner Herr Manfred Kleinhartlage zum Thema ‚Warum ich kein Linker mehr bin‘ sprechen soll.“ Zudem trug das Amt bei Gericht vor, die Partei habe Flugblätter zur Bewerbung der Veranstaltung verteilt. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts wenige Tage vor der Veranstaltung machte diese nun gleichsam in letzter Minute möglich. *H.L.*

Zeitzeugen



Mahin Mousapour – Der streitbaren iranischen Konvertitin und heutigen Pastorin der persischen und afghanischen Freikirchen-Gemeinde in Frankfurt am Main droht bei einer Rückkehr in den Iran die Todesstrafe. Sie kämpfte in letzter Zeit vor allem gegen die verfügte Hinrichtung des Pastors Youcef Nadarkhani in ihrem Heimatland. In über 100 Mahnwachen soll 2012 auf die weltweite Christenverfolgung aufmerksam gemacht werden. Mousapour trat bereits vor 25 Jahren zum Christentum über.



Scheich Abdulasis bin Abdullah – Der 69-jährige oberste Großmufti Saudi-Arabiens hat im März eine sogenannte Fatwa (islamisches Rechtsgutachten) erlassen, worin er zur Zerstörung aller Kirchen auf der arabischen Halbinsel auffordert. Er beruft sich auf die sogenannte Hadithe, Weisungen des Propheten. Mohammed habe auf dem Sterbebett angeblich gefordert, dass es in Arabien keine zwei Kirchen geben dürfe. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Frank Heinrich empört sich darüber, dass kein Aufschrei durch die westliche Welt ging („ohrenbetäubende Stille“) und verweist darauf, was geschähe, wenn etwa der Papst in Rom zur Zerstörung der Moscheen auffordern würde.

Papst Benedikt XVI. – Das Oberhaupt der katholischen Kirche wird am 16. April 85 Jahre alt. Es hatte 2006 mit Äußerungen über die Vergangenheit zwar die muslimische Geistlichkeit verärgert, gilt aber dennoch als ein Mann des Dialogs. Nach seiner Türkeireise wurden die Worte in der islamischen Welt differenzierter gewertet. Allerdings betont der aus Deutschland stammende ehemalige Kardinal Ratzinger ungebrochen den Alleinanspruch der katholischen Kirche auf das Wort Jesu.



Terry Jones – Der fundamentalistische Pastor aus Gainesville in Florida/USA versetzte die religiöse Welt in Alarm, als er die öffentliche Verbrennung von 200 Exemplaren des Koran ankündigte. Auf vielfachen Druck nahm er den Plan zurück. Auch im Streit um den Moscheebau nahe dem Ground Zero-Gelände in New York mischte er sich ein. Jones gehört dem evangelikalen „Christian Dove World Outreach Center“ an, das für die USA eine Renaissance starker Gläubigkeit fordert: „Stand up America“.

Christen am Scheideweg

Weltweit bald mehr Muslime – Verfolgung, Gleichgültigkeit und neue Hoffnung

Während der Papst auf seinen Reisen um neue Anhänger wirbt, wenden sich die Europäer vom Christentum ab und schwächen sich so selbst.

Das über den Ozean geschmuggelte kubanische Krokodil wurde im italienischen Cremona beschlagnahmt und ist jetzt im Zusammenhang mit der Kubareise von Papst Benedikt XVI. auf die Zuckerinsel zurückgekehrt. Das im Volksmund „Papa-Krokodil“ genannte Tier ist als herzerweichende Kooperation des Heiligen Stuhls mit dem kommunistischen Regime in Sachen Artenschutz gedacht. Der Papst verfolgte mit seiner Visite Ende März – der zweiten nach Johannes Pauls II. historischem Besuch vor zehn Jahren – das vom kubanischen Präsidenten Raoul Castro argwöhnisch beäugte Ziel, in dem elf Millionen Einwohner zählenden sozialistischen Staat wieder mehr Anhänger für die katholische Kirche zu gewinnen. Wie schon sein Amtsvorgänger will der Heilige Vater mit diesen Auslands-

besuchen für den schwächelnden Katholizismus werben und angesichts einer weltweit zunehmenden Christenverfolgung ein Zeichen setzen.

Europas Klerikern bereitet Sorge, dass nach Hochrechnungen des renommierten Pew Research Centers in Washington in etwa 20 Jahren jeder vierte Erdenbürger Moslem sein wird. Allein in Europa erhöht sich ihre Zahl durch höhere Geburten, zunehmende Einwanderung und Konvertiten von derzeit 44 auf über 58 Millionen. Gleichzeitig nehme die Abkehr von christlichen Werten zu, etwa in Irland, der ehemaligen Hochburg Roms. Seit den zahlreichen sexuellen Missbrauchsfällen auf der grünen Insel hat die Kirche stark an Glaubwürdigkeit und Einfluss verloren. Auch in Großbritannien erwarten Forscher bis 2035 einen Rückgang auf dann nur noch 1,6 Millionen bekennende Christen,

denen dann 1,96 Millionen Moslems gegenüberstünden. Die US-Gruppierung „Freedom from Religion Foundation“ forderte in einem Inserat in der „New York Times“ vor kurzem auf, die Kirchen zu verlassen. Sie hätten nach den Sexskandalen der Vergangenheit jedes Recht auf Loyalität verwirkt. Eine Anzeige, die im Gegenzug zur

Abkehr vom Islam aufrief, lehnte das Blatt mutmaßlich aus Angst vor Terroranschlägen ab.

Nach Meinung des französischen Historikers Georges Minois distanziert sich mehr als ein Fünftel der Menschheit ohnehin vom Glauben an Gott – eine unter dem Stichwort „Neuer Atheismus“ vor allem in Europa zunehmende Bewegung. Zugleich bereitet die Christenverfolgung in Nordkorea, China, Indien, Nigeria, Pakistan, im Iran und im Irak Sorgen. Weltweit wird alle fünf Minuten ein Christ ermordet, so Open Doors.

Chinesen entdecken Christentum

Das seit dem „Arabischen Frühling“ überall an die Macht kommende Muslimbruderschaft, die eng mit der radikalen Gruppe der Salafisten zusammenwirkt, hat bereits im Dezember 2011 durch ihren Führer Muhammed Badi unmissverständlich erklärt, ihr Ziel sei die Weltherrschaft des Islam mit den Regeln der Rechtsordnung Scharia.

Gleichwohl sind gerade Länder mit der stärksten Verfolgung Hoffnungsträger. So bekennen sich etwa in China nach Recherchen des britischen Magazins „Economist“ inzwischen 130 Millionen zum christlichen Glauben gegenüber 74 Millionen Mitgliedern der regierenden kommunistischen Partei, die darin naturgemäß eine Bedrohung ihrer Allmachtsstellung sieht. Pro Tag kommen demnach etwa 10 000 Kircheneintritte dazu. Auch im Iran wächst die Zahl christlicher Gemeinden im Untergrund. In Afrika schnellte die Zahl der Christen sogar von 1970 rund 17 Millionen auf heute 125 Millionen hoch.

Joachim Feyeraabend



Der Papst und das Krokodil: Das Reptil aus Kuba reiste als eine Art Botschafter des Heiligen Stuhl nach Kuba zurück

Bild: Ropi

Schwächende Zersplitterung

Tausende Glaubensrichtungen erheben Anspruch auf die Wahrheit

Ein großes Hindernis für die Solidarisierung mit den verfolgten Christen in aller Welt ist die Zersplitterung in zahlreiche Glaubensrichtungen, Einzelkirchen und Sekten. Oft weiß der Durchschnittseuropäer beim Lesen von Nachrichten nicht einmal, dass es sich bei den Verfolgten um Glaubensbrüder handelt, er hat die Namen ihrer Kongregationen vorher noch nie gehört.

Kein Wunder, denn rund 35 000 verschiedene Splitterkirchen erheben Anspruch auf die göttliche Wahrheit aus dem Neuen Testament. Besonders in den Vereinigten Staaten und in der Südsee blüht eine Vielzahl von Sekten, von christlich-fundamentalistisch und radikal bis zu wahren Blumenkindern der Religion. Auf Samoa beispielsweise ist es keine Seltenheit, dass in einem winzigen Dorf gleich drei verschiedene Kirchen stehen, die alle sonntags prall voll mit weiß gekleideten singenden Frauen mit großen Strohhüten auf dem Kopf sind.

Stärkste Fraktion ist nach wie vor die römisch-katholische Kirche mit dem Papst in Rom, dann folgen die Protestanten, die allerdings mit die größte Zersplitterung

aufweisen und unter denen sich auch die aggressivsten Zweige befinden, die etwa in Afrika für den Glauben eher gefährlich sind. Oft wird der Name Jesu auch von halb Wahnsinnigen wie dem Ugander Joseph Kony missbraucht, der seit Jahren mit seiner Mordbande „Lord's Resistance Army“ mordend und raubend mit Kindersold-

Drei verschiedene Kirchen in einem Dorf

daten durch die Dschungel Zentralafrikas zieht.

An der Weltbevölkerung von über acht Milliarden Menschen haben alle christlichen Richtungen einen Anteil von etwa 31,7 Prozent, die restlichen 68,3 Prozent teilen sich im wesentlichen Islam, Hinduismus, Buddhismus und Naturreligionen. Die USA führen mit 238 Millionen Christen die Welt-rangliste an, gefolgt von Brasilien (156), Mexiko (95), der Russischen Föderation (84), den Philippinen (68). Deutschland weist etwa 54 Millionen Christen auf, von denen nur ein Bruchteil als wirklich bekennend geführt werden darf.

Römisch-katholisch sind 1,07 Milliarden Menschen, protestantisch 375 Millionen, orthodox 150 Millionen, 600 Millionen entfallen auf die abgesplitterten Glaubensgemeinschaften. Ein Sonderfall stellen Mormonen und Zeugen Jehovas dar. Die Fundamentalisten gehen dabei sogar soweit, dass sie die Evolutionstheorie ablehnen und sich auf den Wortlaut der Bibel und ihrer Schöpfungsgeschichte berufen. Sie dominieren oft das Glaubensgeschehen in den USA.

Fernsehprediger, Massenheiler und Massenhysterien sind keine Seltenheit. Auch Weltuntergangsszenarien des bevorstehenden jüngsten Gerichts gehören dazu und haben sogar zu Massensuiziden geführt (Volkstempler 1978 mit 900 Toten in Guyana und in Uganda 500 Sektenmitglieder, darunter nicht freiwillig 68 Kinder).

In diesem Zusammenhang nur ist der Menschenaufbruch zu begriffen, den beispielsweise der Evangelist Billy Graham der evangelikalen US-Kirchen in den 1950er Jahren in seinen sogenannten „Crusades“ (Kreuzzügen) um sich versammelte, insgesamt 210 Millionen in 185 Ländern. J.F.

Behindert, blockiert und massakriert

Der Tod des 88-jährigen koptischen Oberhauptes, Papst Schenuda III., Anfang März in einer Zeit wachsender Verfolgung in Ägypten hat die christliche Gemeinschaft tief getroffen und über ihre Zukunft weiter verunsichert. Schenuda war Oberhaupt von weltweit mindestens zehn Millionen koptischen Christen, einer in Ägypten und Vorderasien sehr alten Religionsgemeinschaft, die längst vor dem Islam dort ansässig war. Allerdings mehrten sich wegen Repressalien in letzter Zeit die Auswanderungen aus dem Stammgebiet Ägypten. Menschenrechtsorganisationen zählten zwischen 2008 und 2010 gut 60 Gewalttaten eines aufgebrachten islamischen Mobs. Kopten werden zudem in Ägypten

Ohne Fürsprecher dem Mob ausgeliefert

geschäftlich behindert, von öffentlichen Ämtern ferngehalten und sehen sich vielerlei Schikanen durch staatliche Behörden ausgesetzt. Soldaten der ägyptischen Armee griffen sogar ein Kloster in der Wüste mit Maschinengewehren an. Kirchen in Alexandria, Assuan und Kairo wurden abgeackelt. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte. Fast in jedem europäischen Land sind Kopten vertreten. Das christliche Mönchtum führt sich auf die Kopten zurück.

Massiven Attacken sehen sich gegenwärtig auch die Christen im ölreichen Staat Nigeria ausgesetzt. Beinahe täglich kommt es zu blutigen Attentaten durch die Mordbande Boko Haram („Westlicher Lebensstil ist Sünde“). Ihre Attacken vom Motorrad aus auf Wirtshäuser, Polizei und christliche Kirchen machen bereits Schule, in Kenia, Pakistan und jüngst wohl auch in Frankreich. In Nigeria herrschen zeitweise bürgerkriegsähnliche Zustände, ein Zerbrennen des Staates in Nord und Süd ist nicht auszuschließen. J.F.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruff; **Heimarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreussische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Haner (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift vom Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preussische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO. **Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird

nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 3641

Unter falscher Flagge

Die Piratenpartei wirbt um Junge und Netzbürger, flaggt schwarz und ist politisch tiefrot

Nach der Wahl im Saarland werden die Piraten mit 7,4 Prozent viertstärkste Partei im Saarbrücker Landtag. In Berlin erreichten sie 2011 aus dem Stand 8,9 Prozent. Nächstes Ziel ist das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW), danach Schleswig-Holstein. Von den aufgeschreckten Altparteien müssen besonders die Grünen um Wähler bangen. Den Parteien steht ein Lehrjahr zu Chancen wie Grenzen der Aktivierung von Wählern über das Internet bevor.

„Mit dem Einzug in den ersten Landtag eines Flächenlandes hat die Piratenpartei bewiesen, dass sie in allen Ländern eine neue politische Kraft ist“, wertet die politische Bewegung ihren Wahlsieg über das Internet. „Schwarmintelligenz“ habe den Durchbruch gebracht. Dieser Schwarm, das sind laut einer ARD-Umfrage vor allem Neuwähler. Gut 23 Prozent dieser dem Internet und dessen sozialen Netzwerken zugewandten Klientel setzte zuletzt auf die noch unfertige Programmatik der neuen Gruppierung. Als Ziele beschreiben die Freibeuter „Bürgerrechte“ und „informationelle Selbstbestimmung“. „Umwelt“ rangiert an dritter Stelle, allerdings fast völlig reduziert auf den nebulösen Begriff der Nachhaltigkeit. Weitere selbst beschriebene Aufgaben wie „Transparenz“, „gesellschaftliche Teilhabe“ oder „Urheberrecht“ kreisen stets um „Teilhabe am digitalen Leben“. Das selbstgesteckte Themenfeld ist somit denkbar schmal. Was immer das Netz betreffen könnte, so das Patentrecht, rückt kurz in den Blick-

punkt, solange es eben den elektronischen Datenaustausch betrifft. Die Piraten stehen damit für einen Bedeutungswandel: Der realpolitischen Welt stellen sie die digitale gegenüber.

Das Unfertige dieser Welt wie ihrer neuen Partei macht gerade den Reiz für die jungen Anhänger aus. Laut Umfragen weiß jeder vierte Piratenwähler selbst nicht, für welche politischen Inhalte er steht. Die Piraten segeln so den Altparteien in der Gunst der Jugend davon und schaffen spontane Beteiligung, die sie von der Ochsentour hergebrachter Parteiwege loslöst. Auf Fühlungnahme mit der Netzgemeinde bedachte Politiker wie Peter Altmaier (CDU) können noch so viele digitale Beiträge leisten, ihre Sprache und ihr Wunsch nach Klarnamen

bei Diskussionen im Netz halten mit dem Ansatz der Piraten nicht mit. Die lobten, dass der CDU und solchem Weg ein „Gedankenfurz“, eine unüberlegte Äußerung vor Millionen Netznutzern, ent-

Weit von den wahren Problemen entfernt

fahre und hatte die Lacher auf ihrer Seite.

Mit den Piraten ist so eine neue chaotisch-linke Bewegung im Entstehen. Nach einer Umfrage der Forschungsgemeinschaft Wahlen wählten elf Prozent der Piratenwähler früher Grün. Gar 15 Prozent von ihnen machten zuvor ein

Kreuz für „Die Linke“. Nur sechs Prozent entschieden sich einmal für die FDP, und auch CDU und SPD verlieren vergleichsweise wenig Wähler an die Freibeuter. Das deckt sich mit den teils radikalen Vorstellungen der häufig wechselnden führenden Piraten. Piratin und Politologin Julia Schramm (Jahrgang 1985) befürwortet ausdrücklich das Ende des Konzepts Privatsphäre, dem Internet sei Dank. Sie versteht sich seit jeher als Kämpferin gegen „Öko-Spießer“, so ihre Sicht auf das Vorfeld der Grünen, auch wenn ihr „die grundsätzlichen linken Werte“ nach eigenem Bekunden „immer nah“ waren. Der 29-jährige Parteichef Sebastian Nerz will eine „transparente Politik, in der sich jeder einbringen kann“. Ein parteieigenes System

namens „Liquid Democracy“ („Flüssige Demokratie“) soll Abstimmungen und Inhaltsfindungen der Piraten für jeden im Netz möglich machen, auch mit anonymer Beteiligung. Solche Mitmachkultur ohne langfristige Inhalte und Verantwortung stellt das bisherige Parteiensystem auf die Probe. Das reagiert gereizt. FDP-Generalsekretär Patrick Döring kritisierte die Piraten, weil sie über das Internet eine „Tyrannei der Masse“ schufen. Laut SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles wird den Piraten ein Coolness-Faktor zugeschrieben.

Der Mentalitätsunterschied zwischen Alt und Neu offenbart sich schon in der Sprache. Viel Denglisch, „Queerpolitik“ und „Whistleblowing“, also Politik für alle, die Normabweichung für einen

Wert an sich halten, sowie für Tipgeber ähnlich denen der Enthüllungsorganisation Wikileaks treibt die Piraten um. Sie wollen „Klarmachen zum Ändern!“ Eigentum, besonders geistiges, achten sie namensgemäß gering, sind für „bedingungsloses Grundeinkommen“ und Kinderbetreuungsgeld von Geburt an. Auch „Gender“ ist ein Thema, dabei musste Berlins Piraten-Frontfrau Marina Weisband zugeben, dass ihre junge Partei keineswegs mehr Frauen aufbietet als die etablierten. Auch Zuwanderer sind dort rar, ebenso Äußerungen zur Euro-Krise oder Afghanistan. Die Forschungsgruppe Wahlen geht indes nicht davon aus, dass die Piraten in NRW ihr letztes Wahlergebnis von 1,5 Prozent über die Fünfprozenthürde hinaus steigern. Das entspräche durchaus dem Selbstbild: „Es gibt keine Delegierten, jeder ist gleichberechtigt.“ S. Gutschmidt



Fragwürdiges Demokratieverständnis: Für die „Piraten“ zählt nur, wer online ist. Wer kein Internet hat, weil er alt und krank ist, oder wer wenig Zeit hat, ist ausgeschlossen.

Bild: pa

MELDUNGEN

Tanzen gegen Tanzverbot

Gießen – Die Piratenpartei in Gießen hat einen Streit um das hessische Feiertagsgesetz von 1971 vom Zaun gebrochen, indem sie zur Tanzdemonstration am Karfreitag aufrief. Das Gesetz sieht ein Tanzverbot an kirchlichen Feiertagen vor. Von Kirchenseite wird die Aktion www.tanzen-gegen-tanzverbot.de als Provokation aufgefasst. Der Vorsitzende der Evangelischen Allianz Gießen, Pastor Torsten Pfrommer, meinte zwar, dass es politisch legitim sei, über die Frage nachzudenken, ob das Feiertagsgesetz mit dem Tanzverbot in einer säkularen und postchristlichen Gesellschaft noch zeitgemäß ist, begrüßte aber, dass Regierungspräsident Lars Witteck (CDU) das Tanzverbot verteidigt hatte. Vielen missfiel die Art und Weise des Vorgehens der Piraten. Bel

Eltern haben eine Holschuld

Berlin – Arbeitsministerin Ursula von der Leyen kämpft mit der Opposition um die Frage, ob eine Nachfrage in Höhe von bis zu 55 Prozent beim Bildungspaket für Kinder aus Hartz-IV-Familien als Erfolg oder als Niederlage zu deuten ist. Fakt ist, dass dieser Anteil bei der Bezuschussung von Mittagessen in der Schule zu verzeichnen ist, was klassisch gesehen eigentlich nicht unter die Rubrik Bildung, unter der der Fördertopf eigentlich steht, fällt. Anträge für die Bezuschussung von Klassenausflügen und -fahrten stellten rund 25 Prozent der Berechtigten. Bei der Unterstützung für Sportvereine und Musikschulen lag die Antragsquote in den Städten und auf dem Land schon nur noch bei knapp 20 Prozent. Eine Bezuschussung der Nachhilfe wünschten fünf Prozent, was von der Leyen damit begründet, dass die Schulen offenbar so gut ihre Arbeit machen, dass kaum Nachhilfe benötigt werde. Der Staat habe zwar bei den Bildungs- und Teilhabeleistungen eine Bringeschuld, aber umgekehrt hätten die Eltern auch eine Holschuld, so der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages. Bel

AKW-Gegner gesucht

Uneinigkeit, wer Endlager finden soll

Alles soll absolut demokratisch und transparent ablaufen. Dieses Mal wolle man die Bürger an der Suche nach dem Atommüllendlager beteiligen, so der Plan von Umweltminister Norbert Röttgen (CDU). Und am Beginn seiner Suche steht die Gründung einer neuen Behörde. Das Bundesinstitut für Endlagerung soll von einem überzeugten Kernkraftgegner geführt werden, damit die Bürger ihm das Endlager auch ablehnen.

Und so läuft derzeit hinter den Kulissen die politische Casting-show: Berlin sucht den neuen Atommüllendlager-Chef. Einfach ist das nicht, denn Röttgen will ja, dass der Auserwählte von allen gemocht wird. Dabei hat sich der Minister schon jemanden ausgesucht, und zwar den Kernkraftgegner Michael Sailer, der schon als Ingenieurs-Student auf der Baustelle des AKW Biblis demonstrierte und inzwischen in der Geschäftsfüh-

rung des Öko-Instituts tätig ist. Der langhaarige 59-Jährige ist zudem bereits Chefberater der Bundesregierung in Entsorgungsfragen und hat Röttgen überhaupt erst auf die Idee der Institutsgründung gebracht.

So manch anderer würde jedoch lieber den Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) mit der Endlagersuche beauftragen. Der 54-jährige Wolfram König ist für die Aufräumarbeiten

des Atomlagers Asse zuständig und wurde 1999 von Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin in Amt und Würden gesetzt. Und auch Sigmar Gabriel versteht sich gut mit König, mit dem er zusammengearbeitet hat, als der SPD-Chef von 2005 bis 2009 selbst Umweltminister war.

Derzeit sieht es also so aus, als ob die neu begonnene Endlagersuche bereits lange bevor es um die Beantwortung von Sachfragen geht, bereits wegen einer Personalfrage zum Streit führt. Bel

Röttgen will Bürger überzeugen

Superman Gauck



Das Compact-Magazin:

unabhängig
politisch inkorrekt
frech
positiv

Schwerpunkte der Aprilausgabe

Iran-Krieg: Macht Merkel mit?
Israel / USA: Hund beißt Herrn
Titanic-Untergang: Die Profiteure der Katastrophe
Dossier: Political Correctness
Das Ende der Meinungsfreiheit

ab 5. April im Handel • an vielen Kiosken
oder auch im Abo
abo@compact-magazin.com

www.compact-magazin.com

Anzeige

MELDUNGEN

Antideutsche auf dem Vormarsch

Athen – Wenige Wochen nach ihrer Gründung erreicht die Partei „Unabhängige Griechen“ bei Umfragen bereits Zustimmungswerte von elf Prozent bei den griechischen Wählern. Im aktuellen Wahlkampf setzt die Partei neben einer Ablehnung der Vereinbarungen Griechenlands mit der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) verstärkt auf antideutsche Rhetorik. Parteigründer Panos Kammenos fordert mit Bezug auf den Zweiten Weltkrieg nicht nur Reparationen von Deutschland, sondern ruft auch zum „Kampf gegen das Vierte Reich“ auf. Der aus der Partei „Nea Dimokratia“ ausgeschlossene Kammenos hatte 2011 für Schlagzeilen gesorgt, als er Parlamentarier beschuldigte, durch Spekulationsgeschäfte von der Krise Griechenlands profitieren zu wollen. *N.H.*

Opfern der Sowjets gedacht

Reval [Tallinn] – Der 25. März ist in Estland der staatliche Gedenktag zur Erinnerung an den Sowjetterror. Anders als der Gedenkmarch der Kriegsteilnehmer in Lettland vor wenigen Tagen aus ähnlichem Anlass blieben dieses Mal Proteste aus Russland und von europäischen Grünen aus. Am 17. Juli 1940 besetzten zunächst 25 000 Rotarmisten Estland. Es folgten Massenverhaftungen und Verschleppungen der Bevölkerung. Im Sommer 1941 mussten die Sowjets das Land in Folge der Kriegsentwicklung verlassen. Fast alle Esten begrüßten die einziehende deutsche Wehrmacht als Befreier. 1945 kam das Land wieder unter sowjetische Herrschaft und der Terror ging weiter. Nach Ende des Krieges begann dann am 25. März 1949 eine erneute Deportationswelle. Innerhalb weniger Tage wurden fast 21 000 Esten verhaftet und nach Sibirien transportiert. *Hans Lody*

US-Kirchen geht der Nachwuchs aus

Vor allem die dominierenden protestantischen Glaubensrichtungen verlieren Anhänger

Wird Amerika ein Land von Ungläubigen? Ist dieses historische Bollwerk vorwiegend protestantischer Christenheit in Gefahr zu zerbröckeln? Das Gegenteil würde man vermuten, wenn man die paradoxe Schlacht der republikanischen Präsidentschaftskandidaten in diesem Wahljahr um die Stimmen der frommen Wähler verfolgt, doch der Eindruck täuscht.

Hatte einst Präsident Thomas Jefferson (1801–1809) noch stolz die Trennung von Kirche und Staat als erste Präambel in der Verfassung verankert (was bis heute gilt), so ist nicht zu übersehen, wie sehr die Religion indirekt die US-Politik bestimmt. Da will man Mitt Romney zu Fall bringen, weil er Mormone ist (wie es einst John F. Kennedy als Katholik erleben musste). Da laufen die einflussreichsten religiösen US-Wähler, die protestantischen „White Evangelicals“ (Weiße Evangelikale) mit ihrer Tea Party in Scharen zum konservativen katholischen Rick Santorum über, während die liberaleren Katholiken den vergleichsweise liberaleren Mitt Romney wählen. (Den etwa vier Millionen mobilisierter „White Evangelicals“ verdankte 2004 bereits George W. Bush seine zweite Amtszeit.) Und während heiße politische Themen wie Wirtschaft, Jobs, Benzinpreise und Außenpolitik unter den Nägeln brennen, kommen die Männer, die US-Präsident Barack Obama ablösen wollen, nicht weg von endlosen Diskussionen über christlich-konservative Themen wie Abtreibung, Verhütung, Homosexualität und gleichge-

schlechtliche Ehe. In dieses Horn stößt auch Sarah Palin, die die Ikone der Frauenbewegung der „White Evangelicals“ geworden ist.

Wieso also sollte ein Amerika, in dem diese religiösen Stürme toben und dass zu 78,4 Prozent christlich ist, zum „Land der Ungläubigen“ werden? Grund ist ein immer dramatischer werdender Wandel in der religiösen Landschaft der USA, angeführt von den „Nones“. Das sind junge Leute zwischen 18 und 29 Jahren, die gemäß offizieller Studie auf die Frage nach ihrer Religionszugehörigkeit mit „keine“ geantwortet haben. Über 75 Prozent dieser Altersgruppe sieht sich als „spirituell, aber nicht religiös“. Die „Nones“ sind nicht atheistisch, aber sie wollen sich nicht vor-

schreiben lassen, an welchen Gott und in welcher Weise sie zu glauben haben, gleich wie sie erzogen wurden. Diese Tendenz trifft in geringem Maße auch andere Religionen wie die jüdische, die aber oh-

Einwanderer aus Lateinamerika »retten« katholische Kirche

nehin nur 1,7 Prozent ausmacht (Moslems 0,6 Prozent).

Am härtesten betroffen jedoch sind die christlichen Glaubensrichtungen. Die heftigen Verluste der katholischen US-Kirche werden dabei sogar noch aufgefangen

durch die vielen lateinamerikanischen Einwanderer. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung dank deshalb „nur“ von 33 auf rund 25 Prozent. Auf der Strecke bleiben die seit Gründungszeiten dominierenden Protestanten mit ihren ungezählten Verzweigungen. Die Mormonen, Baptisten, Zeugen Jehovas und viele mehr, sie alle leben fast nur noch von ihren älteren Mitgliedern. Die Protestanten haben seit 1960 ein Drittel ihrer Mitglieder verloren. Am stabilsten sind noch die „schwarzen“ Kirchen, die mit ihren aufwühlenden Gospel-Gesängen, temperamentvollen Chören und Predigern ihre eigene Liturgie haben. Während die Evangelikalen verbissen um ihre schwindende Macht kämpfen

und offenbar gerade deshalb in diesem Wahlkampf so stark auf sich aufmerksam machen, als könne man so den Wandel aufhalten.

Diesem entgeht auch nicht die lange unangefochtene Herrschaft der sogenannten Mega-Kirchen mit ihren prominenten TV-Predigern, die sich jahrzehntlang einer riesigen Anhängerschaft mit Millionen-Spenden erfreuten. Im Februar machte die weltberühmt gewordene „Crystal Cathedral“ von Reverend Robert H. Schuller in Orange bei Los Angeles pleite und musste verkauft werden. Der einzigartige funkelnde Glaspalast gehört jetzt der katholischen Kirche. Die an ein Luxusleben gewöhnten Schullers haben sich mit Finanzklagen im Streit von der Kongregation getrennt. Keiner weiß, was aus der legendären Fernseh-Show „Hour of Power“ wird. Schullers blonde Tochter Sheila Schuller Coleman (53), bisherige Hauptpastorin der Crystal Cathedral, hat soeben eine neue Kirche gegründet, das „Hope Center of Christ“. Sie predigt in Kinos und Einkaufszentren, so wie einst ihr Vater vor 40 Jahren begann. Religions-Professor Hubbard von der California State Universität vergleicht das dramatische Ende der langen strahlenden Schuller-Ära mit einer griechischen Tragödie: „Die Crystal Cathedral hatte ihren Platz in einer bestimmten Zeit. Diese Zeit ist vorüber. Kein Empire hält sich ewig.“ Und das sei gut so, meint der Theologe Philip Clayton: „Der Aufstieg der ‚Nones‘ mag sehr wohl eine neue Zeit des spirituellen Erwachens einleiten, in der Zweifler willkommen sind.“ *Liselotte Millauer*



Besucher bleiben aus: Die legendäre Crystal Cathedral ging 2011 pleite und musste verkauft werden. Die katholische Kirche erwarb den funkelnden Glaspalast. Bild: pa

Vor allem gut geschmiert

Irland: Korruptionsskandal wirbelt viel alten Schmutz auf

Gut 15 Jahre und geschätzte 300 Millionen Euro wurden benötigt, damit eine Untersuchungskommission des irischen Parlaments die finanziellen Verflechtungen zwischen Politikern und Bauunternehmern während der wirtschaftlichen Boomjahre Irlands durchleuchtet. Wie sich Korruption und Machtmissbrauch auf allen Ebenen der Politik von der Dubliner Regierungsspitze bis zum Gemeinderat in der irischen Provinz während der 90er Jahre ausgebreitet haben, hat der nun vorgelegte Abschlussbericht der sogenannten „Mahon“-Kommission auf 3200 Seiten detailliert erklärt.

Der Korruption überführt wurden immerhin elf hochrangige Mitglieder der Fianna-Fáil-Partei, die über fast zwei Jahrzehnte die Geschicke des Landes gelenkt hat. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen steht ohne Zweifel der langjährige Premierminister Bertie Ahern, der von 1997 bis 2008 im Amt war: Den Nachweis, dass Ahern, mit seiner Behauptung „Ich habe nie Bestechungsgeld genommen“ gelogen hat, konnte aber selbst der gut ausgestattete Untersuchungsausschuss nicht erbringen. Offen blieb zum Beispiel die Frage, woher umgerechnet 275 000 Euro

stammten, die zu Aherns Amtszeit als Finanzminister auf seinem Privatkonto eingegangen waren. Die Behauptung Bertie Aherns, dass es sich um keine Bestechungsgelder für Baugenehmigungen, sondern um „private Darlehen“ von Freunden gehandelt hat, konnte nicht widerlegt werden.

Parteispenden gegen Baugenehmigung

Aherns Ruf bleibt allerdings beschädigt, die Kommission konnte ihm nachweisen, dass er mehrfach die Unwahrheit gesagt hat, selbst als er unter Eid befragt wurde. Eindeutiger im Hinblick auf den Korruptionsvorwurf ist die Lage im Falle des langjährigen Ministers Pdraig Flynn, der auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere sogar für Irland als EU-Kommissar nach Brüssel wechselte. Der Untersuchungsbericht kommt zu dem Schluss, dass Flynn während seiner Zeit als Umweltminister von 1987 bis 1993 nachweislich 63 500 Euro Bestechungsgelder von einem Bauträger entgegengenommen hat. Eindeutig ist auch die Beur-

teilung des ehemaligen Regierungschefs Albert Reynolds. Bei Geschäftsleuten, die Lobbyarbeit bei der Regierung betrieben haben, soll er „nach finanziellen Zuwendungen getrachtet haben“.

Die Praxis, Geschäftsleute offen um Parteispenden anzugehen, um im Gegenzug Hilfe bei der Umsetzung von Bauprojekten anzubieten, scheint während der gesamten Regierungszeit der Fianna Fáil gängige Praxis gewesen zu sein. Für die ohnehin bei Wahlen abgestrafte Fianna Fáil ist der nun veröffentlichte Bericht ein erneuter Rückschlag bei dem Versuch, verlorene Reputation zurückzugewinnen. Angekündigte Parteiauschlüsse werden daran kurzfristig nichts ändern.

Offen bleibt, ob der nun veröffentlichte Bericht über jahrzehntlang grassierenden Machtmissbrauch und Korruption eine nachhaltige Wirkung auf die politische Kultur im gesamten Irland haben wird. Auch Ahern hatte bei seiner Amtsübernahme als irisches Regierungsoberhaupt, dem Amt des sogenannten „Taoiseach“, im Jahr 1997 feierlich versprochen, dass er Korruption nicht tolerieren werde und Gesetzesübertreter zur Strecke bringen wolle. Immerhin bis 2008, als die Vorwürfe gegen ihn immer lauter wurden, konnte sich Ahern im Amt halten. *N. Hanert*

Foltern für die Freiheit?

Methoden der syrischen Rebellen lassen aufschrecken

Während der Uno-Sondergesandte Kofi Annan derzeit mit einem Sechspunkte-Plan versucht, die Waffen zum Schweigen zu bringen, verliert die syrische Opposition immer mehr ihre Unschuld. Auf einen „syrischen Frühling“ hofft niemand mehr in dem gebeutelten Land.

Der Uno-Beauftragte für den Nahen Osten, Robert Serry, schätzt die Zahl der Opfer auf der Seite der Regimegegner auf 9000. Die syrische Regierung gibt die Zahl gefallener oder ermordeter Soldaten mit 3000 an. Neutrale Bestätigungen gibt es für die kolportierten Zahlen nicht. Wie immer in Kriegzeiten, betreiben beide Seiten ihr propagandistisches Geschäft auch mit erhöhten Zahlen.

Neues Licht in die Gräuel des syrischen Bürgerkrieges bringt die unabhängige Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ (HRW), die zuletzt elf Videos ins Internet stellte. Sie zeigen, wie von Rebellen gefangen genommene Regierungssoldaten systematisch gefoltert werden und dabei sogar Blut fließt. Die im libanesischen Beirut arbeitende Journalistin Ulrike Putz berichtet in „Spiegel-Online“ davon, dass in der syrischen Protesthochburg Homs sich die Aufständischen inzwischen ihr eigenes Raubgesetz gemacht haben. Es gebe ein Standgericht und eine „Brigade

von Henkern“, die gefangenen Regime-Soldaten die Kehle durchschnitten, nachdem diese unter Folter ihnen vorgeworfene Taten gestanden hätten. Auch die Uno ist inzwischen über Berichte alarmiert, dass die Rebellen Kindersoldaten im Kampf gegen Machthaber Baschar al-Assad eingesetzt haben sollen.

Selbst Kindersoldaten im Einsatz

Rachegelüste und Brutalität nehmen in den Kämpfen zu. Beide Seiten halten offenbar die geltende Kriegskonvention nicht ein. Welche Chancen der Sechspunkte-Plan von Kofi Annan in dieser Situation hat, bleibt fraglich. In der letzten Woche reiste der Gesandte zu Vermittlungsgesprächen nach Moskau und Peking, die bisher eine Entschließung des Uno-Sicherheitsrates mit militärischer Option blockiert hatten.

Die syrische Regierung akzeptierte unterdessen die Vorschläge Annans, wohingegen die Rebellen skeptisch blieben. Der Annan-Plan sieht unter anderem eine von der Uno beobachtete Waffenruhe aller kämpfenden Einheiten, die huma-

nitäre Versorgung von Verletzten und der Bevölkerung sowie umfassende Gespräche über eine politische Lösung vor, die auch Presse- und Demonstrationsfreiheit einschließt.

Der syrische Präsident Assad reiste unterdessen laut einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur Sana in die frühere Rebellenhochburg Baba Amro, wo noch vor kurzem die Henker der Rebellen ihr Werk betrieben hatten. Die syrische Armee hatte diesen Stadtteil der Rebellenhochburg Homs nach wochenlangen Kämpfen zurückerobert. Das staatliche Fernsehen zeigt nun Bilder, wie Assad von der Bevölkerung jubelnd begrüßt wurde.

Basma Kadhmani, die Sprecherin des Syrischen Nationalrates (SNC), in dem die wichtigsten Oppositionsgruppen vereint sind, äußerte die Befürchtung, dass der Diktator die Bestimmungen des Friedensplanes umgehen würde. Der SNC berät derzeit in Istanbul über den gemeinsamen Widerstand gegen das Regime von Präsident Assad. Ungeachtet der Pläne für eine Waffenruhe gehen derzeit die Kämpfe in Sabadani und Duma, Vororten von Damaskus, sowie in der Stadt Homs und in der west-syrischen Region Deir al-Sur unvermindert weiter. *Hinrich E. Bues*

Letzte Hoffnung Angola

Spanische Wirtschaft kommt nicht auf die Beine – Portugals Armut reißt spanische Banken mit

Lange Zeit gab es die Befürchtung, dass Italien mit seinem immensen Refinanzierungsbedarf von 360 Milliarden Euro im laufenden Jahr zum nächsten Krisenherd in der Euro-Zone wird. Inzwischen rücken allerdings immer mehr die Probleme Spaniens in den Vordergrund.

Die kritische Lage auf der iberischen Halbinsel könnte schon in den nächsten Monaten eskalieren. Schenkt man den neuesten Spekulationen zum Brüsseler Personalgeschacher Glauben, dann verliert Spanien zwar demnächst seinen prestigeträchtigen Sitz im EZB-Direktorium an Luxemburg, gewinnt aber dafür möglicherweise mehr Einfluss auf eine Behörde, die für Spanien in den nächsten Jahren ebenso wichtig wie die EZB werden könnte: Spaniens Verzicht auf Vertretung im EZB-Direktorium könnte mit dem Chefposten beim ständigen Euro-Rettungsschirm ESM entschädigt werden.

Angesichts nicht abbreißender Negativ-Nachrichten könnte der ESM für Spanien in den nächsten Jahren noch überlebenswichtig werden. Erst vor wenigen Wochen musste Ministerpräsident Mariano Rajoy eingestehen, dass das spanische Haushaltsdefizit statt, wie den übrigen Euro-Ländern zugesichert, bei 4,4 Prozent 2012 vermutlich bei 5,8 Prozent liegen wird. Nicht nur der Bruch der gemachten Zusicherung, der für Brüssel eine böse Überraschung war, sondern auch die von Rajoy nachgeschobene Aussage, dass es sich bei der Defizitüberschreitung um eine „soveräne Entscheidung“ Spaniens handle, kann als bewusste Brückierung sowohl der EU-Kommission als auch der Bundeskanzlerin Merkel gewertet werden. Den von Merkel vorangetriebenen EU-Fiskalpakt hatte Spanien nur wenige Tage vorher unterzeich-

net. Rajoy's Auftrumpfen hat den Pakt bereits innerhalb weniger Tage zu Makulatur werden lassen und als Täuschung zur Durchsetzung weiterer Transferzahlungen diskreditiert.

men auf breiter Front wegbrechen. Hält diese Entwicklung an, dann dürfte die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Spanien noch weiter ansteigen als bisher. Bereits 2011 hat die Zahl der Fir-

sogar praktisch jeder zweite (49,9 Prozent) – von Arbeitslosigkeit betroffen.

Diese Zahlen wären für jede Gesellschaft sozialer Sprengstoff genug, noch brisanter wird die

Preise für Häuser und Wohnungen im vierten Quartal 2011 um elf Prozent gefallen – seit Beginn der regelmäßigen Erhebungen durch die Behörde im Jahr 2008 war das der stärkste Preiseinbruch überhaupt.

Fast parallel zum Preisverfall bei den kreditfinanzierten Immobilien entwickelt sich für den spanischen Bankensektor eine weitere Bedrohung: die Zahl der nicht mehr bedienten Kredite. Nach Angaben der spanischen Zentralbank waren im Januar 791 Prozent der von den Banken ausgereichten Kredite mindestens drei Monate überfällig. Für die spanischen Banken bedeutet dies einen drohenden Ausfall von 140 Milliarden Euro.

Gefahr droht dem Bankensektor allerdings noch von anderer Seite. Zu einer Art von Brandbeschleuniger könnte sich für den spanischen Finanzsektor die Situation im Nachbarland Portugal entwickeln. Spanische Banken sind dort mit 78,8 Milliarden Euro an Krediten engagiert. Mit 249 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung ist nicht nur die Verschuldung des Privatsektors noch höher als in Spanien, auch sind die Wirtschaftsprognosen für das laufende Jahr noch pessimistischer. Während offizielle Stellen in Lissabon noch mit einem Rückgang

der Wirtschaftsleistung um lediglich drei Prozent im Laufe des Jahres rechnen, halten Analysten etwa vom Bankhaus Nomura sogar ein Schrumpfen der portugiesischen Wirtschaftsleistung um 4,4 Prozent für wahrscheinlich. Wie aussichtslos viele Portugiesen selbst die Lage einschätzen, wird an einem Phänomen deutlich, das noch vor wenigen Jahren Seltenheitswert hatte: Die ehemalige portugiesische Kolonie Angola wird für Techniker und Ingenieure immer öfter zur letzten Hoffnung bei der Suche nach Arbeit.

Norman Hanert



Fordert Verständnis für die Lage Spaniens ein: Rajoy erklärt der Kanzlerin die Nöte seines Landes

Bild: pa

Nötig werden könnten solche Zahlungen schon bald und sogar in einem erheblichen Umfang. Die größte Gefahr geht dabei nicht einmal von der staatlichen Verschuldung Spaniens aus, sondern von der Verschuldung der Privathaushalte und Unternehmen. Untersuchungen der Unternehmensberatung McKinsey zufolge ist die durchschnittliche Verschuldung spanischer Unternehmen sechsmal höher als die deutscher. In dieser ohnehin ungünstigen Ausgangslage häufen sich die Meldungen, dass die Gewinne spanischer Unterneh-

menpleiten nach Angaben des Wirtschaftsauskunftsdiensts Creditreform um 18,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugelegt.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Arbeitslosenzahlen

Fiskalpakt ist bereits gebrochen worden

wieder. So ist mittlerweile fast jeder vierte Spanier (23,2 Prozent) – unter den Jugendlichen

um sich greifende Arbeitslosigkeit angesichts der Verschuldung der Privathaushalte in Spanien. Im Vergleich zur Wirtschaftsleistung ist der Privatsektor mit 227 Prozent (Deutschland 63 Prozent) verschuldet. Aufgenommen wurden die Schulden zu einem erheblichen Teil zur Finanzierung von Immobilien.

Auch auf diesem Sektor – für Jahre eigentlicher Motor des Wirtschaftsaufschwungs in Spanien – scheint die Krise nicht beendet, sondern erst am Anfang zu stehen. Nach Angaben des spanischen Statistikamtes sind die

Arbeitgeber wollen Zeche nicht zahlen

Kaum ist der Tarifstreit zwischen der Gewerkschaft und den Arbeitgebern des Öffentlichen Dienstes beendet, beginnt der Streit zwischen Bund und Ländern. Der Bund solle sich mehr im sozialen Sektor engagieren, versuchen Länder und Kommunen, die Mehrkosten durch den Tarifabschluss in Höhe der auf zwei Jahre zu verteilenden 6,3 Prozent auf den Bund mit abzuwälzen. Etwa die Eingliederungshilfen für Behinderte seien keine kommunale Aufgabe. Diese kosteten Städte und Gemeinden aber jährlich knapp 14 Milliarden Euro, so der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Der Bund sieht sich jedoch nicht in der Pflicht, zumal Länder und Kommunen bei den Verhandlungen beteiligt waren und somit zugestimmt haben, dass die Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes bei einem zu erwartenden Wirtschaftswachstum in Höhe von etwa 0,7 Prozent in diesem Jahr Gehaltserhöhungen in der zugesagten Größe erhält. Diese wiederum drohen nun mit Abbau von Arbeitsplätzen, Erhöhung der Gebühren für die Bürger und weiteren in der Bevölkerung umstrittenen Privatisierungen. *Bel*

Schatz der Bürger im Visier

Die Türkei will an das Gold ihrer Bürger

Geht es um den Schutz vor Geldentwertung, dann setzen viele Türken traditionell auf Gold als Wertspeicher. Ablesbar ist dies unter anderem an den Zahlen zum weltweiten Goldabsatz, die vom World Gold Council regelmäßig veröffentlicht werden. Weltweit lag die Türkei im Jahr 2011 mit einer Nettogoldnachfrage von 144,2 Tonnen im weltweiten Vergleich auf einem der vorderen Plätze. Nur in China, Indien, den USA und Deutschland war die Nachfrage nach Gold größer als auf dem türkischen Markt.

Bei einer nur geringen Eigenförderung wird die Goldeinfuhr angesichts eines ohnehin chronischen Außenhandelsdefizits allerdings immer mehr zum Problem. Geht es nach Plänen der Türkischen Zentralbank, dann soll der Hang vieler Türken zum Gold nun allerdings sogar zur Lösung eines anderen immer drängenderen Problems werden: der geringen türkischen Sparquote. Die beträgt nur noch etwa 13 Prozent und ist damit auf den tiefsten Stand seit 30 Jahren abgesunken. Gleichzeitg beginnen ausländische Kreditgeber damit, sich immer stärker zurückzuziehen.

Kaum verwunderlich ist, dass der Goldbesitz in Privathand bei Regierung und Zentralbank nun Begehrlichkeiten weckt. Während die Zentralbank selbst nur Gold im Wert von elf Milliarden Dollar und die Geschäftsbanken im Wert von 8,7 Milliarden Dollar in den Bilanzen haben, gehen Schätzungen der türkischen Goldraffinerie Istanbul

Außenhandelsdefizit lähmt Ankara auf Dauer

Altin Rafinerisi (IAR) davon aus, dass in den türkischen Privathaushalten 5000 Tonnen Gold im Wert von etwa 290 Milliarden Dollar vorhanden sind.

Diese privaten Bestände sollen nun durch einen Vorschlag des Zentralbankchefs Erdem Basci dem Staat verfügbar gemacht werden. Der Plan sieht folgendermaßen aus: Die privaten Goldbesitzer liefern bei den Banken des Landes ihr Gold ab und erhalten dafür verzinsten Zertifikate. Die unausgesprochene Konsequenz dieser Maßnahmen zur „Erhöhung der türkischen Sparquote“ ist, dass die

Banken mit dem Gold als Einlage wiederum in der Lage sind, ihre Kreditvergabe hochzufahren. Zumindest vorübergehend ließe sich so das Defizit im Staatshaushalt als auch im Außenhandel – inzwischen hat die Türkei das höchste Leistungsbilanzdefizit aller G-20-Staaten – abdecken. Zumindest wenn der Plan aufgeht. Fraglich ist nämlich, ob der Vorschlag der verzinsten Goldzertifikate – bei denen es sich de facto nur um eine Kreditgewährung durch die Goldbesitzer an die Banken im Gegenzug zu einem Versprechen in Papierform handelt – bei der türkischen Bevölkerung ankommt. Dreistellige Inflationsraten bei der türkischen Lira liegen zwar einige Zeit zurück, allerdings ist auch eine Teuerungsrate von aktuell zehn Prozent kein Anreiz dafür, Gold in wertloser werdendes Papiergeld umzutauschen. Die Entwicklung sieht gegenteilig aus. 2011 haben sich die türkischen Goldeinfuhren mit etwa 80 Tonnen gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Der Vorschlag, privaten Goldbesitz nun bei den Banken abzuliefern, könnte das Misstrauen vieler Türken hinsichtlich der wahren wirtschaftlichen Lage des Landes erst noch wecken. *N.H.*

Embargo getrotzt

Iran-Geschäft deutscher Firmen läuft weiter

Des einen Freud ist des anderen Leid. In diesem Fall freut sich so mancher Exporteur darüber, dass trotz verschärfter Sanktionen gegen den Iran seine Geschäfte mit dem Land, wenn auch anders als zuvor, weiterlaufen. Derweil versucht die Bundesregierung zu klären, wieso ihr Ziel, durch Beschränkungen des Handels die die Abwicklung der Überweisung über ein Drittland. Bei der Abwicklung der Zahlung über ein

Bezahlung ist das größte Problem

Zwar sind die Exporte aus Deutschland in den Iran 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 18 Prozent zurückgegangen, trotzdem haben sie noch einen Wert in Höhe von 3,1 Milliarden Euro gehabt. Problematisch ist durch die Sanktionen vor allem die Bezahlung der Waren geworden. Da iranische Banken nicht mehr in der EU agieren dürfen und die großen deutsche Banken ihr Iran-Geschäft, wie von Brüssel und den USA gewünscht, eingestellt haben, musste man auf traditionelle Lösungen zurückgreifen. „Für dieses Problem gibt es viele verschie-

KURZ NOTIERT

Made in USA: Es sind nicht nur steigende Arbeits- und Transportkosten in Asien und bessere logistische Möglichkeiten in den USA, die immer mehr US-Firmen zur Rückholung ihrer Produktion bewegen. Auch das mit „Made in USA“ verbundene bessere Image und die Möglichkeit, hierfür einen höheren Preis zu verlangen, macht die Produktionsverlagerung attraktiv. Und so schätzt die Unternehmensberatung Boston Consulting, dass bis 2020 jährlich Produktionskapazitäten in Höhe von 20 bis 55 Milliarden Dollar und mit insgesamt drei Millionen Arbeitsplätzen „heimgeholt“ werden. *Bel*

Falscher Goldbarren: Als Fälschung hat sich ein durch einen Händler in Großbritannien angekaufter Goldbarren herausgestellt. Eine aufgrund einer Gewichtsdivergenz vorgenommene Prüfung des vermeintlichen Ein-Kilogramm-Barrens aus Feingold ergab im Kern eine Füllung aus 30 bis 40 Prozent Wolfram. *N.H.*

Frauenquote wäre Eingriff ins Eigentumsrecht: Bisher traf die Politik beim Thema Frauenquote selten auf offenen Widerstand aus der Wirtschaft. Doch in der „Wirtschaftswoche“ bekannte Ulf Schneider, Chef des Gesundheitskonzerns Fresenius, Farbe. Er bezeichnete eine staatliche Frauenquote als einen „unzulässigen Eingriff in das Eigentumsrecht der Aktionäre und Unternehmen“. Weiter: „Wir lassen uns nicht diktieren, wie wir unsere Führungsstellen zu besetzen haben. Wir besetzen nach Qualifikation.“ *Bel*

Griechen müssen deutlich billiger werden: Nach Berechnungen von ifo-Chef Hans-Werner Sinn müssten die Griechen um 37 Prozent billiger produzieren als jetzt, dann wären sie so teuer wie die Türkei und somit konkurrenzfähig. Danach würden automatisch die Touristen wieder in der notwendigen Anzahl nach Griechenland schwärmen. Auch würden die Griechen wieder Tomaten und Olivenöl aus dem eigenen Land verzehren, statt diese billiger aus dem Ausland zu importieren. *Bel*

dene handgestrickte Lösungen“, so der Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Handelskammer in Hamburg, Michael Tockuss, gegenüber der „Financial Times Deutschland“. So würden die Unternehmen bei kleineren Beträgen von bis zu 50 000 Euro auf den klassischen Geldkoffer zurückgreifen. Zudem gebe es noch die Möglichkeit des Tauschgeschäftes oder

Wie der Herr, so ...

Von Manuel Ruoff

Wenn der Mittelständler Pleite macht, kommt der Gerichtsvollzieher, bei Holzmann kommt der Bundeskanzler“, hieß es einst zu Zeiten Gerhard Schröders. Es entspricht dem Gleichheitsgrundsatz, dass diese Privilegierung von Großbetrieben und deren Angehörigen im Falle Schleckers ausblieb. Allerdings ist der Schlecker-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden schwer zu widersprechen, wenn sie klagt, für alles gebe es in dieser Republik einen Rettungsschirm, auch ein Ehrensold werde ausbezahlt, aber für die Frauen von Schlecker gebe es kein Geld. Hier zeigt sich, dass Gerhart Baum Unrecht hat,

wenn er Hans Herbert von Arnims Kritik an Christian Wulffs Ehrensold bei Günther Jauch als unwichtig abtut. Für den Politrentner mögen 200 000 Euro per anno „peanuts“ sein, für Otto Normalverbraucher sind sie es nicht. Der Fisch fängt vom Kopf an zu stinken, weiß der Volksmund und: „Wie der Herr, so's Gescherr.“ Wenn die politische Klasse eines ihrer Mitglieder wie Wulff derart alimentiert, fordert sie es förmlich heraus, dass auch andere für ihre Klientel Staatsknete fürs Nichtarbeiten verlangen, und sei es auch im Gegensatz zu Wulff befristet und ungleich weniger als beim Altpäsidenten.

Gauck muss liefern

Von Wilhelm v. Gottberg

Viele Menschen in Deutschland erwarten von Joachim Gauck, dass er dem Amt, das durch seinen Vorgänger beschädigt wurde, neue Strahlkraft verleiht. Zu dieser Hoffnung geben seine bisherigen präsidentialen Aussagen Anlass. Wir wollen heute nicht einzelne Aussagen des Präsidenten hinterfragen. Es ist guter Brauch, allen Spitzenrepräsentanten in Staat und Gesellschaft nach Amtsantritt 100 Tage Einarbeitung zu gewähren und in dieser Zeit mit Kritik zu verschonen.

Mit seiner Rede nach seiner Vereidigung hatte Gauck eine beachtliche Leistung vollbracht. Die gesamte politische Klasse war mit den politischen Aussagen dieser Ansprache zufrieden. Für jede politische Gruppierung war etwas dabei. Der frühere evangelische Pfarrer hatte Luthers Ratsschlag beherzigt und dem Volk aufs Maul geschaut.

Allerdings, Hunderttausende erwarten von dem wortmächtigen Protestanten, dass er in Zukunft ihre Sorgen und Ängste be-

nennt und die Politik mahnt, diesen abzuwehren. Der elfte Präsident hat mit der Festlegung auf sein Generalthema „Freiheit“ Erwartungen geweckt. Für die Leser der PAZ wollen wir einige Erwartungen formulieren. Die Freiheit des Einzelnen wird in Deutschland durch eine Gesetzesflut und bürokratische Ausführungsbestimmungen beeinträchtigt. Zur Sicherung der Freiheit gehört eine gesicherte Eigentumsordnung, das Recht auf Eigentum ist ein Grundrecht. Gauck muss etwas sagen zu den nicht geheilten Enteignungsmaßnahmen in der SBZ zwischen 1945 und 1949. Die Meinungsfreiheit ist in Deutschland notleidend. Wer eine vom Mainstream abweichende Meinung zu Preußen, zur Kriegsschuld, zur Ausländerpolitik und zur Selbstbedienungsmentalität der politischen Parteien äußert, wird heute ehrverletzend mit der Faschismuskeule niedergemacht. Freiheit!? Ein weites Feld. Herr Bundespräsident, übernehmen Sie.

Bürgerrechtler gab es gar nicht

Von Vera Lengsfeld

Die Behauptung von Hans-Jochen Tschiche, einst Pfarrer in der DDR und 1989 Gründungsmitglied der DDR-Bürgerrechtsbewegung „Neues Forum“, Bundespräsident Joachim Gauck wäre kein Bürgerrechtler gewesen, rauscht durch den Blätterwald. Stimmt, denn Bürgerrechtler gab es nicht in der DDR. Es gab viele unterschiedliche Formen des Widerstandes, meist, aber nicht nur, unter dem Dach der evangelischen Kirche. Die 3000 bis 4000 Menschen, die Tschiche unter dem Etikett „Bürgerrechtler“ fasst, waren die Aktivistinnen der „Unabhängigen Friedens-, Umwelt-, und Menschenrechtsbewegung“, wie sie sich nannten, weil das Wort „Opposition“ aus strafrechtlichen Gründen unbedingt vermieden werden musste.

Neben der Unabhängigen Friedens-, Umwelt-, und Menschenrechtsbewegung gab es noch jede Menge anderer Initiativen. Wir hatten ja die heutigen Kommunikationsmittel nicht zur Verfügung. Auf alle, die Widerstand gegen das SED-Regime leisteten, wurde im

Herbst 1989 der Begriff Bürgerrechtler angewandt. Insofern trägt Gauck ihn mit Recht.

Tschiches absurde Verkürzung, Bürgerrechtler wäre nur gewesen, wer einen Rauschbart, zerknitterte Hosen und eine linke Gesinnung gehabt hätte, ist schon deshalb lächerlich, weil über die Hälfte der Aktivistinnen Frauen waren, die sich aus naheliegenden Gründen keine Bärte stehen lassen konnten und eher selten in zerknitterten Hosen auftraten.

Das „Neue Forum“ wurde übrigens von einem exklusiven Kreis gegründet, zu dem zum Beispiel Rainer Eppelmann und ich nicht gehörten. Sind wir deshalb „auf den fahrenden Zug aufgesprungen“, wie Tschiche Gauck vorwirft?

Richtig infam aber wird es, wenn Tschiche behauptet, Gauck hätte aus eigennützigen Motiven eine Stasiunterlagenbehörde haben wollen, um deren Chef sein zu können. Dies wäre dann das Geschenk „der westdeutschen Politik

an das ostdeutsche Verlangen“ gewesen. Dann deutet er noch an, die Behörde bewege sich „am Rande der Legalität“.

Hier wird Tschiche zum Denunzianten und Geschichtsfälscher. Die Stasiunterlagenbehörde und die Öffnung der Stasiakten wurden von der Bürgerrechtsbewegung gegen starke Widerstände in allen Parteien, außer Bündnis 90/Grüne, durchgesetzt. Dass sie gegen alle Zweifel, die gab es anfangs auch bei unseren osteuropäischen Freunden, zu einer Erfolgsgeschichte und heute zum Modell für andere Länder werden konnte, ist vor allem Gauck zu verdanken, der von Anfang an keine „Spezialmoral“ zuließ, sondern sich an Rechtsstaatlichkeit hielt.

Auch stand Gauck mit seinem Verlangen, die DDR loszuwerden, keineswegs allein, sondern es waren die Massendemonstrationen für die deutsche Einheit, die maßgeblich für die Dynamik der Ereignisse waren. Weil die Bürgerrechtsbewegung das nicht erkannt

hatte, kam sie bei der Wahl zur ersten freien Volkskammer nur knapp auf fünf Prozent. Tschiches fatale Fixierung auf die DDR hat ihn 1994 zum Architekten der rot-grünen Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt werden lassen, die sich von der SED/PDS dirigieren ließ. Zum Schaden von Sachsen-Anhalt, das sehr schnell zum Schlusslicht unter den Neuen Ländern wurde. Eine Position, die es erst unter einer konservativen Regierung verlor.

Dass es überall dort, wo die SED-Linke das Sagen hat, auch nach über 20 Jahren noch nicht richtig vorangeht, dass es die aus seiner Sicht kritikwürdige Marktwirtschaft war, der wir es zu verdanken haben, dass aus den DDR-Ruinen wieder blühende Landschaften wurden, will Tschiche nicht wahrhaben. Er verharrt lieber in seinen alten linken Träumen, die für die Meisten zum Alptraum wurden.

Was wir ganz bestimmt nicht brauchen, sind die Rezepte, nach denen die SED eine Volkswirtschaft, die Umwelt und viele Menschen ruiniert hat.



Einige wollten 1989 nur eine „bessere“ DDR, andere wollten die deutsche Einheit: Der Regimekritiker der DDR und Grünen-Politiker Hans-Jochen Tschiche (l.) und der unter Stasi-Verdacht stehende damalige parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Bundestagsfraktion Roland Claus (r.) im Jahr 2000

Bild: J. Wolf/dapd

Paragraf 266 des deutschen Strafgesetzbuches regelt die Untreue. Wer die ihm durch Gesetz eingeräumte Befugnis, über fremdes Vermögen zu verfügen, missbraucht, oder die ihm kraft Gesetzes obliegende Pflicht, fremde Vermögensinteressen wahrzunehmen, verletzt und dadurch demjenigen, dessen Vermögensinteressen er zu betreuen hat, Schaden zufügt, wird mit Freiheitsstrafe von maximal fünf Jahren bestraft. In schweren Fällen reicht der Strafrahmen bis zu zehn Jahren.

Vorstände von Aktiengesellschaften, Geschäftsführer und Manager der verschiedensten Unternehmen haben diese Vorschrift bereits kennen- und fürchten gelernt. Dabei geht es in der Regel weniger um die erste Alternative dieses Straftatbestandes, nämlich den Missbrauch einer nach Außen bestehenden rechtlichen Befugnis durch Überschreitung interner Restriktionen. Beispiel: Ein Prokurist – nach dem Gesetz zu umfassender Vertretung befugt – schließt ohne Rücksprache einen Vertrag mit einem Volumen von über zehn Millionen Euro ab, obwohl er nach seinem Anstellungsvertrag ab fünf Millionen die Zustimmung eines Geschäftsführers braucht. Viel gefährlicher für jeden leitenden Angestellten ist die zweite Tatbestandsalternative, der sogenannte Treuebruchstatbestand. Beispiel: Der Prokurist schließt – formal völlig korrekt – ein Geschäft über vier Millionen Euro ab, sein Geschäftspartner geht pleite und das Geld ist weg. Hat der Prokurist dies zumindest billigend in Kauf genommen, hat er also die Möglichkeit des Fortsetzungsausfalls gesehen und trotzdem

In der freien Wirtschaft nennt man das Untreue und die ist strafbar

Bankensystem insgesamt gefährden könnte. Sicher nur, dass es keine Garantie gibt, dass mit den 130 Milliarden Euro das marode Institut überhaupt gerettet werden kann. Erschwerend kommt hinzu, dass zu befürchten ist, dass es zu einem Wechsel im Management der Pleitebank kommt und die neue Führungsmannschaft die vagen Zusagen ihrer Vorgänger ignoriert und stattdessen nach neuem Geld schreit. Bereits die Vergabe dieses

Gastkommentar

Politik gegen das Gesetz

Von FRIEDER BERG

gehandelt, so ist er nach der zweiten Alternative wegen Untreue strafbar.

Spannend wird dieser Tatbestand, wenn das ganz große Rad gedreht wird. Nehmen wir einmal an, die Vorstandsvorsitzende einer als Aktiengesellschaft börsennotierten Großbank entschließt sich, zusammen mit rund einem Dutzend Banker weiterer Banken einem maroden Bankinstitut 130 Milliarden Euro zu leihen. Die Großbank unserer Vorstandsvorsitzenden ist an dem gemeinsamen Risiko mit einem Betrag von über 20 Milliarden Euro beteiligt.

Vermeintlicher Grund für das riskante Geschäft ist, dass eine Insolvenz des maroden Bankinstituts möglicherweise das Vertrauen in das Bankensystem insgesamt gefährden könnte. Sicher nur, dass es keine Garantie gibt, dass mit den 130 Milliarden Euro das marode Institut überhaupt gerettet werden kann. Erschwerend kommt hinzu, dass zu befürchten ist, dass es zu einem Wechsel im Management der Pleitebank kommt und die neue Führungsmannschaft die vagen Zusagen ihrer Vorgänger ignoriert und stattdessen nach neuem Geld schreit. Bereits die Vergabe dieses

Kredits gefährdet die Kreditwürdigkeit der Bank der Vorstandsvorsitzenden und schädigt damit deren Aktionäre. Die Rechtsfolge in diesem konstruierten Fall ist eindeutig klar: Die Vorstandsvorsitzende hätte sich wegen Untreue strafbar gemacht.

Dieser Fall ist jedoch (hoffentlich) fiktiver Natur. Traurige Tatsache aber ist leider, dass die Bundesregierung zusammen mit den anderen Euroländern und dem Internationalen Währungsfonds Griechenland 130 Milliarden Euro leiht. Deutschland muss für gut 20 Milliarden Euro gerade stehen. Der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat verkündet: „Es gibt keine Garantien, dass der eingeschlagene Weg zum Erfolg führt“ (zitiert nach „Die Welt“ vom 25. Februar 2012). Die Gefahr ist bekannt, dass sich eine Nachfolgeregierung in Griechenland nicht an die Zusagen ihrer Vorgänger halten wird.

Paragraf 266 Strafgesetzbuch unterscheidet nicht zwischen Managern privater Unternehmen einerseits und Inhabern öffentlicher Ämter andererseits. Die Rechtsprechung hat dies bereits klar gestellt. Der Vergleich mit dem fiktiven Fall belegt eine Selbstverständlichkeit: Auch in diesem tatsächlichen Fall ist deshalb Untreue nach Paragraf 266 Strafgesetz-

buch gegeben. Man könnte diesen speziellen Fall der Untreue, bei dem die Vermögensinteressen eines ganzen Staates verletzt werden, sogar mit einem eigenen Begriff verdeutlichen: Staatsuntreue.

Auch Rechtfertigungsgründe für dieses Handeln gibt es nicht. Ein Rechtfertigungsgrund kann zwar jeder geltenden Rechtsnorm entnommen werden. Es gibt aber keine geltende Rechtsnorm, in der stünde, dass Griechenland in der jetzigen Situation 130 Milliarden Euro zu leihen sind. Im sogenannten Stabilisierungsmechanismusgesetz, auf das sich die Bundesregierung beruft, steht dieser Betrag nicht. Dieses Gesetz erlaubt auch keine verlorenen Zuschüsse dieser Größenordnung. Auch der Bundestagsbeschluss vom 27. Februar 2012, der das Handeln billigte, ist kein Gesetz, durch das eine rechtfertigende Rechtsnorm geschaffen würde. Der einzige Unterschied zu der fiktiven Fallkonstellation besteht darin, dass die handelnden Personen im tatsächlichen Fall Immunität und Indemnität genießen. Die Immunität kann aufgehoben werden. Die Indemnität schützt nur vor der Strafverfolgung wegen straf-

barer verbaler Äußerungen im Parlament. Die Indemnität schützt aber nicht gegen Verfolgung wegen anderer Delikte, zum Beispiel wegen Untreue nach Paragraf 266 Strafgesetzbuch. Die Staatsuntreue ist also nicht nur strafbar, sondern auch verfolgbar.

Bleibt abschließend die Frage nach dem Strafmaß. Zweifelsohne ist im Hinblick auf die immense Höhe des Schadens ein besonders schwerer Fall gegeben. Der Strafrahmen liegt also zwischen drei Monaten und zehn Jahren. Da die handelnden Personen nicht vorbestraft sind,

Doch wer verklagt unsere Politiker?

läge die Straferwartung wohl trotz des Milliarden Schadens eher in der unteren Hälfte, also bei einer Freiheitsstrafe von drei oder vier Jahren. Eine Strafe dieser

Dauer wäre in Straftat zu verbüßen und kann nicht zur Bewährung ausgesetzt werden. Bei Erstverbüßen wird aber in der Regel nach der Verbüßung der Hälfte der Freiheitsstrafe – also nach 18 bis 24 Monaten – der Strafreiz zur Bewährung ausgesetzt; auch käme durchaus eine Verbüßung der Strafe im offenen Vollzug in Betracht.

Strafrechtliche Betrachtungen können politische Wertungen nicht ersetzen. Wenn aber politische Entscheidungen bei schulmäßiger Prüfung eindeutig als Straftaten qualifiziert werden müssen, ist äußerste Vorsicht geboten: Vorsicht bei den Entscheidern, beim Parlament, aber auch bei jedem einzelnen Bürger. Politik kann man nicht mit den Paragrafen des Strafgesetzbuchs machen. Aber Politik darf man sicher nicht gegen die Paragrafen des Strafgesetzbuchs machen.

Als »öko« noch nicht schick war

»Die Absicht ... ist schlicht Aufklärung« – Zum 90. Geburtstag Carl Amerys

Der Münchner Schriftsteller und Essayist Carl Amery ist vielen noch als radikaler Ökologe, Umweltschutzaktivist und Gründungsmitglied der Grünen ein Begriff. Bekannt wurde der Linkskatholik in den 60er Jahren durch seine Kritik am deutschen Katholizismus, an dem er sich zeitlebens abarbeitete. Der Vielschreiber galt als profunder Kenner der Kultur und Volksseele Bayerns und als eigenwilliger politischer Vordenker. Amery, der eigentlich Christian Anton Mayer hieß, wollte mit keinem Etikett bedacht werden.

In München am 9. April 1922 zur Welt gekommen, studierte er, unterbrochen durch seine Einberufung und die Gefangenschaft im Zweiten Weltkrieg, Literatur und Neuphilologie. Seine beiden

ersten Romane „Der Wettbewerb“ und „Die große Tour“ trugen ihm zur Adenauerzeit den Ruf eines Satirikers ein. Er war

Mitglied der Gruppe 47, Vorsitzender im Verband deutscher Schriftsteller und Präsident des deutschen PEN-Zentrums.

Der Katholizismus war für ihn immer ein Reizthema. Bereits in seiner Streitschrift „Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute“ (1963) bemängelte er die Nähe der Kirche zur bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft, weil Fragen zu Politik und Gesellschaft nicht vorrangig aus christlicher Verkündigung heraus beantwortet würden. Die Befürwortung der Atomwaffenpolitik durch katholische Geistliche verurteilte er als „ethische Steuerberatung“. Die Kri-

ten an der Unterordnung der Kirchen unter den totalen Markt hielt er bis zuletzt bei: Um der Bedeutungslosigkeit zu entgehen, dürfe die Kirche sich nicht länger in die als alternativlos gepriesenen Strukturen einreihen. Es sei historischer Auftrag und ein Gebot der Selbsterhaltung, den „Kreuzzug“ – so Amery im gleichnamigen Essayband – „für eine bewohnbare Welt Gottes auszurufen“.

Große Beachtung fanden seit den 70er Jahren seine Essays „Das Ende der Vorsehung. Die gnadenlosen Folgen des Christentums“ (1972), „Natur als Politik. Die ökologische Chance des Menschen“ (1976) und „Das ökologische Problem als Kulturauftrag“ (1988) – alle zur ökologischen Krise. Die alttestamentliche Botschaft, der Mensch solle sich die Erde unter-

tan machen, sah er als eine Ursache der sozialen und ökologischen Zerstörung an. Eine wirksame Umweltpolitik erfordere einen

Kulturentwurf, in dem der Naturschutz als Schutz des Menschen vor sich selber verstanden werde. Den Grünen, deren Gründungsmitglied er war, warf Amery in „Die Grünen und die Goldene Horde“ (2005) zunehmende Selbstgefälligkeit und Verblendung vor: Trotz einiger Fortschritte, wie im Energiebereich, habe es einen grundsätzlichen Perspektivwechsel in der Politik seit 1998 nicht gegeben.

Das Nachdenken über die Zukunft floss auch in sein Romanwerk ein. In der absonderlichen und im Dialekt erzählten Science-Fiction-Geschichte „An den Feu-

ern der Leyermark“ bestellt 1866 ein Münchner Beamter 560 Godfrey-Rifles aus den Restposten des amerikanischen Bürgerkrieges und erhält nicht nur die Waffen, sondern die Scharfschützen

Diese Gedankenspiele des „Was wäre, wenn?“ teilte er mit dem ebenso gläubigen englischen Schriftsteller Gilbert Keith Chesterton, auch wenn er nicht mit all dessen Schrulligkeiten kon-

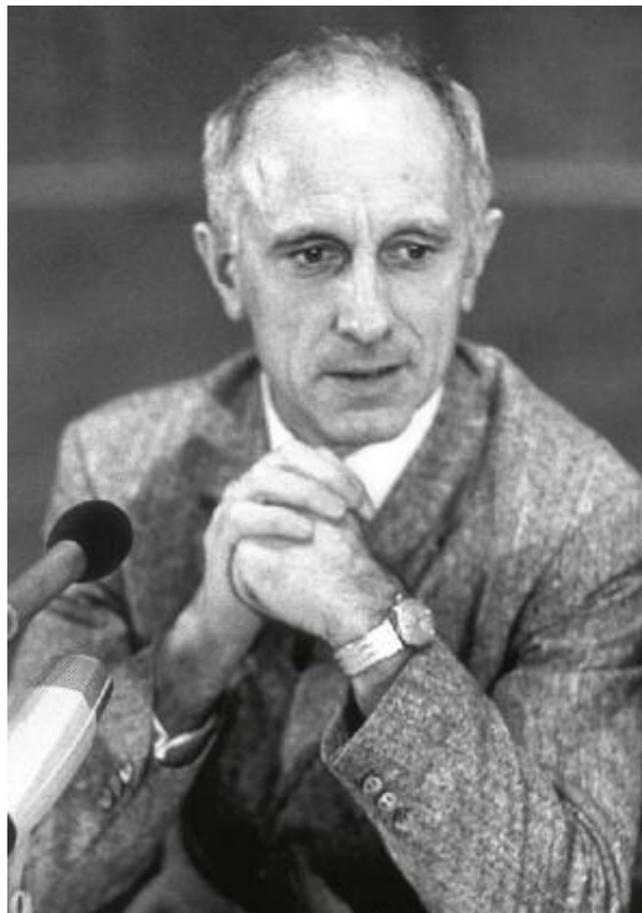
und Scharfsinn auszeichneten. Gerade diese Unangepasstheit machte beide auch über den katholischen Leserkreis hinaus bekannt.

Gleichsam nahm Amery in „Die Wallfahrer“ die besondere Frömmigkeit der Katholiken aufs Korn und schilderte Pilgerfahrten zur Madonna von Tuntenhausen vom 17. Jahrhundert bis zum Untergang der Erde. Alle Menschen würden ihre Gebete in der Hoffnung auf Erlösung sprechen, ohne tatsächlich zu wissen, wie am jüngsten Tag die Bilanz aussehen werde.

Er warnte vor dieser Bilanz, die angesichts eines unverzeihlich hohen Ressourcenverbrauchs verheerend ausfalle. Die Gefahr bliebe, dass totalitäre Maßnahmen als Lösungen für alle Probleme herangezogen werden. Die Reduzierung der Moderne auf reine Naturgeschichte, dem Recht des Stärkeren, ist so treffend in „Hitler als Vorläufer“ geschildert, dass die heutige Orientierung an alt hergebrachten Denkmustern aus linken oder rechten und anderen Strömungen äußerst naiv erscheint.

In seinen Analysen las er den Geldgierigen und Verblendeten schonungslos die Leviten. Als Optimist zeigte er gleichzeitig Auswege aus der Misere auf: Der Mensch könne nur dann die Krone der Schöpfung bleiben, wenn er gleichzeitig wisse, dass er sie nicht ist.

Schließlich war seine Absicht, wie er in „Briefe an den Reichtum“ schreibt, schlicht Aufklärung. Am 24. Mai 2005 verstummte diese bayerisch klingende und doch in die Welt hinausruhende Stimme. *Ulrich Blode*



Warnte vor einer totalitären Öko-Diktatur: Carl Amery Bild: pa

gleich mit. Am 4. Juli gewinnt Bayern in Schandau gegen die Preußen und wird ein selbstständiger Staat, die Leyermark.

form ging. Das hinderte ihn aber nicht an der Herausgabe der Werke des romantischen Protektors, die sich durch Spöttelei

Für widersprüchlichste Zwecke eingespannt

In der Erinnerungsindustrie: Museum untersucht spannend die Instrumentalisierung des »Alten Fritz«

Mit Bildern kann man Geschichte machen. Das weiß jeder Politiker oder Ideologe. Bilder sind eingängiger als Worte, aber auch verführerischer. Das verdeutlicht eine Ausstellung über Friedrich den Großen im Deutschen Historischen Museum in Berlin unter dem Titel „Verehrt, verklärt, verdammt“.

Das Museum nimmt den 300. Geburtstag des Preußenkönigs zum Anlass, um zum ersten Mal einen umfassenden Blick auf das Nachleben Friedrichs in Kunst, Politik und Gesellschaft zu

werfen. Auf einer Fläche von 1100 Quadratmetern in 13 Abteilungen sind 450 Exponate

aus dem In- und Ausland zu sehen, die einen faszinierenden Einblick in die Wirkungsgeschichte des Herrschers geben – oder moderner ausgedrückt: in die „preußisch-deutsche und europäische Erinnerungskultur“, wie es im Ausstellungskatalog heißt.

Das Bild vom „Alten Fritz“ mit dem Dreizack auf dem Kopf ist das wohl bekannteste des Preußenkönigs. Der volksnahe Herrscher hat einen Platz im kollektiven Gedächtnis des deutschen Volkes eingenommen, ebenso wie viele andere Bilder, die seit seinem Tod 1786 geschaffen wurden. Wer aber war Friedrich II. oder wie wurde er instrumentalisiert? Als erster Diener des Staates oder als Philosoph auf dem Thron wurde Friedrich porträtiert, als Feldherr und Nationalidol verherrlicht, später als Kriegstreiber und Menschenverächter an den Pranger gestellt.

Der historischen Wahrheit kommen auch Wissenschaftler schwer auf die Spur. Dazu benötigt es objektiver Quellen, die oft nur schwer zugänglich sind. Was der Herrscher beispielsweise autobiografisch oder in seinem berühmten „Testament“ schreibt, ist natürlich aus dessen subjektivem Blickwinkel entstanden. Den gleichen Vorwurf kann man gegenüber den Bildern erheben, die die Nachwelt von Friedrich gezeichnet hat. In dieser Hinsicht verhilft der Blick über die Exponate dabei, etwas mehr Abstand vom eigenen Bild über den Preußenkönig zu gewinnen; zum anderen zeigen manche Bilder, wie Friedrich in grotesker Form überzeichnet und verfremdet wurde, so etwa in der sowjetischen oder nationalsozialistischen Rezeption.

Kerzen empfangen den Besucher, wie sie viele preußische Bürger in Berlin und Potsdam in ihre Fenster stellten, als sich die Kunde vom Tode des verehrten Monarchen verbreitete. Eine Kopie der Totenmaske und das Original seines mit Blut befleckten Sterbehelmes begrüßen den Besucher gleich zu Beginn etwas martialisch. Eine Wachsfigur mit blauem Uniformrock und Dreispitz vermittelt dem Besucher nun das Gefühl, direkt dem König gegenüberzustehen.

Mit der Darstellung des Todes des Preußenkönigs gleich zu Beginn der Schau machen die Ausstellungsmacher klar, dass es ihnen allein um das Nachleben und die Wirkungsgeschichte

Friedrichs geht. Und die ist, um es zurückhaltend zu sagen, äußerst vielfältig. Offensichtlich, das zeigt der Rundgang, ließ sich die Person Friedrichs des Großen

für die verschiedensten, einander widersprechenden Zwecke einspannen. Napoleon sah in ihm den großen Feldherrn, auch wenn er die auf Friedrichs Erbe fußende Armee 1806 bei Jena und Auerstedt besiegte. Freischärler beriefen sich auf ihn, obwohl ihre Ideale eigentlich nichts mit dem Erbe Friedrichs zu tun hatten. In den 1840er Jahren sahen Liberale in ihm den aufgeklärten Herrscher; Konservative blickten auf ihn als Landesvater, der preußische Tugenden wie Ordnung, Fleiß, Bescheidenheit und Pflichtbewusstsein repräsentierte.

Die „Erinnerungsindustrie“ kam erst relativ spät, rund 50 Jahre nach Friedrichs Tod, in Gang. So wurde das berühmte Reiterstandbild des Monarchen in Berlin Unter den Linden erst 1839 durch Friedrich Wilhelm III. in Auftrag gegeben und dann 1851 aufgestellt. Ab 1871 avancierte Friedrich dann im Kaiserreich zur deutschen Nationalikone oder Ahnherrn des preußisch-deutschen Staates.

Nach dem Ende der Hohenzollern-Monarchie, in der republikanischen Weimarer Zeit, begann die wohl intensivste Verklärung des Monarchen als Vertreter militäri-

den Umschwung nach 1945 nennen, als die sowjetische DDR und einige europäische Nachbarländer Friedrich als Kriegstreiber verdammten. Im Bürgertum waren dann nur noch die intellektuellen und künstlerischen Qualitäten des Königs von Interesse.

Neben dieser politisch-ideologischen Komponente zeigt die Schau auch eine erstaunliche Präsenz Friedrichs im Alltagsleben einer breiten Bevölkerungsschicht, als dekoratives „Idol im Wohnstübchenformat“ sozusagen. Ob auf Sammelteppichen oder als Figur im blauen Uniformrock der Firma „Steiff“, nichts ist hier unmöglich gewesen. Viele dieser Exponate werden zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert.

All das hilft, das für die deutsche Geschichte so wichtige Erbe des Preußenkönigs differenziert zu betrachten, wie Museumsdirektor Klaus Koch bei der Eröffnung am 21. März meinte. Die facettenreiche Ausstellung zeige, wie gefährlich und aberwitzig manche „Zerr- und Spiegelbilder vergangener Gesellschaften“ seien. Daher sei es sinnvoll, sich mit den Mythenbildungen zu beschäftigen, um schließlich zur realen Person des Königs vorzustoßen. *Hinrich E. Bues*



Friedrich in allen Facetten: Ausstellungsplakat Bild: DHM

Der andere Jünger

Was geschah damals wirklich in Jerusalem, vor rund 1980 Jahren, von Karfreitag bis Ostersonntag? Dafür gibt es keinen besseren Zeugen als den Apostel Johannes, der nach ältester Überlieferung auch das gleichnamige Evangelium schrieb. Aus dem Kreis der Apostel war er der Einzige, der sowohl am Kreuz wie am Ort der Auferstehung dabei war. Was hat er erlebt?

Im Johannesevangelium, das vielleicht schon um das Jahr 50 n. Chr. aufgeschrieben wurde, gibt der Apostel detailliert Auskunft über die weltbewegenden Ereignisse. Danach harnte Johannes zusammen mit der Mutter Jesu und einigen anderen Frauen unter dem Kreuz aus (Joh 19, 25-27), obwohl dies in der aufgeputzten Stimmung des jüdischen Volkes ihm auch leicht den Lynchtod hätte bringen können.

Wie es bei Autoren üblich ist, nennt sich der Apostel an dieser Stelle nicht namentlich, sondern in



Der Apostel Johannes auf einem Gemälde Albrecht Dürers (1526) Bild: Archiv

einer verschlüsselten Form als „der Jünger, den Jesus liebte“. Diese Bezeichnung kennzeichnet Johannes nicht als „Lieblingsjünger“, wie dies oft missverstanden worden ist, so als hätte Jesus seine besonderen Lieblinge gehabt. Es sagt vielmehr etwas aus über die Beziehung eines Jüngers zum Herrn. Das Christsein basiert allein, wie dies die Reformatoren predigten, auf der vorbehaltlosen Liebe und Gnade Gottes und nicht auf menschlichen Werken.

Der Gekreuzigte erteilt Johannes noch einen besonderen, letzten Auftrag: Mit den berühmten Worten „Siehe, deine Mutter“ soll er die materielle Sorge für die nun alleinstehende Maria übernehmen. Nach der Überlieferung hat Johannes genau dies getan und die Mutter Jesu bei sich zu Hause in Jerusalem und später in Ephesus aufgenommen. Ein Nebeneffekt dieser Barmherzigkeit lag für Johannes darin, dass er nun in seinem Hause die beste Informationsquelle über das Leben Jesu hatte. Viele Einzelheiten, die der Evangelist, beispielsweise über die Hochzeit zu Kana (Joh 2), berichtet, werden auf diese Quelle zurückgeführt.

Auch der Bericht von Johannes über die Auferstehung Jesu am „dritten Tag“ zeigt detaillierte Kenntnisse. Hier bezeichnet sich der Apostel, wieder verschlüsselt, als „der andere Jünger“. Danach entdeckte zuerst Maria von Magdala frühmorgens das leere Grab. Sie informierte die beiden Apostel Simon Petrus und Johannes. Da der Letztere schneller laufen konnte, entdeckte er zuerst das leere Grab mit dem Leinentuch und dem Schweißtuch, das auf dem Kopf des Toten gelegen hatte (Joh 20, 1-10). Beide Tücher sind bis heute erhalten und werden als „Turiner Grabtuch“ und „Seidentuch von Manoppello“ verehrt. Das erst in den letzten 15 Jahren wieder in den Blick der Weltöffentlichkeit gerückte Manoppello-Tuch zeigt das Antlitz Jesu im Augenblick der Auferstehung. Jesus blickt hier mit geöffneten Augen auf den Betrachter. Man sieht in seinem Gesicht noch die Verletzungen der Folterung, aber aus seinen Augen scheint göttliche Barmherzigkeit und Kraft, die auch vor dem Tod nicht Halt macht. *H.E.B.*

Ende eines »praktisch unsinkbaren« Schiffes

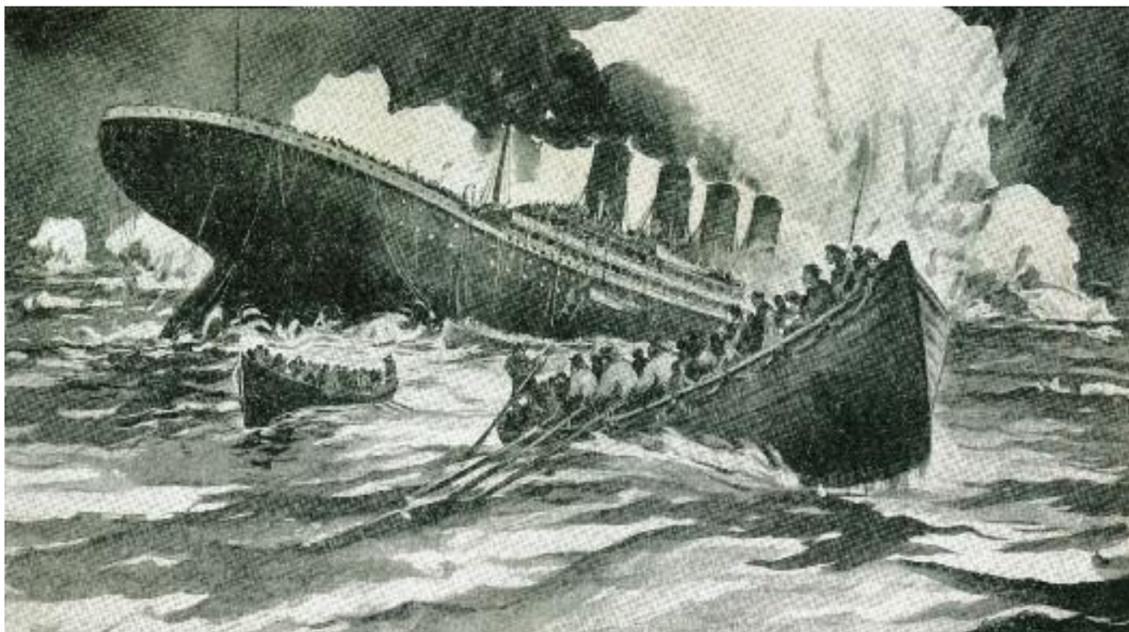
Vor 100 Jahren wurde ein Eisberg dem damals weltweit größten Luxusdampfer »Titanic« zum Verhängnis

Am 10. April 1912 lief die „Titanic“ zu ihrer ersten und gleichzeitig letzten Fahrt aus. Das ruhmlose Scheitern des damaligen Stolzes der seinerzeit größten Seefahrernation an den Naturgewalten, einem Stück gefrorenen Wassers zeigte dem Menschen in einer euphorischen Zeit seine Grenzen auf und dämpfte den die damalige Epoche wie kaum eine andere prägenden Fortschrittsglauben, bevor diesem wenige Jahre später die Desillusionierung des Ersten Weltkrieges ein (vorläufiges) Ende bereitete.

Anfang des 20. Jahrhunderts stand die transatlantische Passagierschiffahrt in ihrer höchsten Blüte. Die Schiffe wurden immer schneller, größer und luxuriöser. Die „Mauretania“ der Cunard-Reederei hatte gerade das Blaue Band für die schnellste Atlantiküberquerung gewonnen, als die White Star Line zwei Riesenschiffe in Auftrag gab, die „Titanic“ und ihr etwas kleineres Schwesterschiff „Olympic“, die nicht für die Schnelligkeit gebaut waren, aber an Größe und Eleganz alle anderen Schiffe übertrafen sollten.

Die „Titanic“ war zu der Zeit das größte jemals von Menschenhand erschaffene Objekt, ausgestattet mit jedem vorstellbaren Luxus, wie er auch in den Grand Hotels der Welt zum Standard gehörte. Mit diesem Interieur sollte besonders die „High Society“, sollten die Reichen und Adligen der Welt angesprochen werden, was mit acht Millionen an Bord bei der Jungfernfahrt auch gelang. Aber auch in der zweiten und dritten Klasse war die Einrichtung deutlich komfortabler als auf anderen Schiffen. So fand die Jungfernfahrt natürlich unter großem öffentlichen Interesse statt.

Ein Fachmagazin prägte den Ausdruck „praktisch unsinkbar“, weil die Titanic in 15 verschiedene wasserdichte Sektionen eingeteilt werden konnte, die allerdings nicht bis zum obersten Deck reichten. Auch die 20 vorhandenen Rettungsboote genügten den gesetzlichen Vorschriften, obwohl in den ersten Planungen erst 64 und dann 32 vorgesehen waren. Damit wären



Der Untergang der „Titanic“: Fehlentscheidungen und Fehlverhalten haben zu einer Tragödie geführt, die schon damals durch die Medien weltweit verbreitet wurde

Bild: Mauritius

aber die Decks nur eingeschränkt nutzbar gewesen.

Die Reise begann unter einem schlechten Stern, da die walisischen Bergleute streikten und es kaum Kohle gab. Die Reederei buchte alle Passagiere von anderen Schiffen auf die „Titanic“ um und entnahm deren bereits gebunkerte Kohle, um so das Prestigeobjekt „Titanic“ auf Jungfernfahrt schicken zu können. Dennoch war das Schiff nicht ausgebucht, nur 1294 statt der möglichen 2603 Passagiere gingen an Bord.

Am 10. April 1912 lief die „Titanic“ mittags in Southampton aus, um nach Zwischenstopps in Cherbourg und Queenstown den Nord-

atlantik zu überqueren. Es war eine angenehme Überfahrt. Die Passagiere aller Klassen genossen das Bordleben und freuten sich auf die Ankunft in New York.

Der 14. April 1912 war sonnig und klar, es begann jedoch am Nachmittag abzukühlen. Ab mittags kamen per Funk die ersten Eisberg-Warnungen. Dessen ungeachtet ließ Kapitän Edward John Smith die Maschinen nicht drosseln. Auch weitere Eisberg-Warnungen wurden ignoriert, die Funken waren mit dem Absetzen von privaten Funksprüchen der Passagiere beschäftigt. Zwei Matrosen besetzten im Krähenest 15 Meter über dem Deck den Ausguck und

entdeckten um 23.40 Uhr einen Eisberg 500 Meter voraus. Trotz schneller Warnung an die Brücke und des Versuchs beizudrehen schrammte die „Titanic“ steuerbords an der Bugseite am Eisberg entlang. Niemand hatte damit gerechnet, dass durch den Eisberg das Wasser an vielen kleinen Stellen eindrang und sechs Sektionen beschädigt wurden. Schon bald wurde dem verantwortlichen Chefkonstrukteur Thomas Andrews klar, dass der Untergang unmittelbar bevorstand. Allerdings war es anfangs gar nicht leicht, die Passagiere davon zu überzeugen, da der Zusammenstoß von vielen nicht als dramatisch wahrgenommen

wurde. Es wirkte an Deck des noch ruhig im Wasser liegenden Riesenschiffs deutlich sicherer als in einer wackeligen Nusschale von Rettungsboot, die aus der Höhe des Bootsdecks in den eisigen Nordatlantik hinabgelassen wurde. Einige Offiziere vertraten eisern die Regel „Frauen und Kinder zuerst“ und ließen selbst größere Jungen nicht an Bord. Andere ließen Männer mit ihren Familien zusammen. Der amerikanische Millionär John Jacob Astor beispielsweise musste zurückbleiben, nachdem er seine junge schwangere Frau ins Boot geleitet hatte. Etwa 2200 Menschen waren an Bord der „Titanic“. Es gab jedoch nur 1178 Plätze in den Ret-

tungsbooten, wobei die Boote noch nicht einmal alle voll besetzt wurden, über 400 Plätze blieben frei. Nach dem immer mehr Sektionen voll Wasser gelaufen waren, senkte sich erst der Bug, das Heck ragte zunehmend steiler aus dem Wasser.

Am 15. April um 2.20 Uhr zerbrach die „Titanic“ und versank im Ozean. Obwohl mehrere Schiffe in der Nähe der „Titanic“ waren, hörte kaum eines davon ihre SOS-Rufe. Die Funkanlagen waren oft nachts nicht besetzt oder die Signale wurden nicht richtig verstanden. Der kleine Cunard-Dampfer „Carpathia“ reagierte sofort und preschte 58 Seemeilen mit Höchstgeschwindigkeit herbei. Am nächsten Morgen konnten aus den Rettungsbooten noch 705 Menschen gerettet werden, zirka 1500 starben beim Untergang.

Was macht noch 100 Jahre nach dem Untergang den Mythos der „Titanic“ aus, so dass noch heute selbst Kinder ihren Namen kennen? Es ist die Tragik der verpassten Chancen: Wäre es passiert, wenn Kapitän Smith die Geschwindigkeit der Wetterlage angepasst hätte? Oder im Ausguck Ferngläser vorhanden gewesen wären? Oder statt des versuchten Ausweichmanövers ein Frontalzusammenstoß mit dem Eisberg riskiert worden wäre? Es hätten viel mehr Menschen gerettet werden können, wenn die viel näher liegende „California“ ihr Funkgerät noch auf Empfang gehabt hätte, wenn die Rettungsboote voll besetzt worden wären oder die halb leeren Boote umgekehrt wären, um Menschen aus dem Wasser zu retten. Fehlentscheidungen und Fehlverhalten haben aus diesem Untergang eine Tragödie gemacht, die schon damals durch die Medien weltweit verbreitet wurde.

Die Geschichte vom dramatischen Untergang des damals größten Luxusdampfers der Welt, auf dem die Reichen der Welt gentlemanlike ihren Tod akzeptierten und die Passagiere der dritten Klasse kaum eine Chance hatten, überhaupt nur in die Nähe eines Rettungsboot zu kommen, lässt den Mythos bis heute andauern.

Britta Heitmann

Erlebnismuseum Titanic Belfast eröffnet

Das ausgefallene Gebäude schimmert und glänzt durch eine aus Paneelen zusammengesetzte Aluminiumhaut, es ragen vier spitze Zacken in den Himmel, die wie ein Schiffsbug aussehen. In diesem ungewöhnlichen Museum wird die weltgrößte „Titanic“-Ausstellung eröffnet, auf historischem Boden, denn das neue Stadtviertel „Titanic-Quartier“ liegt auf dem

Gelände der „Titanic“-Bauwerft Harland & Wolff in Belfast.

Dort wird Geschichte mit Hilfe modernster Technik erlebbar. In einer Drei-D-Höhle kann der Besucher eine virtuelle Reise vom Maschinenraum über die Schiffsdecks zur Brücke machen. In der Abteilung „Untergang“ ist es kühl, das Licht flackert und Morsezeichen erklingen im Hintergrund,

um den Schrecken des Untergangs nachempfinden zu können. Auf insgesamt 11.000 Quadratmetern können Nachbauten der eleganten Erste-Klasse-Kabinen und der engen Dritte-Klasse-Kabinen mit Etagenbetten sowie des Bankettsaals mit Treppenhaus besichtigt werden. Eine Fahrt im Käfigaufzug zeigt, wie hoch das Baugerüst war, und mit einer kleinen

Bahn kann die Arbeit auf der Werft erkundet werden.

Weltweit existieren etwa 200 Museen unterschiedlicher Größe mit Bezug auf die „Titanic“. Die Stadt Belfast hat jetzt, nachdem sie jahrzehntelang ein Tabuthema war, der „Titanic“ ein Denkmal gesetzt und damit eine Attraktion für Besucher aus aller Welt geschaffen. *B.H.*

Kulminationspunkt der Menschheitsgeschichte

Die Überhöhung der Religion durch politisch-militärische Interessen machte Jerusalem zum Zankapfel der Nationen und Völker

In der Osterzeit rückt Jerusalem in den Fokus der Christenheit. Hier hat Jesus den Tempel gereinigt, ist einst triumphal begrüßt, dann auf dem Hügel Golgota hingerichtet worden. Aus einem nahe gelegenen Felsengrab erstand er nach drei Tagen von den Toten, wie über 500 Zeugen später berichteten. Heute wölben sich über Golgota und dem Felsengrab die Kuppeln der Grabeskirche, dem größten Heiligtum der gesamten Christenheit, das Ziel unzähliger Pilger.

Doch Jerusalem ist nicht nur für Christen ein wichtiger Ort. Das Judentum verbindet mit dem Ort eine noch wesentlich längere Geschichte. Seit der Erzvater Abraham den König von „Salem“ vor 3800 Jahren traf, der jüdische König David die Bergfestung Jerusalem um 1000 vor Christus eroberte, ist der Ort ein zentraler Ort des jüdischen Kultes. Auf dem Felsen, wo Abraham einst seinen Sohn Isaak opfern sollte, bauten die Juden verschiedene Tempel, die immer wieder zerstört wurden. Heute wölbt sich über diesem Ort der „Felsendom“ mit seiner golde-

nen Kuppel, ein wichtiges Heiligtum des Islam.

Jerusalem hat wohl von allen Städten der Welt die verwickelteste Geschichte hinter sich. Obwohl sie abseits wichtiger Handelsrouten im kargen Bergland Judäas liegt, geriet sie immer wieder in das Konfliktfeld von Herrschern, Nationen und Religionen. Der britisch-jüdische Historiker Simon Montefiori hat eine lesenswerte „Biografie“ über die 3000-jährige Geschichte der Stadt geschrieben und behauptet: „Jerusalems Geschichte ist die Geschichte der Welt“.

In der Tat scheint an diesem kargen Ort im Bergland von Judäa, wo nur wenige Bäume wachsen, die Geschichte der Menschheit zu kul-

minieren. Babylonier, Griechen und Römer eroberten die Stadt ebenso wie die christlichen Kreuzfahrer. Heute steht im Osten Jerusalems die hohe Betonmauer, die israelische von palästinensischen Gebieten trennt. Christen, Juden

und Moslems leben in der Altstadt in eng abgegrenzten Stadtvierteln nebeneinander. Wer genauer in die Geschichte der Stadt schaut, kann entdecken, dass manche konflikttreibenden Geschichten und Mythen allerdings auf tönernen Füßen stehen. So etwa die Legende, dass der Prophet Mohammed vom Tempelberg in Jerusalem zum Himmel aufgefahren sein soll, weswegen die Stadt – neben Mekka und Medina – als drittheiligster Ort des Islam gilt.

Jüdische Historiker des US-amerikanischen „Middle-East Forums“ verwiesen bei ihrer Tagung im März dieses Jahres darauf, dass im Koran der Name „Jerusalem“ überhaupt nicht vorkommt. Mohammed betete nach seiner Flucht aus Mekka im Jahre 622 auch nicht gen Jerusalem, wie oft behauptet,

sondern „gen Syrien“, wie es im Koran heißt. Nur die Sure 17,1 handelt von einer „Fernen Moschee“, von der aus der Prophet 632 nach Hinder Geburten auf dem geflügelten Wunderwesen „buraq“ gen Himmel gefahren sein soll.

Doch damit kann der Felsendom nicht gemeint sein, denn er wurde erst 691 nach Christi Geburt als Zeichen für die Überlegenheit des Islam über das Judentum auf dem Tempelberg erbaut. Auch in dem 240 Meter langen Zierstreifen an der Innenwand des Felsendoms findet sich unter den zahlreichen Koransprüchen kein Hinweis auf die Sure 17,1, wie Moshe Sharon, Professor für islamische Frühgeschichte an der Jerusalemer Hebräer University, erläuterte hat. Erst 715, also über 80 Jahre nach Mohammeds Tod, wurde die al-Aqsa-Moschee (arabisch: die Ferne) neben dem Felsendom gebaut. Das vermeintlich drittgrößte Heiligtum des Islam wurde bald nach dem Bau völlig bedeutungslos, als das Kalifat der Abbasiden nach Bagdad verlegt wurde. Im Jahr 1016 stürzte sogar die Kuppel des Felsendoms ein.

Die Bedeutungslosigkeit der Stadt änderte sich radikal, als der islamische Kalif al-Haki am 18. Oktober 1009 die Grabeskirche von Jerusalem dem Erdboden gleichmachte. Dies löste bei den

christlichen Völkern Europas eine Empörungswelle aus, die vergleichbar mit der wäre, wenn Christen heute die Kaba in Mekka angreifen und zerstören würden. Die Kreuzzüge mit der Eroberung Jerusalems im Jahre 1099 waren

die direkte Folge dieser Wahnsinnstat. Im Zuge der Eroberung des „Heiligen Landes“ erkannten islamisch-arabische Herrscher, wie wichtig dieser Landstrich für die Christen war. Um dem etwas entgegenzusetzen, kam ihnen die Legende von der Himmelfahrt Mohammeds in Jerusalem offenbar zu pass. Nach neuesten Forschungen ist sie wohl erst gegen Ende der Kreuzzugszeit, über 600 Jahre nach Mohammeds Tod, propagiert worden.

Das Beispiel zeigt, dass nicht die Religion an sich, sondern deren Überhöhung durch politisch-militärische Interessen die Stadt zum Zankapfel der Nationen und Völker gemacht hat. Nach dem Abzug

der Kreuzfahrer lebten Juden und Christen – zwar als Bürger zweiter Klasse, aber doch relativ friedlich – unter den jeweiligen islamischen Herrschern.

Erst mit dem Beginn des britischen Mandats über das Land im Jahr 1917 begann eine neue konfliktreiche Epoche. Auch der religiöse Konflikt zwischen muslimischen, jüdischen und christlichen Gläubigen flackerte wieder auf, der sich bis in die Gegenwart fortsetzt. Doch davon wird hoffentlich bei dem diesjährigen Osterfest wenig zu spüren sein, wenn Christen wieder in die Grabeskirche, dem Ort der Kreuzigung und Auferstehung pilgern, um dort das geheimnisvolle Sich-Entzünden des Osterlichtes mitzuerleben und den Sieg über den Tod mit einem stürmischen „Halleluja“ zu feiern. Wenig Hoffnung besteht allerdings auf längere Sicht, dass die Stadt – im Strudel weltpolitischer Konflikte und Machtinteressen – ihrem hebräischen Namen „Jeruschalaim“, Stadt des Friedens, Ehre machen wird.

Hinrich E. Bues

Händeltreibende Geschichten und Mythen stehen oft auf tönernen Füßen

minieren. Babylonier, Griechen und Römer eroberten die Stadt ebenso wie die christlichen Kreuzfahrer. Heute steht im Osten Jerusalems die hohe Betonmauer, die israelische von palästinensischen Gebieten trennt. Christen, Juden

Friedrichs des Großen erster Sieg

Im Ersten Schlesischen Krieg kam es nur zu einer Schlacht, der bei Mollwitz – Bei der Entscheidung war der König abwesend

Nachdem Friedrich der Große am 16. Dezember 1740 mit einer Armee von 27 000 Soldaten in das österreichische Schlesien einmarschiert war gelang es ihm innerhalb weniger Wochen die gesamte Provinz mit Ausnahme der Festungen Brieg, Glogau und Neiße in seine Gewalt zu bringen. Da die Landesherrin Maria Theresia nicht gewillt war, Schlesien freiwillig abzutreten, und sich obendrein in ihrer Würde tief verletzt fühlte, mussten die Waffen entscheiden. In diesem Ersten Schlesischen Krieg kam es am 10. April 1741 bei Mollwitz zur einzigen Schlacht.

Nach dem preußischen Einmarsch in Schlesien erhielt der österreichische General Friedrich Reinhard Graf Neipperg, der sich in jungen Jahren in den Türkenkriegen des Prinzen Eugen bewährt hatte, den Oberbefehl über eine kleine Armee mit dem Auftrag, die von den Preußen belagerten Festungen Brieg, Glogau und Neiße zu entsetzen und das Land zurückzugewinnen. Neipperg musste sich mit geringen Kräften begnügen, da das Habsburgerreich sich wegen des Österreichischen Erbfolgekrieges nicht nur mit Preußen im Kriegszustand befand und seine Hauptbedrohung von Westen kam, wo der Kriegsgegner Frankreich die treibende Kraft war.

Ende März überschritt General Neipperg die Grenze zu Schlesien, drängte die Preußen aus Oberschlesien hinaus und entsetzte die Festung Neiße. Hierauf zog sich die preußische Armee, in welcher der 29-jährige König zwar nominell den Oberbefehl innehatte, die tatsächliche Führung aber beim erfahrenen Generalfeldmarschall Kurt v. Schwerin lag, nach Norden in Richtung Breslau zurück. Die österreichische Armee folgte, entsetzte Brieg an der Oder und bezog beim westlich der Festung liegenden Dorf Mollwitz Lager. Die österreichische Armee

umfasste 18 100 Mann, unter denen sich 9 000 Reiter befanden. Die Stärke der Österreicher lag in ihrer überlegenen Kavallerie, bei der die gefürchteten Husaren und Panduren einen Trumpf bildeten, denen die Preußen nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatten. Friedrich II. verfügte hingegen über 22 000 Mann, wobei er sich auf die 31 Bataillone der hervorragend ausgebildeten Infanterie stützte, während die Kavallerie mit 4 500 Mann eher eine Nebenrolle spielte. Auch artilleristisch war die preußische Armee zahlenmäßig überlegen.



Friedrichs Schlachtgegner: Wilhelm Reinhard von Neipperg Bild: Archiv

Tagelang ziehen die Gegner auf dem gefrorenen Boden aneinander vorbei. Die Aufklärer der Preußen werden von den österreichischen Panduren abgefangen, so dass der König im Ungewissen bleibt. Erst der Ritt von Friedrichs Generaladjutanten Heinrich von Saldern, den er zu Erkundung entsandt hat, bringt brauchbare Nachrichten über den Standort der Österreicher. Die Felder rund um Mollwitz sind noch immer schneebedeckt, als Friedrich am 10. April die Schlacht sucht. Er nähert sich von Osten, wogegen die

Österreicher in Nordwesten stehen. Da der König nach den Exerziergewohnheiten vorgeht, verzögert sich der Aufmarsch der Infanterie. Erst kurz nach Mittag haben die Regimenter endlich ihre Stellungen eingenommen.

Doch die Gegenseite ist nicht untätig geblieben. Die überlegene österreichische Reiterei unter General Karl Joachim Freiherr von Römer geht, ohne den Aufmarsch der eigenen Infanterie abzuwarten, gegen den rechten Flügel der Preußen vor, der aus Kavallerie gebildet wird und unter dem Befehl des Generals Friedrich Graf von der Schulenburg steht. Trotz heftigen Artilleriefeuers reiten die Österreicher eine wuchtige Attacke und nutzen den Vorteil, dass der Gegner noch nicht Position bezogen hat. Schulenburgs Kavallerie wird durchbrochen, der General unternimmt einen Gegenangriff und fällt im Gefecht. Die österreichische Reiterei umgeht das erste Infanterietreffen der Preußen und kann erst dann von den Bataillonen des Prinzen Leopold von Anhalt-Dessau, der das zweite Treffen befehligt, zurückgeworfen werden. Bei diesem Kampf fällt auch General Römer.

Als auch der linke Flügel der Preußen durchbrochen wird, scheint es, als ob die Schlacht verlorengehe. Feldmarschall v. Schwerin und auch andere Offiziere sorgen sich um die Person des Königs und ersuchen ihn dringend, sich in Sicherheit zu bringen, um neue Truppen aufzubieten. Der junge König verlässt das Schlachtfeld,

ohne die Gefahr richtig einzuschätzen. Nun aber tritt die preußische Infanterie in Aktion. Sie rückt in eingetübtem Drill vor, feuert in geschlossenen Formationen, wie sie es auf dem Exerzierplatz geübt hat, ähnlich einem Uhrwerk. Sie treibt die hauptsächlich aus jungen Rekruten bestehende

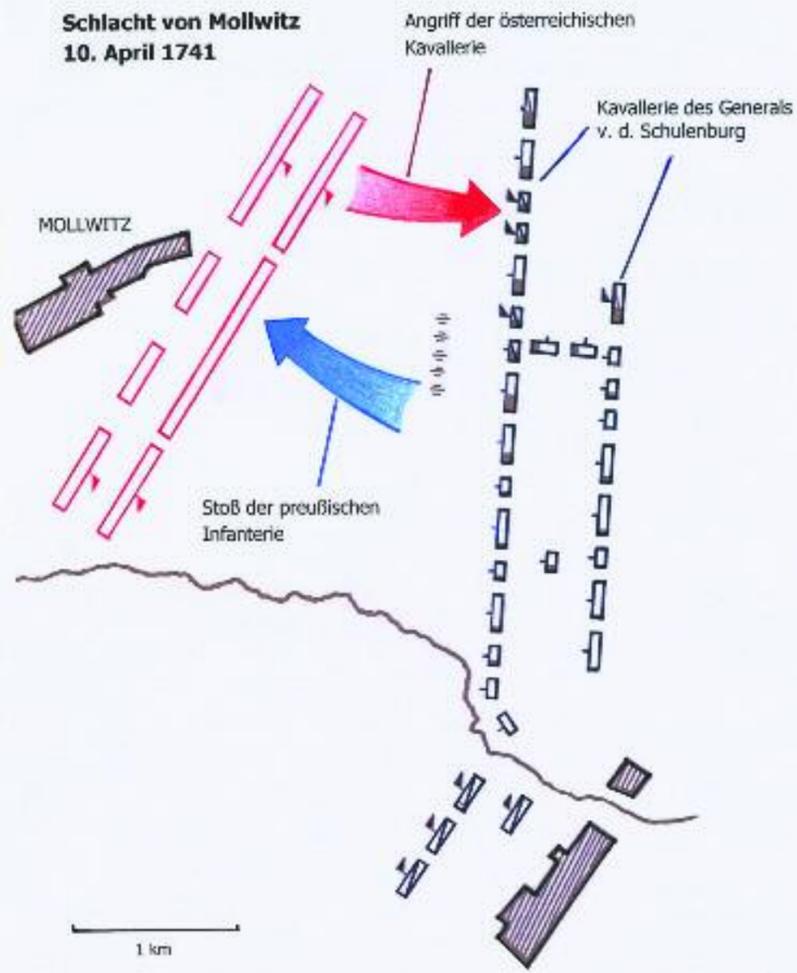
Nachdem Friedrich am nächsten Morgen benachrichtigt worden war, kehrte er sofort zur Armee zurück. Preußen hatte mit 4 849 nur unwesentlich mehr Tote und Verwundete zu beklagen als der Gegner mit 4 551, doch konnte dieser erste Sieg unter seiner Herrschaft dem König nicht recht

Ausbildung der Kavallerie, verbesserte vor allem ihr Attackieren und brachte der Artillerie größere Beweglichkeit bei.

Er selbst führte ein spartanisches Leben, trat bereits um 4 Uhr morgens seinen Dienst an und unternahm einen Lagerrundgang. Er ließ sogar persönlich sein Gardebataillon trotz Schneefalls exerzieren. Manneszucht und Gehorsam standen an erster Stelle der Eigenschaften, die er von seinen Soldaten verlangte, Eigenschaften, die in der Folge den Charakter der preußischen Armee prägen sollten und nicht selten zum Sieg beitrugen. Da er auch von seinen Offizieren derartige Eigenschaften und obendrein noch Fortbildung erwartete, nahmen zahlreiche ihren Abschied.

Nach Mollwitz kam es in Schlesien zu keiner weiteren Schlacht mehr, denn Friedrich zog eine diplomatische Lösung vor. Obwohl der König Anfang Juni den Nymphenburger Vertrag mit Frankreich und Bayern geschlossen hatte, der die Niederlage des Habsburgerreiches zum Ziel hatte, suchte er die Verständigung mit Maria Theresia. Diese willigte ein, da sie ihre Truppen vor allem zum Kampf gegen Frankreich brauchte, und schloss mit Friedrich am 9. Oktober 1741 den Vertrag von Klein-schnellendorf bei Neiße, der Schlesien in preußischem Besitz beließ. Die nun folgende Friedenszeit nutzte der König, um die Ausbildung seiner Armee zu verbessern. Dies sollte sich in den nächsten Kriegen auszahlen.

Heinz Magenheimer



Karte: Magenheimer

Schalke in Düsseldorf

Noch bis zum 1. Juni ist in der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus – Deutsch-Osteuropäisches Forum, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Telefon 0211/16 99 10, die Ausstellung „Ihre Eltern kamen aus Masuren – Kuzorra, Szeban und das goldene Jahrzehnt des FC Schalke 04“ zu sehen. Für die Eröffnungsfeier am 4. April konnte der Ehrenpräsident des FC Schalke 04, Ger-



Logo des Schalke 04 Bild: Schalke 04

hard Rehberg, gewonnen werden, der 1936 im ostpreußischen Ponnau geboren wurde. Des Weiteren sprach er als Hausherr der Direktor des Gerhart-Hauptmann-Hauses, Winfried Halder, sowie Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, das die Ausstellung gestaltet hat und in dessen Räumlichkeiten im Schloss Ellingen sie bereits im Jahre 2006 zu sehen war. PAZ

Amseln waren ihm Inspiration

Vor 125 Jahren wurde der Komponist und Dirigent Heinz Tiessen geboren

Über alle Erfahrung hinweg immer wieder zum Spontanen zurückfindend, zur gläubigen Hingabe an die innere Schau, empfindet Tiessen als die ewige Aufgabe des Künstlers, so beschrieb einmal Ruth Maria Wagner, langjährige Kulturredakteurin der Wochenzeitung Das Ostpreußenblatt, das Schaffen des Komponisten Heinz Tiessen. Er habe sich in vielen Stilen versucht, sei ein begnadeter Musiker gewesen, „hineingeboren in eine Zeit, in der Altes stürzte und Neues noch nicht vollendet werden konnte. Die expressionistische Richtung verstand er von Anfang an als Bekennermusik jenseits aller Modeströmungen, aller Maßlosigkeit ... Natur und Kunst vereinen sich in seinem Werk.“

Geboren wurde Heinz Tiessen am 10. April 1887 in Königsberg, verlebte aber entscheidende Jugendjahre in Allenstein, von dem er noch im hohen Alter liebevoll erzählte. 1905 ging er nach Berlin und studierte dort Philosophie, Musik und Literatur, am Sternschen Konservatorium Komposition und Dirigieren. Kritiker an der „Allgemeinen Musikzeitung“,

Korrepitor am Königl. Opernhaus, Assistent bei Richard Strauss, Kapellmeister und Schauspielkomponist an der Volksbühne, Gründungsdirigent eines gemischten Laienchores, schließlich Lehrer für Komposition und Theorie an der Hochschule für Musik, Professor, Mitglied der Akademie der Künste, deren Musikabteilung er seit 1955 leitete, sind nur einige Stationen, die zeigen, wie abwechslungsreich das Leben des Ostpreußen war. Zu seinen Schülern zählten später so bedeutende

Musikschaffende wie Sergiu Celibidache oder Eduard Erdmann. „Tiessen war uns Mentor, weise, geduldig, unkonventionell lebendig, voll von universellem Wissen und Musikalität. Am meisten imponierte uns, dass er jede Art von Musik nach dem Gehör spielen konnte“, schilderte die Schlesierin Anneliese Schier (1923–1984) ihren Lehrer und späteren Ehemann.

Als Komponist hat der Allensteiner aus Königsberg international Anerkennung erhalten. Berühmte Interpreten und Dirigenten nahmen sich seines Werkes an. „Tiessens Werk“, so der Musikschriftsteller und Musikkritiker

Hans Heinz Stuckenschmidt (1901–1988), „spiegelte die Entwicklung der deutschen Musik von der Jahrhundertwende bis zum Expressionismus der Zeit zwischen den Weltkriegen. Er hat seit der ‚Naturtrilogie‘ (die Eduard Erdmann unvergänglich spielte), dem ‚Amsel-Septett‘ von 1915



Heinz Tiessen Bild: Archiv

(dessen für Orchester gesetztes Finale Wilhelm Furtwängler 1918 uraufführte) und der ‚Duo-Sonate‘ für Violine und Klavier 1925 die Krise der Tonalität ebenso individuell verkörpert wie eine harmonisch freie lineare Polyphonie. Unermüdlicher Beobachter und Sammler von Vogelrufen, eine Ge-

neration vor Olivier Messiaen, ließ er sich durch Amselmelodien zu Liedern anregen, die wiederum auf seine Kammer- und Orchestermusik zurückwirkten. Exotische moderne Tänze aus dem Jazz- und Tangobereich haben ihn vielfach beeinflusst und zu eigener Erfindung in ihrem Genre inspiriert. Als Autor von Büchern wie als Lehrer wirkte er lebenslang in Dienste einer technisch und geistig fundierten Erneuerung der Überlieferungen.“

Seine „Naturtrilogie für Klavier“ gilt noch heute als Hymne auf seine Heimat Ostpreußen. Die drei Sätze tragen die Titel „Einsamkeit“ (Auf dem Gipfel der toten Düne), „Barcarole“ (Am Kurischen Haff) und „Notturmo Tempestoso“ (Nacht am Meere). Tiessen schrieb Orchesterwerke, Kammermusik, Stücke für Orgel oder Klavier, Lieder für Sologesang, Musik für das Theater und Chormusik, er schrieb aber auch Bücher und Essays. Seine Untersuchungen über den Gesang der Amsel erregte besonderes Aufsehen. – Am 29. November 1971 wurde Heinz Tiessen von dieser Welt aberufen. Zwei Jahre zuvor war sein Schaffen mit der Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises gewürdigt worden. Sein Nachlass wird seit 1978 in der Berliner Akademie der Künste gepflegt. Silke Osman

Schauspieler statt Offizier

Preußen-Interessierte und Theodor-Fontane-Freunde kennen ihn als ebenso sympathischen wie selbstkritischen General Bammé in der „Vor dem Sturm“-Verfilmung des NDR und ORF aus dem Jahre 1984. Vor 90 Jahren, am 15. April 1922, kam der Mime Siegfried Wischniewski als Sohn eines Landarbeiters in Reichenwald, Kreis Gerdauen zur Welt. Eigentlich hatte er ja Marineoffizier werden wollen, aber der Erfolg bei einer Schüleraufführung als Kaufmann von Venedig im gleichnamigen Stück ließ ihn die Schauspielerei zum Berufswunsch werden.



Nach Abitur und Kriegsdienst bei der Marine begann er, ohne vorher eine Schauspielschule besucht zu haben, in Lüneburg eine Karriere als professioneller Theaterschauspieler. Mitte der 50er Jahre kam die Arbeit vor der Kamera dazu. Häufig spielte er in Krimis Ermittler oder deren Gegenspieler sowie – entsprechend seinem ursprünglichen Berufswunsch – Offiziere. Jüngeren Zuschauern dürfte er allerdings eher als Landarzt und Serienheld von „Ein Heim für Tiere“ geläufig sein. Das Produktionsende dieser Vorabendserie 1991 erlebte er nicht mehr. Siegfried Wischniewski starb am 24. Januar 1989 in Königsberg an Bronchialkrebs. M.R.

Besser störungsfreie Beziehungen zu Russland

Zu: „Russland und der Westen“ (Nr. 12)

Endlich mal wieder ein Beitrag in der PAZ zum Thema Russland mit Bezug zur realen Wirklichkeit. Leider waren in der jüngsten Zeit mehrere mehr oder weniger russlandkritische Beiträge erschienen. Kritik ist ja immer gut oder kann hilfreich sein. Aber nur dann, wenn die Kritik nicht eine gewisse Feindschaft erkennen lässt.

Warum ist das wichtig für Deutschland? Der Autor v. Gottberg schreibt sehr richtig, dass Russland vom Westen ständig verbal angegangen wird – Entgleisungen inbegriffen. Peter Scholl-

Latour spricht in diesem Zusammenhang gar von einem „Zangengriff“.

Mit dem Ende des Warschauer Paktes und dem späteren Ende der Sowjetunion hat das geostrategische Denken nicht aufgehört, sondern erlebt bis heute seine Wiedergeburt. Das bedeutet, dass die unbestreitbaren geopolitischen Probleme Deutschlands, welche mit der eingeschränkten staatlichen Souveränität zu tun haben, durch eine Gegnerschaft zu Russland zusätzlich zementiert werden.

Ich bin dabei nicht der Ansicht, um es vorweg zu sagen, dass die jetzige oder eine künftige Berliner Regierung die „Russlandkarte“

ziehen sollte. Das nicht. Aber die Beziehungen zu Russland müssen aus oben erwähnten geostrategischen Gründen möglichst störungsfrei gestaltet werden. Immerhin hat sich die Merkel-Regierung zum „Raketenabwehrschirm“, der sich nur gegen Russland richten kann, nicht zustimmend geäußert. Aber auch nicht ablehnend. Widerworte gegenüber der US-Regierung sind die Sache dieser Regierung nicht.

Umso mehr ist ein explizit kritisches Presseorgan wie die *Preussische Allgemeine Zeitung* dazu aufgerufen, den geostrategischen Gesamtblick im Auge zu behalten.

Jürgen Kunz,
Buchen

Keine Privatsache

Zu: „Gaucks Freiheit“ (Nr. 13)

Es ist sehr ermutigend, dass Joachim Gauck der neue Bundespräsident geworden ist. Es bestand auch keinerlei Zweifel an dieser Entscheidung. Ich finde sie gut.

Nur als moralisch integer kann ich es nicht finden, dass er als Pastor in wilder Ehe lebt und sich in zwölf Jahren nicht hat scheiden lassen. Er tritt vor die Bundesversammlung mit seiner Freundin, als wenn es eine Selbstverständlichkeit wäre. Es ist zwar vieles möglich, aber diese Haltung ist seit seiner Wahl keine Privatsache mehr.

Maria Lienert,
Erfurt

Ignoranten

Zu: „Kind des Zeitgeists“ sowie „Kleiner Zäpfchenstreich“ (Nr. 12)

Mit dem Abspielen des Großen Zapfenstreiches vor dem Schloss Bellevue in Berlin ist die Ära Christian Wulffs als Bundespräsident zu Ende gegangen. Die Würde des Zapfenstreiches mit seinem historischen Hintergrund wurde durch das ständige Stören mit Tröten in überhöhter Lautstärke durch einige aufmarschierete Demonstranten in erbärmlicher Weise gestört und entweiht. Unverständlich bleibt, dass die Polizei diesem Treiben nicht sofort ein Ende bereitet hat. In keinem Land der Erde wäre so etwas möglich gewesen. Betroffen haben die fleghaften Demonstranten hier auch die anwesenden jungen Soldaten der Bundeswehr.

Wulff hat offensichtlich wenig Achtung für Tradition, sonst hätte er an dem eigentlich feststehenden Ritual des Zapfenstreichs nicht gerüttelt. Danach besteht die Serenade aus zwei bis drei Musikstücken, in der Regel Militärmärschen. Als fester Bestandteil gilt hier „Des Großen Kurfürsten Reitermarsch“. Ich kenne keinen Großen Zapfenstreich, wo dieser nicht gespielt wird. Wulff konnte sich als Geehrter die Musikstücke aussuchen, davon machte er mit vier Musikstücken reichlich Gebrauch; der Reitermarsch blieb auf der Strecke, ein Marsch wurde gespielt: der „Alexandermarsch“.

Die anwesenden Fernsehreporter haben das Geschehen mit dümmlichen Sprüchen begleitet. Über Geschichte und Hintergrund des Großen Zapfenstreichs wurde nichts gesagt. So blieb auch die Tatsache unerwähnt, dass Teile dieser musikalischen Darbietung auf Melodien fußen, die in der zaristischen Armee gespielt wurden.

Bernd Dauskardt,
Hollenstedt

Ein Glücksfall

Zu: „Dumm gelaufen“ (Nr. 12)

In einer Zeit, in der wir uns ganz allgemein einem besorgniserregenden Werteverfall und einem erschreckenden Realitätsverlust bei so manchem Berufspolitiker ausgesetzt sehen, brauchen wir mehr denn je an der Spitze unseres demokratischen Gemeinwesens eine glaubwürdige Persönlichkeit, die fatale Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft auch benennt und nicht in der Wahrnehmung ausblendet oder gar verharmlost. Vorbei sind die Zeiten von Ignoranz und Schönfärberei – Offenheit und klare Kante, Transparenz und Tacheles reden sind angesagt.

Herr Gauck, dessen Wahl in das höchste Staatsamt vielleicht so etwas wie ein Glücksfall der Geschichte ist, hat mit seiner Antrittsrede nicht nur Mut gemacht, sondern auch unter Beweis gestellt, dass er dieser besonderen Herausforderung gewachsen ist. Deutschland hat jetzt endlich den Bundespräsidenten, den es benötigt und den es verdient. Guido Schümann,
Itzehoe

Großartiger Beitrag

Zu: „Geiz ist geil? Nein danke!“ (Nr. 12)

Ganz herzlichen Dank für den großartigen Beitrag von Professor Günter Schold! Ich werde diesen Aufsatz in meine „ewige Sammelmappe“ für die Jugendbildungsarbeit aufnehmen und ihn fotokopiert im Bekanntenkreis verbreiten.

Michael Fiedler,
Meerane

Vergnüglichkeit

Zu: „Pannonicus: Die im Dunkeln ahnt man nur ...“ (Nr. 11)

Welch ein Vergnügen! Der Titel assoziierte sofort den alten Macki-Messer-Song, und so begann ich von der ersten Zeile an den Text zu singen. Und siehe da, es passte Silbe für Silbe. In einer Zeit, wo allort selbst angesehene „Dichter“ Wortgruppen ohne Gefühl für Rhythmus aneinanderreihen, sind Texte wie die des Pannonicus eine Wohltat. Grandios die Idee, auf die vermutliche Fülle an Mogeleyen im Wissenschaftsbetrieb mit dem Rhythmus der Weillschen Melodie aus der Dreigroschenoper zu verweisen. Einfach herrlich! Danke!

Dieter Dziobaka,
Hamburg

August Lübeck

Zu: „Mutig, tapfer, weiblich“ (Nr. 12)

Anmerkungen zur Biografie der wohl einzigen Inhaberin des Eisernen Kreuzes der Befreiungskriege 1813/15, Friederike Krüger: Geboren 1789 in Friedland. Von Beruf Schneiderin. 1813 in Männerkleidern als „August Lübeck“ in das Colbergsche Infanterie-Regiment eingetreten. Teilnahme an verschiedenen Gefechten. Verwendung in der Schlacht bei Dennewitz, wobei das wahre Geschlecht entdeckt wird. Zum Unteroffizier befördert und mit dem EK II beliehen. Während des Frankreichfeldzugs 1814 ausgezeichnet. 1816 Heirat. Mutter von vier Kindern. Verstorben 1848 in Templin, wo heute noch das Grabkreuz und ein Straßennamen an die couragierte Mecklenburgerin erinnern.

Vincenz Oertle,
Gais, Schweiz

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das arbeitende Volk

Zu: Gaucks Reden

Wer die Reden des neuen Bundespräsidenten anlässlich seiner Wahl durch die Bundesversammlung und seiner Vereidigung verfolgte, wird erstaunt festgestellt haben, dass die Worte „Deutschland“, „Vaterland“, „deutsches Volk“ in seinen Ansprachen nirgends vorgekommen sind. Gauck sprach von „diesem Land“ oder „unserem Land“, „Heimat“, „Gesellschaft“ und „Bevölkerung“.

Der neue Bundespräsident wird vermutlich ebensowenig eigenständig handeln wie seine Vorgänger, und er wird, auch gegen sein Empfinden und Gewissen, das unterschreiben, was ihm vorgelegt wird im Sinne: „Nach mir die Sintflut“. Die Folgen der Euro-„Rettung“ und des ESM muss ja nicht er tragen und auch nicht die mehr als 600 hochdotierten Handstreckler des Bundestags, sondern das arbeitende Volk, jetzt und über Generationen hinweg!

Kuno Haberkern
Wiernsheim-Iptingen



Geostrategische Probleme Deutschlands im Blick haben: Ex-Bundeskanzler Schröder im Gespräch mit dem damaligen russischen Präsidenten Putin in Berlin, 2005

Bild: Bundesreg./G. Bergmann/Pool/dapd

Westverschiebung Polens hatte nichts mit deutscher Kriegsschuld zu tun

Zu: „Im Grunde selber schuld“ (Nr. 8)

Das auf besagter Veranstaltung gezogene Resümee ist ja nun keine neue Erkenntnis, sondern im gewissen Sinne schon lange Bestandteil der Staatsraison Deutschlands. Die Diskussion darüber scheint mir aber sehr schräg und unter falschen Grundannahmen zu laufen; sowohl auf Seiten der Befürworter als auch auf Seiten der Gegner eines solchen Resümees. Nach meinem Dafürhalten diskutieren alle Seiten unter Verwendung falscher Voraussetzungen.

Auf der Teheran-Konferenz 1943 wurde die neue Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion im Nachkriegseuropa festgelegt. Stalin hatte also gegenüber den Alliierten USA und Großbritannien die Durchsetzung der die Sowjet-

union betreffenden Inhalte eines Vertrages, welchen er mit Hitler geschlossen hatte (Hitler-Stalin-Pakt 1939), gefordert und war damit erfolgreich. Das an sich ist schon ungeheuerlich. Also entschied man sich, Polen wenigstens mit einigen deutschen Ostgebieten zu „entschädigen“. Ergebnis ist also das, was wir heute als Westverschiebung Polens bezeichnen. Der Verlust der Ostgebiete ist demnach nicht eine Entschädigung an Polen aufgrund der deutschen Kriegstaten, sondern eine Entschädigung an Polen durch die Alliierten aufgrund der erfolgreichen Durchsetzung territorialer Interessen der Sowjetunion an ihrer Westgrenze.

Nicht vergessen sollte man auch, dass die Aufteilung Europas in deutsche und sowjetische Interessensphären und nach dem Krieg die Absicherung der gleich gebliebenen sowjetischen Interessens-

phäre nicht nur Polen, Deutschland und die Sowjetunion betraf, sondern Auswirkungen vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer hatte. Finnland verlor schon 1940 seinen einzigen Eismeerhafen an die Sowjetunion und erhielt ihn nach Kriegsende auch nicht wieder. Nebenbei: Polen hatte 1938 eine Fläche von 389 720 Quadratkilometer – heute hat es eine Fläche von 312 685 Quadratkilometer; es verlor also trotz Westverschiebung eine Fläche von der Größe des heutigen Tschechiens.

Schlussendlich muss man die Frage nach der Bewertung der Abtretung deutscher Ostgebiete gar nicht stellen, da diese Abtretung lediglich eine Folge der Westverschiebung Polens ist. Also sollte dem Prinzip des gesunden Menschenverstandes folgend, die Abtretung deutscher Gebiete genau so zu bewerten sein wie die polni-

sche Westverschiebung: Es ging nicht darum, Deutschland zu bestrafen, zu verkleinern oder um andere deutschlandbezogene Dinge, die in diesem Zusammenhang immer noch und immer wieder gerne behauptet werden. Es ging ausschließlich um die Durchsetzung sowjetischer Interessen an deren Westgrenze.

Wenn man es also als gerecht empfindet, dass das eindeutige Kriegsoffer Polen, einfach so und zusätzlich trotzdem noch unter Verlust von 77 000 Quadratkilometer Fläche, auf der Landkarte verschoben wird, weil ein Diktator vom „Westen“ das zugestanden bekommen wollte, was er mit einem anderen Diktator vereinbart hatte, dann, und nur dann, kann man auch die Abtretung der deutschen Ostgebiete rechtens finden.

Daran ist vielleicht auch zu erkennen, dass die Bewertung die-

ser Problematik keine Frage der Zugehörigkeit zu einem bestimmten politischem Lager ist, sondern eher eine Frage von Gerechtigkeitsempfinden und Vernunft. Willy Brandt wusste das noch.

Was hätte eine solche Sichtweise für Auswirkungen auf die Bewertung von Flucht und Vertreibung? Wenn man akzeptiert, und das muss man wohl, dass die Westverschiebung Polens nichts mit deutscher Kriegsschuld, sondern mit sowjetischen Territorialinteressen unter Billigung der USA und Großbritannien zu tun hat, so muss man auch zu dem Schluss kommen, dass die Folge dieser Verschiebung, die Vertreibung, ebenso wenig mit der vorhandenen Kriegsschuld zu tun hat und die Aussage „Selber schuld“ nicht greifen kann.

René Lehmann,
Ludwigsfelde

Minderheiten und Geopolitik

Zu: „Der Balken“ (Nr. 9)

Polen hat seit 1919 mit seinen Minderheiten immer Probleme, nicht nur mit der deutschen, sondern auch mit der litauischen, ukrainischen und sogar mit der weißrussischen.

Dass Polen sich um seine Minderheiten im Ausland sehr kümmert, hat nicht nur kulturelle, sondern auch geopolitische Aspekte. Polen bezeichnet sich als die führende kulturelle osteuropäische Nation und muss somit bei seinen Nachbarn immer präsent sein.

Polen ist eine „Rzeczpospolita“, zu deren Territorium auch das Großfürstentum Litauen gehörte. Es umfasst das heutige Lettland, Litauen, Weißrussland und die Westukraine. Bei der Verwal-

tungsübernahme dieses Territorium möchte man vor Ort ausgebildete polnisch sprechende Kader besitzen, um den polnischen Charakter des Landes zu beweisen.

Deutschland besitzt nach polnischen Angaben eine mehr als zwei Millionen zählende polnische Minderheit, und diese fordert vehement den Minderheitenstatus. Die Politik wird den wohl erteilen, um die polnisch-deutsche Freundschaft zu festigen.

Das wird Nachahmer finden wie zum Beispiel die türkische Volksgruppe. Deutschland ist dann auf dem Weg vom Nationalstaat zum Nationalitätenstaat und das Integrationsproblem löst sich von selbst. Hermann Wank,
Hafenlohr

Atom-Sprengköpfe von deutschen U-Booten?

Zu: „Die Uhr tickt“ (Nr. 8)

Als Kenner der amerikanischen Geschichte habe ich diesen Artikel mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Die Gewohnheit amerikanischer Regierungen, das eigene Volk zu täuschen und unpopuläre Kriege anzufangen, lässt sich noch mit einem weiteren Beispiel belegen. Ich empfehle die Lektüre des Buchs „The secret war“ von Georg Morgenstern, Herausgeber der „Chicago Tribune“ (1906–1988).

Morgenstern, ein jüdisch-stämmiger Amerikaner, schreibt – mit einem für mich unglaublichen Quellenstudium – über den angeblich überraschenden japanischen Angriff auf Pearl Harbor 1941, wie Roosevelt mit seiner

Clique das kriegsunwillige amerikanische Volk in den Zweiten Weltkrieg hineinmanövriert hat, nachdem er ihn, unerklärt, im Atlantik gegen die Deutschen schon monatelang geführt hatte („truth is what works“).

Zum Artikel selbst: Man hat den Eindruck, der mit so vielen Vorschusslorbeeren überhäufte „Messias“ und Friedensnobelpreisträger entpuppt sich als „Obergauner“ und die vormals vielgeschmähten kommunistischen Staaten Russland und China als Friedensengel. Frau Merkel in ihrer unglaublichen Beschränktheit wird zum Rettungsengel Europas hochstilisiert, damit sie den Mund hält und weiterhin auf unsere Kosten U-Boote („Dolfin-Klasse“) an Israel abträgerwaffen für atomare Spreng-

köpfe (Cruise missiles) liefert. (Wo doch angeblich von uns keine Kriegswaffen in Spannungsgebiete geliefert werden.)

Jetzt wissen wir auch, weshalb der zuständige Kontrollausschuss geheim tagt. Ob wohl die vielbeschworene „Nibelungentreue“ zu Israel auch dann noch gilt, wenn „Jung-Siegfried“ Benjamin Netanjahu, der israelische Ministerpräsident, einen Atomkrieg anzettelt? Vielleicht sogar dann noch, wenn die atomaren Sprengköpfe von deutschen U-Booten abgefeuert werden, deren Startanlagen von der Howaldswerft eingebaut wurden? Schwuppdwupp wären wir wieder in einem Krieg, den keiner gewollt hat.

Dr. med. Horst Bittmann,
Saulheim



Von Kronstadt in die Exklave

Mag der Rotstift in den restlichen Streitkräften der Russischen Föderation auch wüten, „Baltflot“, Russlands Seestreitkräfte in der Ostsee, rüstet auf. Ihr Zentrum wird bis 2020 von Kronstadt ins Königsberger Gebiet verlegt. Das beginnt mit der Überführung der U-Boote nach Pillau [Baltiysk], wo man schon fleißig an der Hafentvertiefung arbeitet. In Pillau und Neuhausen [Lugowoe] entstehen zwei neue „Militärstädte“; Flottenhospital, Militärschulen und Stäbe bleiben in Königsberg. Die Start- und Landebahn des Militärflughafens Tanenwalde [Tschkalowski] wird auf 3500 Meter verlängert, damit Schwertransporter wie die russische Antonow An-124 „Ruslan“ oder der westliche Airbus ihn anfliegen können.

Das alles missfällt den Königsbergern gründlich, welche die Rabauken der Baltflot, die ständig Flurschaden anrichten, noch nie ausstehen konnten. Seit Ende vorletzten Jahres besteht ein offener Konflikt mit dem Marine-Ingenieursdienst unter Oberst Oleg Pawlow, weil dieser auf den Truppenübungsplätzen der Region bis zum diesjährigen Frühjahr täglich 100 Tonnen ausrangierte Munition sprengen wollte. Das veranlasste Einwohner von Friedland [Prawdinsk] zu wütenden Protesten, die mühsam besänftigt oder von anderem Ärger überdeckt wurden. Alljährlich gibt es Lebensmittelvergiftungen oder Epidemien unter den Soldaten,

Baltflot verbessert Berufschancen

die Korruption unter höchsten Offizieren bis hin zum Bauchef Igor Dowgopol oder dem Militärstaatsanwalt Wladimir Puschkar füllt Aktenbände.

Mit Unruhe verbunden sind stets die Einberufungen der Wehrpflichtigen im Frühjahr und Herbst. Mit den Rekruten rücken auch die „Komitees der Soldatenmütter Russlands“ an, die von der resoluten Alla Wlasowa, „soldatskaja Mama“ genannt, geleitet werden. Sie visitieren Kasernen, probieren das Essen und berichten danach den Eltern der Soldaten. Vor den Müttern hat Baltflot mehr Angst als vor möglichen „Feinden“, sagt ihr Informations- und Wachdienst.

Dabei steht Baltflot in dem Ruf, den in ihr Dienenden solides Rüstzeug für „Beruf- und Leitungstätigkeit“ zu vermitteln. Der Beweis ist „Awtotor“ in Königsberg, das 1996 gegründete riesige Werk für die Personenkraftwagenproduktion im Auftrag von BMW, Kia, Chevrolet und anderen Westfirmen. Ende 2011 waren von 3100 Beschäftigten 1200 ehemalige Baltflot-Mariner, darunter 320 Stabsoffiziere und drei Generäle. In den nächsten zehn Jahren will „Awtotor“ 20 000 Arbeitsplätze schaffen. Die werden vor allem mit Baltflot-Leuten besetzt, haben der Oberkommandierende der Baltflot, Vizeadmiral Viktor Tschirkow und der Chef von Awtotor, Wladimir Kriwtschenko, Ende vergangenen Jahres vertraglich vereinbart. *Wolf Oschlies*

Reiseführer sorgt für großen Andrang

Gunnar Strunz stellte im Deutsch-Russischen Haus sein Buch »Königsberg entdecken« vor

Als der deutsche Geologe Gunnar Strunz zur Autorenlesung im Deutsch-Russischen Haus eingeladen hatte, erlebte der Gastgeber einen wahren Besucheransturm. Er beweist, wie groß das Interesse der Königsberger an deutscher Geschichte ist.

Die Besucher waren neugierig darauf zu erfahren, wie jemand aus dem Westen das Königsberger Gebiet und seine Bewohner sieht. Es waren so viele Menschen gekommen, dass die Gäste nicht nur um den Einlass, sondern auch um einen Haken an der Garderobe für ihre Mäntel kämpfen mussten. Das große Interesse an Gunnar Strunz' Lesung aus seinem neuen Reiseführer „Königsberg entdecken. Unterwegs zwischen Memel und Frischem Haff“, der in der „Trescher-Reihe Reisen“ erschienen ist, zeugt davon, wie sehr die heutigen Bewohner an der Geschichte der Region, in der sie leben, interessiert sind.

An Strunz' Buchvorstellung war auch das deutsche Generalkonsulat beteiligt. Einleitend stellte Generalkonsul Aristide Fenster den Autor und sein neues Buch vor. Er selbst hatte es bereits gelesen und zeigte sich davon überzeugt, dass dieses mit großer Sympathie für das Königsberger Gebiet geschrieben wurde. Fenster hat über deutsche Geschichte promoviert, so dass er Experte genug ist, um die Qualität des Werks beurteilen zu können.

In nächster Zeit wird Strunz in Königsberg Vorträge über Königin Luise, die Königsberger Romantik und ihre Komponisten halten. Während der Autorenlesung stellte er Passagen zur deutschen Geschichte aus seinem Reiseführer vor.

Strunz hat sich als Geologe lange Zeit intensiv mit dem Königsberger Gebiet beschäftigt, das er während seiner zahlreichen Reisen kennenlernte. Er hat sich schon früh gerade für die Gebiete interessiert, in die man anfänglich



Bei der Vorstellung von „Königsberg entdecken. Unterwegs zwischen Memel und Frischem Haff“: Gunnar Strunz im Gespräch

nicht reisen durfte. Sie zogen ihn magisch an. Wahrscheinlich umso mehr, als er selbst unweit der Grenze zwischen der DDR und der Tschechoslowakei aufwuchs.

Als der Eisener Vorhang fiel und auch das Königsberger Gebiet bereist werden konnte, machte Gunnar Strunz sich auf den Weg dorthin. Über 20 Jahre sammelte er das Material für seinen Reiseführer. Das Buch ist auf Deutsch erschienen und wird außer in der Bundesrepublik auch

in Österreich und in der Schweiz verkauft.

Der Autor bezieht auch zu der Frage Stellung, ob das Königsberger

Noch gibt es das Buch nur in Deutsch

Gebiet für Touristen aus ganz Europa attraktiv sei. Seiner Ansicht nach müsste für die Region mehr geworben werden. Er selbst

tut es bereits mit seinen Büchern. Entscheidend seien aber Einreiseerleichterungen, weil die Visumpflicht viele Reisende davon abhalte, ins Königsberger Gebiet zu kommen.

„Für mich ist das Königsberger Gebiet ein Paradies. Und dieses Paradies bezaubert mich so sehr, dass ich immer wieder und wieder hierher komme“, sagte Strunz.

Doch sein Interesse gilt nicht nur der Landschaft und seinen

Forschungsarbeiten, sondern auch seiner zukünftigen Frau, die er zwar in der Bundesrepublik kennenlernte, die aber aus Königsberg kommt. Zurzeit lernt Strunz deshalb eifrig Russisch. Auf die Frage, ob sein Reiseführer bald auch auf Russisch erscheinen wird, antwortete er: „Wenn ein russischer Verlag sich dafür interessiert, stelle ich selbstverständlich mit Vergnügen mein Material zur Verfügung.“

Jurij Tschernyschew

Luchse aus Estland ausgewildert

Mit der WWF-Aktion soll das Überleben dieser Raubkatzenart im südlichen Ostpreußen gesichert werden

Im Rahmen eines von WWF Polska durchgeführten Programms für den Erhalt des Luchsbestandes in Polen wurden zwei Luchsmännchen aus Estland in die Johannisburger Heide sowie ins Oberforstamt Neu-Ramuck bei Allenstein verbracht. Die ausgewilderten Raubtiere sollen helfen, den 60 Einzeltiere zählenden Luchsbestand im Nordosten der Republik Polen zu halten, wenn nicht gar zu vergrößern.

In der Republik leben zurzeit zirka 300 Luchse, vorwiegend im südlichen Landesteil – in den Ost- und Westkarpaten, im Karpatenvorland und im Riesengebirge, wo sie aus dem Böhmerwald herein gedrungen waren, nachdem sie in diesem deutsch-tschechischen Grenzgebiet ausgewildert worden waren. Im nordöstlichen Raum kommen sie hauptsächlich

im Bialowieza-Nationalpark und entlang des naturgeschützten und auf ihre einmalige Art hübsch mäandrierenden Bober [Biebrza] vor. Weitere Rückzugsgebiete der Luchse sind die Kampinos-Heide bei Warschau und die Umgebung von Leslau [Wloclawek] am mittleren Weichselllauf.

Im Vergleich zu einem flächenmäßig kleinen Land wie Estland scheint die Gesamtzahl der Luchse in Polen nicht groß zu sein. In dem baltischen Staat wird das Vorkommen der Luchse auf 600 bis 900 Einzeltiere geschätzt. Da für einen sichereren Bestand dort etwa 500 Einzeltiere ausreichend sind, kann ein Überschuss in andere Gebiete Europas zwecks Auswilderung abgegeben

werden. Wegen einer auffallenden Ähnlichkeit der Ökosysteme der Republik Polen und der Republik Estland eignet sich Masuren dazu hervorragend.

Die Auswilderung des Luchses innerhalb Europas erfolgt unter der wissenschaftlichen Aufsicht zweier Schweizer Projektleiter

Ein Männchen kam in die Johannisburger Heide, das andere in die Nähe von Allenstein

und Umweltschützer, Urs Breitenmoser und Christine Breitenmoser-Würsten, von der Forschungsstelle KORA (Koordinierte Forschungsprojekte zur Erhaltung und zum Management der Raubtiere in der Schweiz) bei Bern. Nach Meinung des Ersteren könnten künftig 20 bis 40 Luchse in

den schwer von Menschen erreichbaren Sumpfgeländen der Masurischen Seenplatte leben. Dort hätten sie auch keine Schwierigkeiten, entsprechende Nahrung zu finden, da die Johannisburger Heide und das Oberforstamt Neu-Ramuck dafür ausgezeichnete Bedingungen böten.

Dies wird von den Beamten in der Regionalen Verwaltung der Staatsforste in Allenstein, einem offiziellen Partner bei der Auswilderung des Luchses in Masuren, bestätigt.

Eine Durchführung des WWF-Programms wurde dank mehrerer Schenkungen und einer Überweisung von einem Prozent der Einkommensteuer für das Jahr 2011 derjenigen polnischen Bürger

möglich, denen Umweltfragen besonders nahe am Herzen liegen. Ihr eifriges Bemühen um die Schonung des masurischen Ökosystems hat sich gelohnt, da man schon jetzt an die Auswilderung von zwei weiteren Luchsen denkt.

Eine allmähliche Wiederherstellung der früheren Zustände im Bereich der Tierwelt in Mitteleuropa schreitet also voran. Bereits kurz nach der sogenannten Wendepassage das erste Wolfsrudel die Neiße und wanderte in die Lausitz ein, wo es auf den dortigen Truppenübungsplätzen einen besonders günstigen Lebensraum gefunden hat. Gerade dort kam es dann auch zu Beginn des neuen Jahrtausends zu einer erstmals seit mindestens 100 Jahren nachgewiesenen erfolgreichen Fortpflanzung des Wolfes zwischen Elbe und Neiße. *Grzegorz Supady*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

bunt wie ein Osterbeet ist unsere heutige Familienseite, denn vielseitiger könnten die Fragen und Wünsche nicht sein, die an uns herangetragen wurden. Da ist das Anliegen von Herrn **Marcel Krueger**, das sich nahtlos an die in der letzten Folge veröffentlichten Wünsche anschließt, denn auch er möchte in die Heimat seiner Großmutter, nach Ostpreußen, reisen, um auf Spurensuche zu gehen. Nicht nur aus persönlichen Gründen, denn Marcel Krueger ist Schriftsteller, und die Recherchen, die er in Masuren betreiben will, dienen auch der Vorbereitung für ein Online- und Buchprojekt, das schon einen Titel hat: „In der dunklen Nacht“. Marcel Krueger arbeitet zweisprachig, er schreibt für englische, irische und deutsche Publikationen, hat die letzten fünf Jahre in Irland gelebt und versucht jetzt, seine Zeit zwischen Berlin, Köln und Dublin aufzuteilen. Und in diesem Sommer kommen einige Wochen in Masuren hinzu, denn von dort aus wurde 1945 seine Großmutter von der Roten Armee verschleppt. Nach sechs Jahren Zwangsarbeit in russischer Gefangenschaft kam sie nach Westdeutschland, ohne je ihre ostpreußische Heimat wieder zu sehen. Und genau diesen Weg will ihr Enkel jetzt verfolgen und darüber berichten, 67 Jahre danach auf Spurensuche von ihrem masurischen Heimatort in den Ural und zurück. Es ist Marcells erste Reise nach Polen und Russland und wird kein einsamer Weg sein. Die Website zu „In the dark night“ soll in Kooperation mit deutschen, russischen und polnischen Fotografen, Schriftstellern und Bloggern zusammen einen Blick auf diesen Teil Europas werfen und versuchen zu erörtern, welche Bedeutung die vor 67 Jahren geschehenen Ereignisse heute für die Menschen in Deutschland, Polen und Russland haben. Es soll eine Art Reisetagebuch werden, zweisprachig in Deutsch und Englisch, um

das Thema einem möglichst breiten Leserkreis näher zu bringen. Der Erfolg seines Vorgängerprojektes www.sonic.iceland.com, das eine musikalische Reise nach Island dokumentiert, hat ihm Mut zu diesem neuen, weitaus schwierigeren Werk gemacht.

Es gilt also nun für uns, ihn bei den Recherchen über die Heimat seiner Großmutter zu unterstützen. Ob Kontakte oder generelle Informationen, jede Auskunft ist für Marcel Krueger wichtig. Besonders die Hinweise, die den Herkunftsort seiner Großmutter betreffen, aber ... wo liegt Legajnen? In Ostpreußen jedenfalls nicht. Also heißt es wieder einmal: nachfragen! Zum Glück ging dann alles sehr schnell, der Irrtum war rasch geklärt: Es handelt sich um Lengainen [Legajny], nordöstlich von Allenstein am Lengainer See



Wer kennt diesen Eisenbahner mit dem Vornamen Willy?

Bild: privat

gelegenen, ein 730-Seelen-Dorf. Das etwa einen Kilometer entfernte Gut trug den gleichen Namen. Auf diesem Gutshof ist die Großmutter des Suchenden, **Cäcilie Barabach**, aufgewachsen, und von dort ist sie dann verschleppt worden. Herr Krueger würde sich über jede Information über die Heimat seiner Großmutter freuen, die ihm die Spurensuche erleichtern könnte.

Alle in der »Ostpreussischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

(Marcel Krueger, Telefon +353/86/7735523 oder 49/1709604059, E-Mail: marcel@kingofpain.org)

Barg dieses Anliegen schon Stolpersteine, so ist der Suchwunsch von Madame **Monique Abela** geradezu damit gepflastert, und der Kreis der möglichen Informanten muss erheblich über den unserer Ostpreussischen Familie erweitert werden. Die Französin hat bisher alles, aber auch wirklich alles unternommen, um die Herkunft ihres Vaters zu klären. Jetzt wendet sie sich an uns, weil sie meint, er könnte aus Ostpreußen stammen. Sie hat nur zwei konkrete Anhaltspunkte: den Vornamen ihres Vaters – **Willy** – und seinen Geburtstag – 21. September. Aber, was viel wichtiger ist, sie besitzt noch drei Fotos von ihrem Vater, von denen wir eines hier zeigen. In der vagen Hoffnung, dass jemand Willy erkennt, falls er aus Ostpreußen stammt oder mit ihm irgendwann und irgendwie zusammen war. Das könnte vor allem in Frankreich gewesen sein, denn dort war der Eisenbahner, der als Wehrmachtangehöriger an der Westfront eingesetzt worden war, nach den Angaben der Tochter Bahnhofsvorsteher (?) von St. Omer im Département Pas-de-Calais. Ein französischer Zeitzeuge hat Willy auf einem der Fotos erkannt, weil dieser in seinem Elternhaus in Wizernes (Pas-de-Calais) gewohnt hat, das von den deutschen Besatzern beschlagnahmt worden war. Nach Willys Nachnamen befragt meinte er, dieser könnte **Teipel, Depel, Teepel, Topel** oder **Toeppel** gelautet haben. Mit Sicherheit wusste er zu sagen, dass Willy einmal nach Detmold in Urlaub gefahren ist. Ein Hinweis auf dessen deutsche Heimatstadt ist einem kleinen Tagebuch von Moniques Mutter zu entnehmen, in dem einige wenige Angaben zu dem Vater ihrer Tochter enthalten sind: Willys Elternhaus wurde in der Nacht zum 19. April 1943 bei einem Bombenangriff zerstört. Die Mutter wie auch ein Großteil ihrer französischen Fami-

lie kamen bei Bombenangriffen durch die Alliierten auf Lomme im Département Nord ums Leben. Was aus dem Vater wurde, ist unbekannt. Monique hat Nachforschungen in St. Omer und Lomme angestellt, ebenso in den Archiven der französischen Eisenbahnen sowie bei der Deutschen Dienststelle (WAST) für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht in Berlin geforscht, die deutschen Friedhöfe der Regionen Nord und Pas-de-Calais durchsucht. Auch eine Spurensuche in Detmold hat nichts ergeben, die Stadt wurde zu dem angegebenen Termin nicht bombardiert. Welche deutsche Stadt kann es denn gewesen sein?

Was bleibt zu tun? Monique Abela möchte nun wissen, zu welchem Teil der deutschen Wehrmacht die Eisenbahner während des Krieges gehörten und wo sie die Listen der deutschen Besatzer finden könnte, die in St. Omer stationiert waren. Warum sie meint, dass ihr Vater aus Ostpreußen stammen könnte, begründet sie damit: Als sie klein war, hätte sie gehört, dass ihr Vater in der Nähe von Weißrussland lebte – wahrscheinlich in Ostpreußen! Da ist sie doch mit der Geografie etwas durcheinandergelassen! Bleibt also die Hoffnung, dass sich aus diesen unterschiedlichen Angaben einige Anhaltspunkte ergeben, die weiterhelfen könnten. Wir haben ja schon einmal in einem ähnlichen Fall aus Frankreich ein wahres Wunder erlebt – vielleicht auch hier? (Madame Monique Abela-Foucart, Residence „Le Panoramique“, bat. H. 319, rue Marius Cadoz, 01170 GEX, France, Telefon +33(0)450416920, E-Mail: moniquejoseph01@hotmail.com)

Frau Dr. **Gwendolin Gregor** hat der Landsmannschaft Ostpreußen die Abschrift einer alten Geburtsurkunde übergeben, denn sie wurde in Pillau ausgestellt. Die Schlesierin fand das vergilbte Blatt in einem antiquarisch erworbenen Büchlein, das sie besonders interessierte, weil sie mit dem Autor verwandt ist. Es handelt sich um „Fragmente aus dem Nachlass eines jungen Physikers“ von **Johann Wilhelm Ritter**, ausgewählt von **Friedrich v. d. Leyen**, erschienen in der

Inselbücherei 1946. Das Buch wurde also kurz nach dem Krieg gedruckt, und in jenen Jahren wird auch sicherlich das Dokument von dem damaligen Leser hineingelegt worden sein. Der Text des schon sehr verblühten Dokumentes lautet:

„Begläubigte Abschrift. Vorzeiger dieses **Johann Martin Ahrndt** ist in Wegezin den 20ten Juny 1791 gebohren. Seine Eltern sind Schäfer **Martin David Ahrndt** und **Maria Magdalene Fischers**. Dieses wird dem hiesigen Kirchenbuche gemäß in fidem attestirt. Crien, den 8ten Oktober 1816. (Unterschrift) Pastor. Daß vorstehende Abschrift mit der Ur-schrift übereinstimmt, wird hiermit beglaubigt. Pillau, den 9. August 1935. Der Standesbeamte. In Vertretung.“

Die Unterschrift ist schwer leserlich, vielleicht **Mayran** oder ähnlich. Deutlich dagegen der Stempelabdruck des Standesamtes in Pillau. – Vielleicht gibt es Nachkommen der Familie Ahrndt oder andere Angehörige, die Interesse an diesem Dokument haben. Sie mögen sich an die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, wenden.

War Frau **Waltraud Bracklow** schon bisher hocheifrig, dass ihre kleine Frage nach der Lungenheilstätte Lockstädt ein solch weites Echo hervorgerufen hatte, kam jetzt noch eine Überraschung. Die bereitete ihr Frau **Annemarie Conrad von Heydendorff-Aschenbrenner** aus Frankfurt mit der Übersendung einer Postkarte, die eine kleine **Hilde** an ihre Großeltern in Wien geschrieben hatte. Das Mädchen weilte ebenfalls wie damals Frau Bracklow in der bei Fischhausen gelegenen Seeheilstätte, die weit über Ostpreußen bekannt war. Hilde schreibt, dass es hier sehr schön sei, das Heim läge unter Bäumen in einem Garten, und sonst gäbe es nur Wald und Wiesen. Und am Strand sei sie auch schon gewesen und hätte Muscheln und Bernstein gefun-

den. Frau Bracklow wird diese Karte an ihren eigenen Aufenthalt erinnern, zumal die Abbildung einen der modernen Pavillons zeigt, die sie sicherlich noch in Erinnerung hat. Als Frau Conrad von Heydendorff-Aschenbrenner, die seit mehreren Jahren Ansichtskarten, Landkarten, Notgeld und Literatur aus beziehungsweise über Ostpreußen sammelt, diese Karte erhielt, dachte sie sofort an den Bericht auf unserer Familienseite und übersandte Frau Bracklow eine Kopie und uns auch. Wir danken für diese sehr gut erhaltene Ansicht von der Seeheilstätte.

Und nun klappt es doch mit dem Treffen der „Königsberger Kinder“ in Bad Pyrmont, wie mir Frau **Helga van de Loo** mitteilt. Vom 4. bis 7. Mai wollen sich die Schicksalsgefährten von einst, die die Nachkriegszeit 1945 bis 1948 in und um Königsberg elternlos und ohne Geborgenheit überlebten, im Ostheim zusammenfinden, um ihre Gemeinschaft zu stärken. Ohne ein star-

Die ostpreussische Familie



Ruth Geede

Bild: Pawlik

res, festgelegtes Programm; die Gestaltung und der Ablauf sollen individuell bestimmt werden. Der Gedankenaustausch steht im Vordergrund, denn das Leid ihrer Kinderjahre blieb unvergessen. Daran erinnert auch der von dieser kleinen Gruppe gesetzte Gedenkstein auf dem Luisenfriedhof in Königsberg, der ihren Leidensgefährten gewidmet ist, die jene grausamen Jahre nicht überlebten. Wer sich für dieses individuelle Treffen der „Königsberger Kinder“ interessiert, für das sich schon über 20 Teilnehmer gemeldet haben, wende sich bitte an Frau Helga van de Loo, Fonkstraße 1 in 53125 Bonn, Telefon (0228) 251271.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Schmackostert wurde auch

Erinnerungen aus dem Sammelsurium eines ostpreussischen Geschwisterpaares

Sie sollen wissen, dass es im Vogtland eine alte Ostpreußen und einen noch älteren Ostpreußen gibt, die ein wenig über das Dasein einer ostpreussischen Familie aufgeschrieben haben“, so beginnt ein an mich gerichteter Brief, der einem Buch beilieg, das schon allein durch sein Volumen aus dem Rahmen fällt, denn es umfasst 360 Seiten. Ist das bereits für eine Familienchronik ungewöhnlich, so ist es der Inhalt erst recht, er passt einfach in keine literarischen Gliederung, und in solche sollte man ihn auch nicht einfügen, sondern das gebundene Werk so bezeichnen, wie das schreibende Geschwisterpaar es in einem Innentitel genannt hat: ein Sammelsurium!

Es ist ein Mix aus Erinnerungen, Geschichten, Gedichten, Lebensbildern, Fotos, Zeichnungen, Zeitungsausschnitten und anderem Bewahrten und wird somit zu einem Spiegelbild einer Landarbeiterfamilie aus dem nördlichen Ostpreußen, die nach der Flucht in einem Behelfsheim im vogtländischen Tannenbergtal landet. Genauer: im Behelfsheim Nr. 3, und so lautet auch der Untertitel des Buches „Raum ist in der kleinsten Hütte“. Ein bisschen viel Titel bei auf den ersten Blick, aber man bekommt schon eine Ahnung von der Vielseitigkeit des von dem Ge-

schwisterpaar im hohen Alter Aufgeschriebenen. **Otto Höchst** (82) und **Liesbeth Roeder** geborene Höchst (fast 80) heißen sie, sie stammen aus Alt-Kattenau, Kreis Stallupönen/Ebenrode, und sie widmen den zweiten Teil ihres gemeinsamen Werkes dem viel zu früh verstorbenen Bruder, dem Schauspieler **Siegfried Höchst**, der mit seinen Mitteln in der damaligen DDR um ein neues humanistisches Menschenbild kämpfte und daran zerbrach. Über den sensiblen Künstler werden wir noch gesondert berichten, hier und heute will ich nur einen Auszug aus den Erinnerungen an eine bescheidene, aber glückliche Kindheit in der Geborgenheit der Heimat bringen. „Wenn ich an meine Kindheit zurückdenke: Das kleine Dorf mit seinen roten Backsteinhäusern wird mir bis an mein Lebensende in traumhafter Erinnerung bleiben“, so beginnt Otto Höchst. „Mein Alt-Kattenau, das später Neu-Trakehnen hieß und heute Furmanowka – es gehörte uns Kindern!“ Und eine kleine Episode aus dieser behüteten Kindheit wollen wir herausgreifen, weil sie so gut zu Ostern passt. Otto Höchst schildert seinen Besuch in der Sonntagsschule, er war noch nicht einmal fünf Jahre alt, aber die christlich geprägten Eltern bestanden darauf.



Als sie in die Sonntagsschule gingen

Bild: privat

Und diese nur ein paar Schritte von ihrem Elternhaus entfernten Schule mit den hohen Bogenfenstern hatte für den kleinen Horst auch etwas Faszinierendes. Da gab es Herrn **Ernst** und Fräulein **Maukel**, die die Christenlehre vermittelten. Er – ein großer Mann mit gutem Gesicht. Sie – eine kleine zierliche Person, die kaum sprach, aber wunderbar auf dem Harmonium spielte. Der schlichte Raum wurde im Vorfeld christlicher Feiertage festlich geschmückt, so auch zu Ostern. Das versetzte die Kleinen in einen Glückszustand voller Freude und Erwartung. Und nun lasse ich Otto Höchst erzählen:

„Wir wollen über Ostern reden“, sagte Herr Ernst und schaute in die Runde. „Was ist Ostern für Euch, und wie feiert Ihr zu Hause, wer kann dazu etwas sagen?“ Die Antworten blieben nicht aus. Sie reichten von ‚Wir beten‘ und ‚Wir suchen Ostereier‘ bis ‚Wir backen Kuchen‘. Ich meldete mich und sagte: ‚Vor dem Ostertag backt meine Mutter Kuchen, und wir lecken die Schüsseln aus. Dann färben wir alle zusammen Ostereier, und manchmal malen wir auch welche an. Die Mutter hat schon längst Süßigkeiten gekauft, und die kramt sie dann hervor. Davon werden für uns Kinder heimlich Nester gemacht, und die

werden in unserem Garten unter den Johannisbeersträuchern versteckt. Wir tun dann so, als würden wir sie suchen. Wir wissen aber schon längst, wo sie sind. Wenn wir unsere Nester gefunden haben, bringen wir sie in die Stube und stellen sie auf den Tisch. Dann nehmen wir grüne Zweige, die auf der Bank vor dem Haus liegen, und gehen zuerst zu Oma und Opa. Mit den Zweigen rascheln wir ganz laut und verstellen uns und tun so, als ob wir sie verhauen wollen. Dann sagen wir unser Sprüchlein: ‚Oster, Schmackoster, drei Eier, Stück Speck, vom Kuchen die Eck, eher gehen wir nicht weg.‘ Opa und Oma tun dann so, als fürchteten sie sich, und wir bekommen Süßigkeiten und Kuchen. Und dann gehen wir auch noch zu Tante **Lotte** und Oma **Ernigkeit** und manchmal auch zu **Dischereits**. Dann gehen wir nach Hause.“

Wer durch diese kleine Probe aus dem „Sammelsurium“ der Geschwister Höchst auf den Geschmack gekommen ist, kann sich an den Verfasser wenden, der mit Genugtuung feststellen kann, dass man sich gegenwärtig im Vogtland um Aufwertung des Themas Flucht und Vertreibung bemüht. (Otto Höchst, Straße des Aufbaus 5, 08209 Auerbach/Vogtland, Telefon 03744/365456.) R.G.

Wir gratulieren ...

Anzeige

ZUM 105. GEBURTSTAG

Naujoks, Lina, geb. **Bernotat**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 14. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brinkschmidt, Traute, geb. **Bunks**, aus Pillau, Kreis Samland, am 13. April

Meyer, Irmgard, geb. **Hinz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. April

Monich, Herta, geb. **Goetzke**, aus Buttenhagen, Kreis Elchniederung, am 9. April

Napierski, Helene, geb. **Witzki**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 12. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Klinger, Elsbeth, aus Wirtberg, Kreis Insterburg, am 8. April

Mandel, Edith, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hoffmann, Ella, geb. **Koose**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 10. April

Horn, Liesbeth, geb. **Liehr**, aus Platen, Kreis Ebenrode, am 14. April

Kohse-Grebenstein, Frida, geb. **Augstein**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 14. April

Oehm, Elsbeth, geb. **Malessa**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 12. April

Rubsch, Luise, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 10. April

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunscheite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden.

TERMINE DER LO

Jahr 2012

- 13. bis 15. April:** Arbeitstagung der deutschen Vereine in Lüneburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim Bad Pyrmont
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

ZUM 95. GEBURTSTAG

Krolczik, Hildegard, geb. **Olschewski**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 12. April

Szonn, Ernst, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 11. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Sbresny, Herta, geb. **Sostak**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 12. April

Schwan, Gertrud, geb. **Schidlowski**, aus Paradies, Kreis Mohrunge, am 14. April

Sostak, Heinrich, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 9. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Achenbach, Kurt, aus Schuggern, Kreis Ebenrode, am 13. April

Bernotat, Gertud, geb. **Schwarz**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 10. April

Dormeyer, Lydia, aus Lyck, am 15. April

Klug, Martha, geb. **Nikulski**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 11. April

Körner, Hedwig, geb. **Prenge**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. April

Lehmann, Berta Marta, geb. **Ney**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. April

Milius, Gustav, aus Pillau, Kreis Samland, am 14. April

Rudat, Gertrud, geb. **Halw**, aus Treuburg, am 14. April

Tararako, Martha, geb. **Paykowski**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 12. April

Vollmann, Brigitte, geb. **Lehnert**, aus Treuburg, am 11. April

Waldhorst, Walter, aus Ortelsburg, am 15. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Becker, Erika, geb. **Kattoll**, aus Motitten, Kreis Mohrunge, am 11. April

Böhnke, Erich, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 9. April

Brilla, Erich, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 9. April

Bruderek, Walter, aus Ortelsburg, am 9. April

Czisso, Ernst, aus Regeln, Kreis Lyck, am 14. April

Fröse, Willy, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. April

Glanert, Erna, geb. **Weinz**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 15. April

Herold, Johanne, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. April

Hofer, Hans, aus Haselgrund, Kreis Ebenrode, am 13. April

Juckel, Ursula, geb. **Wohlgemuth**, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 14. April

Kernbach, Bodo, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 10. April

Liebert, Martha, aus Laserkeim, Kreis Samland, am 9. April

Olschewski, Ella, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 10. April

Peyinghaus, Marianne, aus Alt Gerlauken, Kreis Wehlau, am 15. April

Plewe, Luise, geb. **Behrendsen**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 11. April

Schroeder, Frieda, geb. **Siebert**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 2. April

Stadie, Käthe, geb. **Schekatz**, aus Diebauen, am 9. April

Stangel, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 15. April

Balsam, Alma, geb. **Kirstein**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 9. April

Brandstädter, Gerda, geb. **Kannapinn**, aus Lyck, Lycker Garten 80, am 13. April

Däumel, Irmela, geb. **von Kannewurf**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. April

Deforth, Margarete, geb. **Schneider**, aus Kraukeln, Kreis Lötzen, am 12. April

Duttler, Frieda, geb. **Holzinger**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 15. April

Elste, Gertrud, geb. **Gollub**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 14. April

Endrikat, Lisbeth, geb. **Fröhlich**, aus Stolzenau, Kreis Ebenrode, am 13. April

Faltin, Edeltraut, geb. **Kleimann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 9. April

Fischer, Gertud, geb. **Weiß**, aus Seefeld, Kreis Lötzen, am 1. April

Fischer, Kurt, aus Königsberg, am 11. April

Fydrich, Elfriede, geb. **Lardong**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 15. April

Greiff, Olga, geb. **Dobat**, aus Ebenrode, am 15. April

Halweg, Helmut, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 15. April

Hassio, Erna, geb. **Waschinski**, aus Lyck, Yorkstraße 20 A, am 15. April

Hufenbach, Fritz, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 9. April

Israel, Gerhard, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 12. April

Jessolat, Erich, aus Schwanen, Kreis Ebenrode, am 9. April

Krug, Ingeborg, aus Schlossbach, Kreis Ebenrode, am 14. April

Kunowsky, Herta, geb. **Dreier**, aus Wolitnick, Kreis Heiligenbeil, am 15. April

Lukasczyk, Hildegard, geb. **Wittke**, aus Sielacken, Kreis Wehlau, am 11. April

Maronga, Brunhilde, geb. **Krebs**, aus Holstein, am 11. April

Mildner, Ruth, geb. **Gonschorrek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 9. April

Mummenthey, Helene, geb. **Purrin**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 9. April

Nitsch, Irma, geb. **Kowalzik**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 15. April

Peter, Elizabeth, geb. **van den Pluijm**, aus Wehlau, Kleine Vorstadt, am 14. April

Schoen, Dieter, aus Kernhall, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. April

Schulewski, Hildegard, geb. **Dombrowski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. April

Siemokat, Hans, aus Altstappen, Kreis Schlossberg, am 10. April

Sneikus, Amanda, geb. **Hansen**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 15. April

Wollemin, Walter, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brandenburg, Elfriede, geb. **Rimkus**, aus Treuburg, am 12. April

Dräger, Ursel, geb. **Wächter**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 15. April

Eickholt, Karl-Heinz, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. April

Groeling-Müller, Georg v., aus Carolinenhof, Kreis Osterode, am 15. April

Grütering, Hildegard, geb. **Dorka**, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 10. April

Günther, Erika, geb. **Bangel**, aus Neidenburg, am 14. April

Hennig, Günther, aus Tilsit, Lindenstraße 24 A, am 3. April

Kaphingst, Lieselotte, geb. **Roggon**, aus Treuburg, am 14. April

Kischlat, Alfred, aus Treuburg, am 13. April

Kloß, Waltraud, geb. **Kloß**, aus Fuchshügel, Neulepkau, Kreis Wehlau, am 9. April

Könnecke, Käthe, geb. **Moehrke**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 15. April

Krüger, Marta, geb. **Reiter**, aus Düsselberg, am 10. April

Lang, Inge, geb. **Kohnke-Laupichler**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, und aus Ebenrode, am 15. April

Lenz, Irmgard, geb. **Schade**, aus Loppöhlen, Kreis Samland, am 14. April

Linke, Erika, geb. **Lemke**, aus Jeromin, Kreis Ortelsburg, am 11. April

Lottermoser, Walburga, geb. **Mobiltz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. April

Mögelin, Lilly, geb. **Papajewski**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 14. April

Nessmann, Erna, geb. **Mattuschat**, aus Fohrenhorst, Kreis Ebenrode, am 10. April

Pientka, Ruth, geb. **Danowski**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 12. April

Rogalla, Brunhild, geb. **Heidebrecht**, aus Schwalgengort, Kreis Treuburg, am 15. April

Rohde, Edelgard, geb. **Lendle**, aus Bremerhafen, Kreis Neidenburg, am 10. April

Rüppel, Lieselotte, geb. **Waschulski**, verw. Stiehl, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 13. April

Sauer, Erich, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 11. April

Schmidt, Gertrud, aus Renkussen, Kreis Lyck, am 12. April

Schulz, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 95, am 13. April

Schustereit, Eva, geb. **Lange**, aus Diedersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 15. April

Struebe, Waltraud, geb. **Ogorrek**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 2. April

Herrn
Dr. Willi Hartmann
 geboren in Schönheide / Krs. Goldap
 einen ganz besonderen Glückwunsch
 einem ganz besonderen Mann
 zu seinem **85.** Geburtstag
 am 5. April 2012
 Es gratulieren Dir von ganzem Herzen
**Gabriele mit Hannah Abygel
 und Hamilkar Barkas**

„Leben ist nicht genug!“
 sagte der Schmetterling.
 „Sonnenschein, Freiheit
 und eine kleine Blume
 muß man auch haben!“
 Hans-Christian Andersen

Susgin, Hubert, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 11. April

Ziebell, Herta, geb. **Jenzewski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. April

Zirkwitz, Paul, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 12. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beermann, Gerhard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 111, am 13. April

Böttcher, Eva, geb. **Pellny**, aus Lyck, am 12. April

Böttcher, Hildegard, geb. **Kellmann**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 15. April

Boller, Annelore, geb. **Rogowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 54, am 15. April

Bortmann, Siegfried, aus Neidenburg, am 10. April

Brodoch, Else, geb. **Wilamowski**, aus Nussberg, Kreis Lyck, am 9. April

Buttkus, Horst, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. April

Danowski, Alma, geb. **Bolinski**, aus Grenzdam, Kreis Neidenburg, am 12. April

Ewert, Heinz, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, und Kobbeldude, Kreis Samland, am 9. April

Fischer, Waltraud, geb. **Ziemeck**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 10. April

Flügel, Waltraud, geb. **Wischn**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 9. April

Franke, Ursel, geb. **Matthée**, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 14. April

Gröbert, Brigitte, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. April

Hartung, Horst, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. April

Hensel, Christa, geb. **Goldack**, aus Kronau, Kreis Lötzen, am 11. April

Hess, Erna, geb. **Borutta**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 14. April

Hollstein, Walter, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 15. April

Jennert, Dora, geb. **Thiel**, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 11. April

Jeroch, Siegfried, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 12. April

Jeschke, Irmgard, geb. **Majewski**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 15. April

Jurr, Gertrud, geb. **Barth**, aus Klinglacken, Kreis Wehlau, am 13. April

Keller, Manfred, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 15. April

Koch, Johannes, aus Passenheim-Bahnhof, Kreis Ortelsburg, am 15. April

Korallus, Frieda, geb. **Teske**, aus Goldbach, Groß Köwe, Kreis Wehlau, am 15. April

Kowallik, Lothar, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 13. April

Kretschmer, Gerda, geb. **Stolzke**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 11. April

Krüger, Ursula, geb. **Masuch**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 13. April

Lojewski, Karl, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. April

Oschkinat, Erich, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 14. April

Plotnik, Luise, geb. **Trzaska**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 12. April

Rehbein, Waltraud, geb. **Schedwill**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 12. April

Glückwünsche
 Fortsetzung auf Seite 16

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 7. April, 20.15 Uhr, Arte: Karol – Papst und Mensch (1/2). 21.45 Uhr (2/2).

SONNABEND, 7. April, 23.15 Uhr, N24: Das letzte Gefecht der Bismarck.

SONNTAG, 8. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 8. April, 15.40 Uhr, Arte: Leonardo da Vinci.

SONNTAG, 8. April, 16.40 Uhr, Arte: Die Geheimnisse der Meisterwerke. Leonardo da Vinci.

SONNTAG, 8. April, 21.05 Uhr, Arte: Das Jesusantlitz. Neueste Forschungen vom Turiner Grabtuch.

SONNTAG, 9. April, 16.40 Uhr, Arte: Die Straßenkinder von Mumbai.

DIENSTAG, 10. April, 10.30 Uhr, Arte: Operation Heimkehr. Schreiben über die Erfahrung im Krieg.

DIENSTAG, 10. April, 16.35 Uhr,

Arte: Südafrika – Schwarz, jung und auf dem Sprung.

DIENSTAG, 10. April, 20.15 Uhr, RBB: Friedrich – Ein deutscher König.

DIENSTAG, 10. April, 22.10 Uhr, MDR: Stasikinder. Mein Vater war beim MfS.

MITTWOCH, 11. April, 17.45 Uhr, 3sat: Imperium – Wettlauf nach Ostindien.

MITTWOCH, 11. April, 21.55 Uhr, Arte: China, neues Reich der Kunst?

DONNERSTAG, 12. April, 22.15 Uhr, Arte: Islands Vulkane. Wann droht der nächste Ausbruch?

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Reuter, Ortfur, aus Ortelsburg, am 15. April
Roseck, Gerhard, aus Wehlau, Deutsche Straße, am 14. April
Schlicht, Kurt, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 10. April
Schneewind, Ursula, geb. Roy, aus Lyck, am 15. April
Schöps, Waltraut, geb. Kwiedor, aus Nussberg, Kreis Lyck, am 15. April
Sommer, Dietrich, aus Weidlakken, Kreis Wehlau, am 15. April
Sommer, Hans-Herbert, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 9. April
Sprengel, Manfred, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 10. April
Steingrube, Anneliese, geb. Adomat, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. April
Strupat, Emil, aus Schlossbach, Kreis Ebenrode, am 13. April
Ventker, Hanna, geb. Zens, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April
Walther, Helga, geb. Schekowski, aus Semmetimmen, Kreis Ebenrode, am 14. April
Willemsen, Gerda, geb. Klatt, aus Parnehenen, Kawernicken, Kreis Wehlau, am 14. April
Wurst, Hannelore, geb. Buttgerit, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 11. April

Zander, Gertraud, geb. Gruszla, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 12. April
Ziemens, Hertha, geb. Korallus, aus Goldbach, Groß Köwe, Kreis Wehlau, am 11. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Brenneisen, Siegfried, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 13. April
Faust, Fritz, aus Mohrunge/Abbau, am 11. April
Gotzhein, Günter, aus Heiligenbeil, Egerländer Weg 2, am 12. April
Hollburg, Herta, geb. Audörsch, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 11. April
Kahnwald, Alfred, aus Romeiken, Kreis Ebenrode, am 10. April
Klausmeier, Ursula, geb. Selmiakat, aus Ebenrode, am 15. April
Lutz, Irmgard, geb. Ketelhut, aus Romeiken, Kreis Ebenrode, am 9. April
Marquas, Gerda, geb. Choscz, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, am 11. April
Podscharly, Heinz, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Puchalski, Reinhard, aus Kobuliten, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Semrau, Manfred, aus Heiligenbeil, Am Markt 23, am 10. April

tig abgehandelt. Für die Öffentlichkeit interessant ist sicher der Rückblick auf die inhaltliche Arbeit der letzten Monate. Auch in diesem Jahr lag der Schwerpunkt auf Themen, die gegen das Vergessen der Kultur der ostdeutschen Gebiete ausgewählt wurden. Einige seien hier genannt: Deutsche Siedlungen im Osten; 800 Jahre Siebenbürgen; Das Leben der Deutschen im Korridor 1918 bis 1939; Deutsche in Litauen heute; Die Entwicklung zum Staat Preußen; Austausch von Reiseerfahrungen. Bei der Totenehrung wurde vor allem der drei Verstorbenen des letzten Jahres gedacht. Erfreulicherweise gibt es aber auch neue Interessenten an der Arbeit.

Göppingen - Jahresbericht 2011 der Frauengruppe - Die Gruppe umfasst inzwischen 38 Mitglieder, die Älteste ist 1924, die Jüngste 1947 geboren. Zu den regelmäßigen Treffen, immer am ersten Mittwoch des Monats im „Glashaus“ in Salach, finden sich so etwa 20 bis 25 Frauen ein. Die begleitenden Männer spielen während unseres Zusammenseins Skat oder machen fleißig mit, beim gemeinsamen Singen und der Sitzgymnastik. Die Treffen der Gruppe werden in den Kreis- und Ortszeitungen immer angekündigt. Unser Programm befasst sich mit ostpreußischer Kultur, die Teilnehmer hören Vorträge über unvergessene Personen, Mundartgedichte und Geschichten. Aufgelockert wird der Nachmittag mit fröhlichem Singen aus einer eigens dafür mit typisch ostpreußischen Volksliedern zusammengestellten Liedmappe. Die Geburtstagskinder des vergangenen Monats dürfen sich dann zuerst ein Lied wünschen. Danach machen die Teilnehmerinnen sich fit und erfrischen sich bei Sitzgymnastik mit Bändern, Tüchern, Stöcken oder Bällen nach Musik aus dem Rekorder. - Im Februar holte sich die Gruppe Herrn Paflik, stellvertretender Bürgermeister von Salach, um von ihm über den Ort, seine Geschichte, sowie die kulturellen Veranstaltungen der verschiedenen Vereine zu hören. Einer Einladung im Februar nach Stuttgart zum Jahresempfang der Landesregierung Baden-Württemberg folgte Vera Pallas als Vertreterin des BdV und der LO. Im März fand der 4. Ostdeutsche Ostermarkt in Stuttgart statt, bei dem die Vorsitzende in Tracht selbstgefertigte ostpreußische Handarbeiten präsentierte. Im April verstarb im Alter von 93 Jahren Helene Gaitzsch, eine langjährige treue Besucherin der Frauengruppe. Der Landesfrauentag in Stuttgart fand auch im April statt, auf dem Vera Pallas die Göppinger Gruppe als die größte im Landkreis vorstellen durfte. Im Mai fuhr sie zum Deutschlandtreffen nach Erfurt und präsentierte dort, auch wieder in Tracht, am Baden-Württemberg-Stand ihre ostpreußischen Handarbeiten. Im Juli besuchte Marianne Bayer, die Kreisvorsitzende des BdV, die Gruppe. Sie war sehr beeindruckt von der fröhlichen, aufgeschlossenen Gruppe. Im August unternahm die Landsmannschaft eine Busfahrt zum Kloster Lorch mit Führung und anschließender Kaffeerast am Bus, wo Familie Korn wie immer großzügig allerlei Leckeres verteilte. Das Mittagessen zuvor hatte in der „Roggenmühle“ im Geislinger Roggental mit einem Forellenessen aus eigener Zucht stattgefunden. Nach der Kaffeerast besuchte die Gruppe zum Abschluss noch eine Straußenfarm. Mit der BdV-Landesgruppe war die Vorsitzende im August für fünf Tage in Berlin zum Besuch des „Tages der Heimat“, dem sich eine Fahrt nach Dresden anschloss. Am 7. September war es endlich soweit, das gro-

ßes Jubiläum 60 Jahre Göppinger Frauengruppe stand vor der Tür. Themen zu diesem Tag waren: Ostpreußische Erinnerungen, Ausstellungen verschiedener Handarbeiten, Bilder und Schriftstücke aus dem „Fluchtkoffer“ sowie wertvoller Bernsteinschmuck. Der damalige 1. Vorsitzende, Günter Rudat, hielt ein Referat über die Entstehung und den Werdegang der Frauengruppe. Die Landesvorsitzende Uta Lüttich sprach über die Frauengruppen bundesweit und lobte die vielfältige Pflege der ostpreußischen Kultur in der Gruppe. Unter den 50 Personen, die zu diesem Fest gekommen waren, befanden sich auch Mitglieder der Ulmer sowie der Schorndorfer Frauengruppen, die alles Gute für die Zukunft wünschten. Im September nahm Vera Pallas an der Landesdelegiertentagung in Stuttgart teil, von der sie der Gruppe ausführlich berichten konnte. Ebenso im September fuhr sie zur 56. Werkwoche nach Bad Pyrmont sowie im November zum historischen Frauseminar, wo sie für den Frühsport zuständig ist. Ebenfalls im November war die Landesfrauentagung des BdV in Stuttgart, anschließend fuhr sie mit Frau Lüttich nach Ellingen. Auf der dort im Kulturzentrum Ostpreußen stattfindenden Herbstmesse präsentierte die Gruppe in Tracht ostpreußische Handarbeiten. Ende November folgte die Frauengruppe einer Einladung nach Schorndorf zum Gänsebratenessen! Ein Besuch bei der Ulmer Gruppe mit Besichtigung des Weihnachtsmarktes schloss sich im Dezember an. Der Abschluss dieses sehr ereignisreichen Jahres bildete eine schön gestaltete Weihnachtsfeier!

Lahr - Bericht von der Jahreshauptversammlung - Mit manchen Dingen verbindet man Heimat, so auch das traditionelle Königsberger Klopsessen verbunden mit der Jahreshauptversammlung der Mitglieder und Freunde der LOW-Gruppe Lahr. Dieses Treffen ist bis heute eine Wichtigkeit, denn wie es A. Blaha in seinem Gedicht „Unvergessene Heimat“ sagt: „Wer kann das Bild vernichten, das Bild, das in uns ruht. Du bist uns nicht entschunden, hältst allen Stürmen stand.“ Nach einer Totenehrung berichtete die Vorsitzende Irma Barraud von den verschiedenen Veranstaltungen im vergangenen Jahr: Stammtisch, Erntedankfeier, Adventsfeier, Tag der Heimat, Halbtagesfahrten in die Umgebung und von der beeindruckenden Reise zum Deutschordensschloss in Ellingen mit Besuch des Kulturzentrums Ostpreußen. Die Mitglieder werden zu halbrunden und runden Geburtstagen besucht. Die Frauengruppe trifft sich einmal monatlich, immer verbunden mit einem ostdeutschen oder auch aktuellen Thema. Der ostdeutsche Lesekreis, ein offenes Treffen und Einladung für alle Literaturinteressierten in Lahr, trifft sich im Begegnungshaus der Stadt am Urteilsplatz jeden 3. Donnerstag im Monat um 19 Uhr. Irma Barraud bedankte sich beim Vorstand, Irmentraud Kretschmann, Maria Rittweiler und Reinhard Behnke, für die gute Zusammenarbeit und bei den Mitgliedern für ihr zahlreiches Kommen zu den Veranstaltungen. Der bestehende Vorstand wurde von den Mitgliedern bestätigt. Reinhard Behnke dankte der Vorsitzenden für ihre sorgfältige Arbeit mit dem Wunsch auf ein weiteres gutes Miteinander in der Gruppe.

Weinheim/Bergstraße - Mittwoch, 11. April, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Thema „Schmackostern zu Ostern. Wie es einmal war in Ostpreußen, dem Land der dunklen Wälder und kristallinen

Seen“. Ein Beitrag von Margarete Kudnik. Erinnerungen rund um die Osterzeit in der Heimat werden an diesem Nachmittag wieder lebendig und ausgetauscht.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg - Mittwoch, 18. April, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: „Ostpreußen - Es war ein Land“. Agnes Miegel liest eigene Dichtungen. Ein Hörbeitrag.

München - Jeden Montag, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

München Nord/Süd - Sonnabend, 21. April, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Bericht von Hubertus Moeller über eine Studienreise nach Ostpreußen. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Nürnberg - Freitag, 13. April, 15 Uhr, Tucherbräu am Opernhaus: Jahreshauptversammlung. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-berlin.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Lyck - Sonnabend, 7. April, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.

Frauengruppe - Mittwoch, 11. April, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: Frühling in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Rastenburg - Sonntag, 15. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.

Pillkallen / Schlossberg / **Stallupönen / Ebenrode** - Dienstag, 17. April, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Frühlingfest. Anfragen für Pillkallen/Schlossberg bei Helga Rieck, Telefon (030) 6596822, für Stallupönen/Ebenrode bei Günter Kropp, Telefon (030) 3312590.

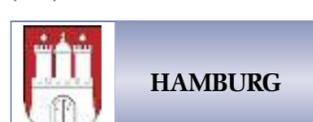
Angerburg / Darkehmen / Goldap - Donnerstag, 19. April, Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Zauberland zwischen Meer und Haff. Anfragen bei

Marianne Becker, Telefon 7712354.



Königsberg / Samland / Labiau - Freitag, 20. April, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin. Anfragen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

Bartenstein - Sonnabend, 21. April, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C 21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt - Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg-Harburg - Sonntag, 22. April, 11 Uhr, St. Johanneskirche, Bremer Straße 9, Hamburg-Harburg: Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Es predigen Pastor Jürgen F. Bollmann und Pastor Ludwig Fetingis aus Pliakiai/Litauen. An der Orgel: Tomasz Harkot, Solistin: Frau Gasewitz. Im Anschluss laden wir ein zum Gespräch im Gemeindesaal bei Tee, Kaffee und Gebäck. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen.

KREISGRUPPE

Gumbinnen - Sonnabend, 5. Mai, 14 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder U-Bahn Rödingsmarkt, dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Blickrichtung Michaeliskirche. Fahrstuhl ist im Hause vorhanden!): Thema: „Die Zukunft der Kreisgruppe Gumbinnen in Hamburg“. Nach dem Rücktritt der Vorsitzenden Mathilde Rau sollte die Gruppe sich um einen neuen Vorsitzenden bemühen. Auch Vorstandserweiterung ist zu überlegen, um eine effektivere Tätigkeit zu erreichen. Neue Ideen zur Gestaltung der Heimattreffen sind gefragt. Wenn sich alle gut beraten, kann die Gruppe mit einem guten Ergebnis rechnen. - Nach einer Kaffeepause erwartet die Anwesenden ein Programm kultureller Art. In Vorfreude auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen! Gruß, Schattling

Sensburg - Sonntag, 29. April, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Eine Frühlingsüberraschung, die vorher nicht verraten wird. Gäste sind herzlich willkommen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN

BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, GSt.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Sonnabend, 21. April 2012: Wanderung durch das romantische Siebengebirge im Bereich der Städte Königswinter und Bad Honnef. Anmeldung und Informationen bei Raphael Schmelter unter BJO-Geschäftsfuehrung@gmx.de
 Sonnabend, 28. April 2012: Teilnahme des BJO-Regionalverbandes West am 624. Bochumer Maiabendfest.

Bamberg - Sonntag, 18. April, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi: Hörbeitrag „Ostpreußen - Es war ein Land“: Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen. Gäste sind herzlich willkommen. - **Bericht von der Jahreshauptversammlung.** - Wie immer wurden auch bei dieser Jahreshauptversammlung die vorgeschriebenen Regularien sorgfältig

Kompetenz & Qualität

Frieling-Verlag Berlin, der Privatverlag mit Tradition, gibt Autoren die Möglichkeit, Manuskripte als Bücher veröffentlichen zu lassen. Kürzere Texte können Aufnahme in Anthologien finden. Handwerkliche Qualität und eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit sind unsere Stärke.

Verlag sucht Autoren

Fordern Sie unverbindlich Gratis-Informationen an.

Frieling-Verlag Berlin • Rheinstraße 46 • 12161 Berlin • Tel. (0 30) 7 66 99 90 Fax (0 30) 7 74 41 03 • E-Mail: lektorat@frieling.de • www.frieling.de/paz

Zu verkaufen: **Bücher (ab 1890)**
 A. Miegel, F. Skowronnek, H. Sudermann, Wiechert
 Tel. 01748146885 / freude82@web.de

Masuren - www.mamry.de
 Hotel am See - 08136/893019

Masuren-Datop-Kampfsport
 Kursche-Nehtung
 DNV-Tourer Tel. 07 154 131250

Pension bei Allenstein
 in einer ruh. Lage, mit Seeblick u. Garage.
 www.gross-kleeberg.de/Seite9
 Telefon 00 48 89 - 5 23 89 79

Ostpreußen
 Bus & Pkw Rundreisen
 Radreisen, Hotels & Mietwagen
 040-3802060 www.baltikum24.de

Schreiben Sie?
Wir veröffentlichen Ihr Manuskript!

Seit 1977 publizieren wir mit Erfolg Bücher von noch unbekanntem Autoren. Kurze Beiträge passen vielleicht in unsere hochwertigen Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript schnell, kostenlos und unverbindlich.

edition fischer
 Orber Str. 30 • Fach 71 • 60386 Frankfurt
 Tel. 069/941 942-0 • Fax -98 / -99
 www.verlage.net
 E-Mail: lektorat@edition-fischer.com

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Landesdelegiertentagung in Gießen – Wolfgang Warnat wird neuer Landesvorsitzender der hessischen LOW. Die kommissarische Landesvorsitzende Waltraud von Schaewen-Scheffler begrüßte die Teilnehmer in der Gießener Kongresshalle. Sie gab bekannt, dass die Wiesbadener Gruppe eine Teilnahme an der Mitgliederversammlung abgesagt hatte. Alle anderen Delegierten waren vollzählig erschienen. Die Totenerhebung hielt Gerhard Schröder von der Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg. In das Gedächtnis schloss er Dietmar Strauß, den Vorsitzenden der LOW in Hessen, der im Oktober 2011 plötzlich an Herzversagen gestorben war, ein, der sich große Verdienste um die LOW erworben hatte. Er gedachte an Albert Kannenberg, Vorsitzender der Kreisgruppe Werra-Meißner, Professor Dr. Wolfgang Stribny, Professor Dr. Gottfried Kiesow, Direktor der Stiftung Denkmalschutz, Marianne Schetat, der Frau des Wiesbadener Vorsitzenden, und an seine eigene Frau Brigitte, die zwei Tage nach ihrem 72. Geburtstag starb und am Vortrag mit einer großen Trauergemeinde beigesetzt worden war. Sie war nahezu 40 Jahre Mitglied der LOW und hat ihren Mann bei seiner Arbeit in Kreis- und Landesgruppe immer tatkräftig unterstützt. Schröder schloss mit den Worten: „Tot ist nur, wer vergessen ist – wir behalten unsere Landsleute in unseren Herzen.“ Von Schaewen-Scheffler bedauerte, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende des hessischen Landtags, Dr. Christean Wagner, nicht an der Tagung teilnehmen konnte, da er nach Berlin zur Wahl des Bundespräsidenten reisen musste. Sie berichtete, dass jetzt die Zukunft des Westpreußischen Landesmuseums in Münster gesichert sei, da es einen langjährigen Mietvertrag im Kloster Warendorf erhalten habe. Die dortige Ausstellung sei sehenswert und könne ab 2013 wieder besichtigt werden. In Kürze soll das Westpreußen-Jahrbuch für 2012 erscheinen. Landesfrauenleiterin Karla Weyland berichtete über ihre Aktivitäten im vergangenen Jahr. In Hessen bestehen noch neun Frauengruppen, die an den Kulturtagen, am Tag der Heimat und am Landesfrauentag in Bad Pyrmont teilgenommen haben. Kuno Kutz legte seinen Kassenbericht für 2011 vor und gab die Planung für 2012 bekannt. Die Entlastung wurde ihm einstimmig ohne Enthaltungen erteilt. Die Delegierten beschlossen, aus Kostengründen Delegiertenversammlung und Kulturtagung jeweils nur noch alle zwei Jahre abzuhalten. Zum Tagungsleiter wurde Erich Högn aus Frankfurt bestimmt. Es wurde beschlossen, die in der Satzung vorgeschriebene Regelung, dass für den Vorstand ein Ostpreuße und ein Westpreuße kandidieren müssen, vorläufig auszusetzen. Da Waltraud von Schaewen-Scheffler aus Altersgründen nicht mehr kandidierte, wurde in geheimer Wahl Wolfgang Warnat aus Wetzlar einstimmig mit 22 Stimmen ohne Enthaltungen und Gegenstimmen zum neuen Vorsitzenden der LOW gewählt. Warnat wurde 1939 in Königsberg geboren, ist Oberstudienrat a.D., verhei-

ratet und hat zwei Kinder und drei Enkelkinder. Seit 2002 arbeitet er in der Kreisgemeinschaft Mohrungen (KGM) mit und leitet das Archiv der KGM in Gießen. Zu seinem Stellvertreter wählte man ebenfalls einstimmig Ulrich Bonk aus Frankfurt am Main. Er ist 1962 geboren, sein Vater und Großvater stammen aus dem Kreis Konitz und weitere Vorfahren aus Westpreußen. Seine Mutter hat ostpreußische Wurzeln. Im September wurde Bonk zum Vorsitzenden der Landmannschaft Westpreußen gewählt. Er schloss sich der Copernicus-Vereinigung und dem Akademischen Freundeskreis Danzig-Westpreußen an. Alle weiteren Vertreter wurden durch Akklamation in ihren Ämtern ebenfalls einstimmig bestätigt. Schatzmeister Kuno Kutz, seine Stellvertreterin Christa Kutz (beide Hüttenberg), Schriftführer Manfred Baaske (Petersberg), sein Stellvertreter und Kulturreferent Ostpreußen Eberhard Traum (Brachtal), Kulturreferent Westpreußen und gleichzeitig Beisitzer Lothar Hoffmann (Eschenburg), Obmann für Ostpreußen Dr. Christean Wagner (Lahnthal), Obmann für Westpreußen Dieter Leitner (Pfungstadt), Frauenleiterin Karla Weyland (Rauschenberg) und Beisitzer für Ostpreußen Gerhard Schröder (Mühlthal). Auch der erweiterte Vorstand mit den Kassenprüfern und das Schiedsgericht wurden in ihren Ämtern bestätigt. Einige Kreisvertreter berichteten von ihren Veranstaltungen und Aktivitäten.

Darmstadt – Sonnabend, 14. April, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Treffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel gibt Herr Herberg von der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle Hinweise „Wie man sich richtig verhält“. – Erwin Balduhn, der stellvertretende Vorsitzende der Gruppe, konnte im Kranichsteiner Bürgerhaus am See unter anderen Besuchern auch fünf Gäste der pomerschen Gemeinschaft begrüßen. Mit bewegten Worten gab er den Tod von Brigitte Schröder bekannt, die am Vortrag zwei Tage nach ihrem 72. Geburtstag nach schwerer Krankheit verstorben war. In einer Schweigeminute gedachten die Versammelten stehend der Frau unseres Vorsitzenden Gerhard Schröder. Brigitte Schröder war fast 40 Jahre Mitglied der LOW und war allen in dieser langen Zeit zur Freundin geworden. Sie hat die Arbeit ihres Mannes stets mitgetragen. Im April hätte das Ehepaar seine goldene Hochzeit begehen können. Dieter Leitner las zu Ehren von Brigitte Schröder ein Gedicht des Romantikers Ludwig Finckh (1876–1964): „Du warst nur Güte und so voll Freundlichkeit, wie voll vom Duft des Aufgehens einer Blüte ...“ Balduhn rezitierte anschließend „Gedanken“. In seinem geistlichen Wort sprach Gerhard Turowski Worte aus dem Preußischen Choral vom Segen bis zum Fluch. Anni Oest kleidete ihre Geburtstagsgrüße in Gedanken zu den Monaten Januar und Februar des Jahres 1945 ein, als die große Flucht begann. Ruth Wille las aus ihrem Buch „Beobachtungen und gereimte Alltagseindrücke“ und zitierte Zufälle und Kuriositäten. Sie überlegte, wo sie eigentlich stehe. Schon als Kind habe sie begonnen zu schreiben. Weitere Themen waren Konkurrenzdenken zwischen Mutter und Großmutter und die Frage, ob Männer Frauen im Gespräch unterlegen sind. Was bedeutet Leben für mich? Zwischenendlich sangen mit Gitarschwendung Wille und Ursula Nötzel fröhliche und ge-

dankenschwere Lieder. Gisela Keller dankte herzlich. Ruth Wille sei konservativ, aber von positiver Lebenseinstellung. „Für so viel weise Lehren“ überreichte sie ihr eine Rose. Balduhn danke ebenfalls und schilderte Alltagseindrücke mit der Frage, was aus Deutschland geworden sei. Helene Schlifski und Gisela Keller betonten, dass das Leben schwierig sein kann, aber wir sollten uns freuen, dass wir an diesem Tag zusammenkommen konnten und Ruth Willes Ideen uns helfen und neuen Lebensmut geben könnten. Balduhn, Keller und Wille stimmten zum Schluss mit Gitarrenbegleitung unser Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ an, das alle mitsangen.

Frankfurt am Main – Am 21. März fand wieder ein kulturelles Treffen mit verbundenem Besuch der Tutanchamun-Ausstellung in Frankfurt am Main statt. Die zahlreich erschienenen Mitglieder der Landmannschaft wurden von der Vorsitzenden herzlich willkommen geheißen, bevor man zu dem Ausflug in die Pharaonenzeit aufbrach. Frankfurt bot eine archäologische Weltsensation. In einer großen Halle auf 4000 Quadratmetern war eine spektakuläre Rekonstruktion der Grabkammer des Pharaos Tutanchamun zu sehen. Die Faszination, die von den unzähligen Grabbeigaben, den goldenen Särgen und Schreinen, der berühmten Maske und dem Schmuck des sehr jung gestorbenen Königs ausging, war eine fantastische Entdeckungsreise. Tausend Repliken, lehrreich und unterhaltsam von einer Ägyptologin erläutert, gab es zu bestaunen. Nach einigen Stunden des Herumwanderns und des betrachtenden Verschnaufens in dieser vorchristlichen Zeit traf man sich anschließend im Museumscafé bei Kaffee und Kuchen. Es begann eine lebhaft Diskussion darüber, ob wohl unsere Vorfahren, die Pruzzen, die seit Jahrtausenden an der Ostsee lebten, oder die Ägypter älteren Ursprungs seien. Die Vorsitzende Gerlinde Groß wusste dazu einiges zu berichten. Bemerkenswerte Handelsbeziehungen über den Ostsee-Bernstein gab es schon zur Zeit der Pharaonen. Der goldene Meeresstein ist der erste bekannte Edelstein der Menschheitsgeschichte. Im Land der Pharaonen war er wertvoller als Gold. Ihm wurden Heilkräfte zugeschrieben. Er galt als „Träne der großen Mutter“, womit das Urmeer und die Entstehung der Erde gemeint waren. Die ersten schriftlichen Hinweise über den Ostsee-Bernstein fand man – in Stein gehauen – auf ägyptischen Obelisk. In den Königsgräbern wurde er wiedergefunden – auch bei Tutanchamun. Nach diesem überwältigenden Einblick in eine fremde Kultur schlossen sich die Teilnehmer dieses schönen Nachmittags der Meinung den vorausgegangenen Zeitungsberichten an: „Obwohl kein einziges Original zu sehen ist, war dieses Erlebnis vielleicht sogar noch intensiver als ein Besuch im Ägyptischen Museum in Kairo.“ – **Nachruf auf Gerhard Steffen.** – Mit Betroffenheit muss unsere Landmannschaft zur Kenntnis nehmen, dass Dipl. Verwaltungswirt Gerhard Steffen, Komtur des päpstlichen Silvesterordens, geboren am 17. April 1927 in Braunsberg (Ostpreußen), am 18. März 2012 in Oberursel (Taunus) für immer von uns gegangen ist. Seit Jahrhunderten waren seine Vorfahren im Ermland ansässig. Er liebte dieses Land und seine Menschen und wusste sich seiner Geschichte verpflichtet. Auch nach dem gewaltsamen Verlust der geliebten Heimat war er ihr bis in die letzten Tage aufs Engste verbunden.

Ohne Hass und innerlich tief beglückt besuchte er seit 1972 häufig und immer öfter die Stätten seiner Kindheit. Echte Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk war ihm nicht nur Anliegen, sondern ernste Verpflichtung. Als 16-Jähriger musste er das Elternhaus und die vertraute ostpreußische Heimat verlassen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges geriet er verwundet in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er Anfang 1948 krank und ausgezehrt, aber gereift zu seinen Angehörigen, die in Niedersachsen eine vorläufige Bleibe gefunden hatten, zurückkehrte. Nach Abschluss der Schulausbildung und einem kurzen Studium trat er in das Berufsleben bei der Deutschen Bundespost ein. Pflichterfüllung und Verantwortung für den Mitmenschen waren die Grundpfeiler all seines Handelns. Die angeschlagene Gesundheit zwang ihn zur vorzeitigen Aufgabe der Berufstätigkeit. Das war jedoch nicht das Ende seines vielseitigen Engagements. Das Ehrenamt eines Laienrichters in der Strafjustiz übte er 16 Jahre hindurch aus. Auch im kirchlichen Bereich warteten viele Aufgaben auf ihn. Die größte Herausforderung jedoch wuchs aus der engen Verbundenheit mit seiner ostpreußischen Heimat und führte zu seiner aufopferungsvollen Mitarbeit in den kirchlichen und landmannschaftlichen Vertriebenenverbänden. Fünfzehn Jahre war er Mitglied der Ermländervertretung und neun Jahre Mitglied des Ermlanderrats, den Beratungsgremien beim Apostolischen Visitator für die heimatlos gewordenen Gläubigen der Diözese Ermland. Ebenso lange war er der von seinen Landsleuten gewählte Kreisvertreter von Braunsberg. Ebenfalls neun Jahre vertrat er im Bundesvorstand der Landmannschaft Ostpreußen vor allem die Belange der katholischen Ermländer. Gerhard Steffen nahm alle diese Aufgaben sehr ernst und war stets bemüht, auf der Grundlage der geschichtlichen Wahrheit in Deutschland und Polen ausgleichend und versöhnend zu wirken. So erwarb er sich bei beiden Völkern viele Freunde. Wahrheit und Recht, Liebe und gemeinsames Handeln waren für ihn die Voraussetzung seines betont christlichen Wirkens. Seine Geradlinigkeit und Treue, seine Beharrlichkeit und Schaffenskraft wurden besonders geschätzt. Die Landmannschaft der Ost- und Westpreußen in Frankfurt am Main, für deren legitimes Fortbestehen er sich bis zuletzt eingesetzt hat, verlieh ihm bereits 1994 für seine hervorragenden Verdienste für Heimat und Vaterland ihr Goldenes Ehrenzeichen. Die Bundesrepublik Deutschland dankte ihm 1996 mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes und der Apostolische Visitator Ermland verlieh ihm die Andreasmedaille seiner Heimatdiözese. Der polnische Stadtrat von Braniewo dankte ihm mit der Verleihung des Titels eines Ehrenbürgers seiner Heimatstadt Braunsberg. Papst Benedikt XVI. würdigte seine Verdienste im deutsch-polnischen Versöhnungsprozess und berief ihn auf Antrag des polnischen Erzbischofs von Ermland als Komtur in den Ritterorden des heiligen Papstes Silvester. Sein Leben war eingebettet in einen tiefen christlichen Glauben und getragen von der Hoffnung, mit Christus aufzuerstehen. Von dort her schöpfte er die Kraft zur täglichen Pflichterfüllung in Beruf und Familie und allen ehrenamtlichen Tätigkeiten. Er wird in der Krypta der Kirche von Pettelkau [Pierzchały] in seiner ermländischen Heimat beigesetzt.

Wetzlar – Montag, 16. April, 18 Uhr, Wetzlarer Grillstubben, Stoppelberger Hohl 128: Kulturreferent Karla Weyland hält einen Dia-Vortrag über „Ostpreußische Menschen und ihre Werke auf kleinen, zackigen Kunstwerken“. Gäste sind herzlich willkommen.

Wiesbaden – Sonnabend, 21. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Jahreshauptversammlung. Laut Paragraf 8 der Satzung mit Informationen und Bildern aus dem Vereinsleben. Die Tagesordnung steht auf Seite 1 des Rundschreibens. Vor dem offiziellen Teil Kaffeetafel. Wegen der zu beschließenden Satzungsänderung ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. – Anlässlich des 300. Geburtstags von Friedrich dem Großen war das Monatstreffen dem populären Herrscher gewidmet. Unter dem Titel „Ein Tag mit dem preußischen König auf Schloss Sanssouci“ zeichnete der Vorsitzende Dieter Schetat den Tagesablauf und die besonderen Gewohnheiten des preußischen Königs nach, der jeden Morgen zwischen drei und vier Uhr aufstand und einem strengen Zeitplan nachging. Noch während der Lakai ihm den Zopf machte, sah er bereits die eingesandten Briefe durch. Der Vormittag war ausgefüllt mit regelmäßigen Amtsgeschäften: dem „Rapport (Bericht) über die in Potsdam eingetroffenen Fremden“, dem „Rapport aus Berlin“, den Berichten der Generaladjutanten über die Armee, der „Parade zu Potsdam“ und dem Empfang der Kabinettsräte, die vor dem König in vollem Ornat erschienen und stehend die Antworten des Königs wörtlich mit Bleistift auf die Eingaben schrieben. An der Nähe zu seinem Volk war dem König sehr gelegen. So gab er bei dem „Rapport über die Fremden“ den Untergebenen Gelegenheit, sich direkt an ihn zu wenden. Um elf Uhr war die „Parade zu Potsdam“ mit Austeilen der Parole (militärisches Kennwort). Bei schönem Wetter exerzierte anschließend Friedrich meist noch mit der Garde und einigen Regimentern, wobei er selbst kommandierte. Vor der Parade pflegte er Audienzen zu erteilen, auszureiten oder im Garten mit seinen drei Windspielen spazieren zu gehen. Zu seiner Entspannung gehörte auch das Flötenspiel. Er soll gesagt haben, dabei kämen ihm „die besten Gedanken – sie strömten ihm zu unter den Wogen der Töne“. Schlag zwölf Uhr begab sich der König mit sieben bis zehn Gästen zum Mittagessen, das sich in der Regel bis drei Uhr hinzog, manchmal auch bis fünf Uhr. Friedrich meinte, „dass der Mensch während dieser Zeit nicht älter werde“. Auch die Hunde des Königs erhielten ihre „Kalte Küche“! Bei der Mahlzeit waren die endlosen Monologe Friedrichs gefürchtet, die er auch dann nicht unterbrach, wenn seine Gäste befangen und eingeschüchtert in Schweigen verfielen oder vom Schlaf übermannt wurden. Man unterhielt sich ausschließlich in französischer Sprache. Die späteren Nachmittagsstunden, von vier bis gegen sechs Uhr, waren meist der Lektüre und Schriftstellerei gewidmet. Danach gab der König vor geladenen Gästen ein Flötenkonzert mit Stücken, die er meist selbst komponiert hatte. Doch schon früh konnte er die Flöte nicht mehr spielen, weil er die Vorderzähne verloren hatte und seine Hände zu zittern begannen. Nach den Konzerten schloss sich die berühmt gewordene Abendmahlzeit an, meist im Marmorsaal. Sie konnte sich manchmal bis Mitternacht hinziehen. Den Abend verbrachte Friedrich mit Lesen und Gesprä-

chen. Gewöhnlich gegen zehn Uhr zog er sich bis auf Hosen und Stiefel aus, legte sich das Nachtzeug an, und schlief in seinem eisernen Feldbett, bedeckt mit einer dunkelroten Taft-Decke, bald ein. Abschließend erinnerte Dieter Schetat an den Festvortrag des leider verstorbenen Historikers Professor Dr. Wolfgang Stribny, zum 65-jährigen Bestehen der Landmannschaft im vergangenen Jahr, bei dem er die bedeutenden Lebensleistungen Friedrichs des Großen hervorhob: Glaubensfreiheit, erster moderner Rechtsstaat auf dem Kontinent, allgemeine Schulpflicht für Mädchen und Jungen. Als übernationalem Staat war in Preußen nicht eine Sprache oder ein Glaubensbekenntnis ausschlaggebend, sondern die Treue zum König und zur preußischen Staatsidee. Der Vortrag war mit vielen Dokumenten und Bildern untermalt.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hannover – Sonnabend, 21. April, 14.30 Uhr, Ihme-Terrassen, Roesebeckstraße 1 (Nähe Krankenhaus Siloah): Die Gruppe trifft sich zum Frühlingsfest, das auch in diesem Jahr wieder mit der Pommern-Gruppe veranstaltet wird.

Hildesheim – Donnerstag, 12. April, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Treffen der Heimatfreunde. Diesmal soll dem Plachandern unter Heimatfreunden Raum gegeben werden.

NORDRHEIN-
WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Dortmund – Montag, 16. April, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstubben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Dienstag, 10. April, 18 Uhr, GHH/Konferenzraum: Filmvorführung „Der große König“ (Deutschland 1942). – Donnerstag, 12. April, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 13. April, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 14. April, 10.30 Uhr, Infostand am Düsseldorf Hauptbahnhof: Wandertreff mit Ziel Max-Kirche, Düsseldorf-Altstadt, Schulstraße 11. Hier 11.30 bis 12 Uhr: Marktmusik. 12.15 Uhr: Führung. – Dienstag, 17. April, 18 Uhr: Sonderführung im Oberschlesischen Landesmuseum,

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Ratingen-Hösel: „300 x Friedrich, Preußens großer König und Schlesien“. – Donnerstag, 19. April, 19 Uhr: Fahrt zur ZOOM-Erlebnisswelt nach Gelsenkirchen. – Montag, 23. April, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Ausstellungseröffnung „Juni 1941 – Der tiefe Schnitt“. – Dienstag, 24. April, 15 Uhr, GHH: Frühlingsingen mit Lena.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – **Bericht von der Jahreshauptversammlung am 11. März.** – Zur diesjährigen Jahreshauptversammlung der LO konnte der Vorstand unter der Führung des Vorsitzenden Eckard Jagalla 60 Vereinsmitglieder begrüßen. In seinem Bericht stellte er rückblickend ein erfolgreiches Vereinsjahr dar. 13 Veranstaltungen hat die Landsmannschaft im Laufe des vergangenen Jahres organisiert. Während andere Landsmannschaften sich inzwischen aufgelöst haben, konnte die Gütersloher Organisation fünf neue Familien (neun Personen) aufnehmen. Zum Verein gehören aktuell 122 Mitgliederfamilien, das sind 188 Personen. Diese werden von acht Mitgliederbetreuer/innen betreut: Josef Block, Kristine Braun, Helmut Fox, Werner Kuzinna, Leo Motzki, Brigitte Steffen, Anton von Oppenkowski und Peter Welki. Im vergangenen Jahr sind drei Mitglieder gestorben und drei sind ausgetreten. Über die Arbeit der Ostpreußischen Frauengruppe berichtete die Vorsitzende Renate Thamm. Die Gruppe besteht seit 52 Jahren und trifft sich monatlich im Gütersloher Brauhaus. Seit 34 Jahren besteht auch der Ostpreußische Singkreis. Auch hier macht Renate Thamm seit längerem die Krankheitsvertretung für Ulla Witt. Mit dem Motto „Singen hält jung“ lud sie interessierte Männer und Frauen zum wöchentlichen Proben ein. Paul Herrmann in seiner Funktion als Kassenwart stellte den Kassenbericht vor. Eckard Jagalla, seit 18 Jahren erster Vorsitzender der Landsmannschaft, konnte in seinem Amt bestätigt werden. Gleiches gilt für die Stellvertreterin Marlene von Oppenkowski, Kulturwartin Ursula Witt (in Abwesenheit wiedergewählt), Schriftführerin Marianne Bartnik, Schatzmeister Paul Herrmann, stellvertretende Schatzmeisterin Brigitte Steffen und die Beisitzer Herta Kriszun, Renate Thamm und Reinhard Jagalla. Als Kassenprüfer wurden Bertold Greifenberg und Georg Wagner für zwei Jahre gewählt. Fast jeden Monat ist eine Veranstaltung geplant. Zur Tradition zählen das Eisbeinessen im Februar, die Osterfeier am Gründonnerstag, der Tag der Heimat, der Tanz in den Mai im Landhaus Heitmann, das Herbstfest im Spexarder Bauernhaus und die Weihnachtsfeier mit Nikolaus im Gütersloher Brauhaus. Für die Senioren wird eine Busfahrt „ins Blaue“ angeboten, für Familien ein Campingwochenende. Anfang Juni führt eine Fahrradtour in die nähere Umgebung. Auch in diesem Jahr sollen wieder Bigos (Sauerkrauteintopf), Grützwurst (Graupenspeise), Bärenfang (Spiritus-Honig-Schnaps) und Borschtsch auf dem Spexarder Weihnachtsmarkt angeboten werden.

Lüdenscheid – Bericht über die Jahreshauptversammlung mit Wahl am 24. März. – Der Vorsitzende Dieter Mayer eröffnete die Veranstaltung mit dem Ostpreußenlied. Nach der Totenehrung wurden verdiente Vorstandsmitglieder von der Kreisgruppe Lüdenscheid ausgezeichnet: Gisela und Siegfried Augustin, K. H. Pfarr, Wolfgang Wachsmuth, Helmuth Krautien. Für die Pommern, die der ostpreußischen Gruppe angeschlossen sind: Richard und Maria Dumke, Hella Schwenkner, Heidi Schröder und Anneliese Desens. Gerhard Ramming, der seit 51 Jahren im Vorstand ist, drei Jahre als Beisitzer und 48 Jahre als gewissenhafter, vorbildlicher Kassierer, bekam eine Flasche Bärenfang, da er schon alle Auszeichnungen und Ehrungen hatte. Schon am 17. März bei der Landes-Delegiertentagung in Oberhausen erhielten Gertrud Graeve und Christel Puckaß in Abwesenheit das Verdienstabzeichen durch den Vorsitzenden Jürgen Zauner verliehen. Ebenso wurde Jutta Scholz für ihre 30-jährige Tätigkeit im Vorstand mit dem Ehren- und Verdienstabzeichen der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V. geehrt. Nach den Tätigkeitsberichten des Vorsitzenden Dieter Mayer und der Frauengruppen- und Handarbeitsleiterin Jutta Scholz gab Gerhard Ramming seinen akkuraten Kassenbericht ab. Die Kassenprüfung durch Siegfried Augustin und Wolfgang Wachsmuth bescheinigten ihm eine korrekte Kassenführung. Dem gesamten Vorstand wurde Entlastung erteilt. Die Neuwahl leitete Lm. Günter Langer ein. Dieter Mayer wurde als erster Vorsitzender wiedergewählt. Seine Stellvertreterin Rosemarie Biallas (Neuwahl), Kassierer Gerhard Ramming, Schriftführerin Jutta Scholz, Beisitzer Gertrude Graeve, Christel Puckaß, Wolfgang Wachsmuth und Ursula Kordall-Wischnewski (Neuwahl). Den Abschluss der Veranstaltung bildete das gemütliche Grützwurstessen. Dazu gab es zur Verdauung einen Bärenfang und der Jahreszeit entsprechend ein Osterei.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 21. April, 15 Uhr, „Dülkener Hof“, Lange Straße 54: Frühjahrsversammlung. Für ein Kaffeegedeck erbittet die Gruppe fünf Euro pro Person. Auf der Tagesordnung steht eine Bilddokumentation über die landsmannschaftliche Arbeit im letzten Jahr (Deutschlandtreffen in Erfurt, Schloss Burg an der Wupper, Kreuz des Deutschen Ostens in Viersen-Dülken). Gäste sind wichtig und immer herzlich willkommen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Witten – Montag, 16. April, 15 Uhr, Evangelische Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Planung und Diskussion gemeinsamer Unternehmungen.

Mainz – Donnerstag, 26. April, 13.30 Uhr, Treffpunkt Bahnhofsplatz 2: Spaziergang auf der Rettbergsau mit Einkehr. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

Leverkusen – Sonnabend, 21. April, 14 Uhr, Gaststätte Kreuzbroich, Heinrich-Lübke-Straße 61: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe. Außer Berichterstattungen findet eine Neu-

wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter statt. Der im Jahr 2011 gewählte Vorsitzende Nitsche ist verstorben. Nach einer gemeinsamen Vesper findet ein kleines kulturelles Programm der Kulturgruppen statt. Die Gruppe bittet alle Mitglieder um Anwesenheit.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Der Kulturkreis Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn trifft sich zur Chorprobe.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Der Kulturkreis Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn trifft sich zur Chorprobe.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Stendal – Bericht von der Jubiläumsfeier – Der Vorsitzende begrüßte bei der Jubiläumsveranstaltung am 20. März den Altspre-

cher der LO, Wilhelm v. Gottberg, der die Festrede hielt sowie Landrat Jörg Hellmuth, den Bürgermeister der Stadt Stendal, Herrn Kleefeld, die Vorsitzenden des BdV Stendal, v. Bach und v. Rathenow, Herrn Karpahne, die Vorsitzenden der Kreisgruppe Gardelegen, Herrn Goldenberg, aus Uelzen Herrn Pagel sowie Frau Gahl und Frau Schaar. Ausgehend vom Gebot der Zeit und getragen von dem Wunsch der Landsleute aus Ost- und Westpreußen wurde auch in Stendal eine Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen gegründet. Einem Aufruf von Herrn Kontschake zufolge kamen am 3. Dezember 1991 zirka 150 Gründungsmitglieder im RAW-Kulturhaus zusammen. Aus dem Kreis der Anwesenden wurde ein geschäftsführender Vorstand berufen, deren Mitglieder Ernst Duddek, Helmut Gahl, Heinz Kronfeld, Gisela Hönow, Ewald Urmoneit und Otto Modderegger waren. Am 28. Februar 1992 fand im Heinrich-Mann-Saal in der Bahnhofstraße die Gründungsversammlung statt. Teilgenommen haben insgesamt 180 Personen, davon waren 154 bereits als Mit-

glieder eingetragene Landsleute. Es spielte naturgemäß die Frage der rechtlichen Gleichstellung mit den Vertriebenen der alten Bundesländer eine wichtige Rolle sowie die staatliche Anerkennung des Vertriebenenstatus. Nachdem die Formalitäten geklärt waren, wurde der neue Vorstand gewählt. Zum ersten Sprecher der LOW wurde Ernst Duddek, Jahrgang 1931, in Lyck geboren, gewählt. In die erste Revisionskommission wurden Wolfram Schaar, Oswald Wenzel und Dora Mehlkopf gewählt. Als Delegierte des BdV wurden Wolfram Schaar, Helmut Gahl und Heinz Kronfeld bestimmt. Als treuer Weggefährte der ersten Stunde erwies sich der Kreisverband Uelzen. Auch zur Jubiläumsfeier war eine Delegation aus Uelzen unter dem Vorsitz von Herrn Pagel angereist. Schon im zweiten Halbjahr 1992 begann die Gruppe, ältere Mitglieder zu runden Geburtstagen, Silbrenen oder Goldenen Hochzeiten zu besuchen. Auch Kranken- und Kondolenzbesuche fanden statt. Der Mitgliederstand betrug am 1. Januar 1993 174 eingetragene Mitglieder. Am 1. Januar 2012 waren

es noch 69. Schon damals wurde daran appelliert, den Jugendanteil unbedingt zu erhöhen. Alle Landsleute wurden aufgerufen, im eigenen Familienumfeld Nachwuchs zu gewinnen. Sowohl damals als auch heute hat der Appell nicht gefruchtet. Ab 1996 war Helmut Gahl, geboren 1929 in Schrimm/Posen, erster Sprecher. 1997 betrug die Mitgliederzahl 150 Landsleute. Höhepunkt im Leben der Kreisgruppe Stendal war der Sachsen-Anhalt-Tag vom 11. bis 13. Juli 1997, an dem sich die LOW mit 25 Aktiven beteiligt hatte. Eine Singgruppe, zusammengesetzt aus Landsleuten aller Landsmannschaften, sorgte am ersten Tag des Sachsen-Anhalt-Tages vor dem Theater der Altmark mit heimatischen Liedern für Unterhaltung und begrüßte die Ehrengäste, darunter den Ministerpräsidenten und zahlreiche Regierungsvertreter. Ab Oktober 2000 war Werner Blasey, geboren 1928, der die Kindheit in Puppen bei Ortelsburg verbrachte,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Hannelotte Berg

* 12. April 1933 † 2. März 2012
in Angerburg/Ostpr. in Kiel

Die Verstorbene war langjähriges Vorstandsmitglied der Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft und von 1983 bis 2003 Leiterin der ostpreußischen Frauengruppe in Kiel.

In Würdigung ihrer hervorragenden Verdienste um Ostpreußen hat die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Hannelotte Berg im Jahre 2008 das Goldene Ehrenzeichen verliehen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Gottfried Hufenbach Stellv. Sprecher	Stephan Grigat Sprecher	Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister
--	-----------------------------------	--

**Der richtige Weg,
anderen
vom Tode
eines lieben
Menschen
Kenntnis
zu geben,
ist eine
Traueranzeige.**

Preussische Allgemeine Zeitung
1848-1945

Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 47
Fax 0 40 / 41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

Ich gehe zu denen, die mich liebten und warte auf die, die mich lieben.

Willi Komossa

* 14. 9. 1929 in Eichensee, Kreis Lyck † 23. 3. 2012

In stiller Trauer:
**Karin, Gerd und Thomas Schark
Ingrid Komossa und Christoph Kehrs**

Die Beerdigung fand am 30. März 2012 in Lamsheim statt.

Wir müssen Abschied nehmen von meiner geliebten Frau und unserer guten Mutter

Gerda Schleicher

geb. Borbe
* 4. September 1923 † 11. März 2012
Königsberg Pr. Berlin

In Liebe und Dankbarkeit
Dein Ehemann und Sohn Martin

Urnenbeisetzung findet am 16. April 2012 statt.

Und meine Seele spannte
Weit ihre Flügel aus
Flog durch die stillen Lande
Als flöge sie nach Haus
(Joseph von Eichendorf)

Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst;
ich habe dich bei deinem Namen gerufen,
du bist mein. (Jesaja, 43,1)

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unseren Schwestern, Cousins und Tanten

Rosemarie Liernur

geb. John
* 1. 5. 1923 † 13. 3. 2012
Gut Moithienen bei Kobulten Genf

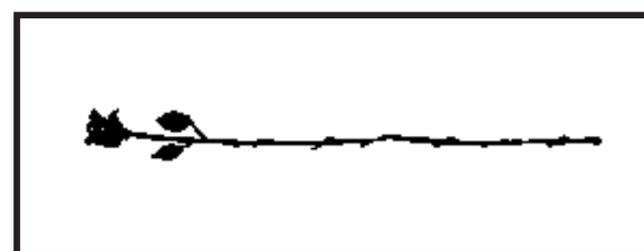
Edelgard John

* 2. 4. 1921 † 18. 3. 2012
Gut Moithienen bei Kobulten Bad Godesberg

Wir trauern um zwei couragierte Menschen, die fern ihrer geliebten Heimat von uns gegangen sind. Sie werden uns immer Vorbild bleiben.

**Gotthard John
Hannelore Spathelf, geb. John
Herbert und Christa-Maria John, geb. von Schönfeldt
und alle Nichten und Neffen mit ihren Familien**

Die Trauerfeiern haben bereits in Genf und Bonn stattgefunden.



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

Schiffahrt von Nikolaiken nach Lötzen. Der Reisepreis beträgt pro Person 830 Euro im Doppelzimmer. Es sind noch einige Plätze frei. Der Kreisvertreter Gerd Bandilla empfiehlt die Teilnahme an dieser Reise. Weitere Auskunft erteilt Landsmann Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, Telefon (0421) 820651.

Joachim Mazomeit, Pfarrer i.R. verstorben. Er verstarb am 17. März 2012 in Ludwigshafen am Rhein im Alter von 79 Jahren. Joachim Mazomeit stammte aus Steinberg im Kreis Lyck. Von 1992 bis 2008 war er Bezirksvertreter des Bezirks Gorkau, zu dem Steinberg gehörte, und damit auch Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck. 1995 begann die Kreisgemeinschaft Lyck in allen früheren evangelischen Kirchen des Kreises Lyck ökumenische Gottesdienste zu organisieren. Pfarrer Mazomeit stellte sich sofort zur Verfügung. Die Gottesdienste in Baitenberg (1995), Stradaunen (1997) und Dreimühlen (1999) zelebrierte er. Am 30. August 2008 wurde er wegen seiner Verdienste mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Die Kreisgemeinschaft Lyck wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Willi Komossa verstorben. Am 23. März verstarb Willi Komossa. Er war am 14. September 1929 in Eichensee, Kreis Lyck, geboren. Willi Komossa war ein treuer Landsmann mit einem ausgesprochenen fröhlichen Wesen. Ortsvertreter seines Heimatdorfes Eichensee war er von 1981 bis 2008, insgesamt 27 Jahre lang. Dazu war Willi Komossa noch in der Zeit von 1987 bis 2010 Bezirksvertreter des Bezirks Kölmersdorf, zu dem Eichensee gehört. Als Bezirksvertreter war er Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck. An seinem neuen Wohnort war Willi Komossa bis zu seinem Tode Stellvertretender Vorsitzender der Ostpreußen-Landesgruppe Rheinland-Pfalz. Für seine Verdienste wurde er bereits am 24. August 1996 mit dem Silbernen Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Willi Komossa bleibt in unseren Reihen unvergessen.

Vortrag beim Masurenseminar vom 24. bis 26. Februar in Bad Pyrmont. – Günter Donder, Köln, „Die Sprache der Masuren“. Herr Donder sprach von seinen Bemühungen, die masurische Sprache durch ein kleines Wörterbuch am Leben zu erhalten. Es gab ein Übereinkommen mit Ulrich Schrubba (verstorben 2011), Wörter dieser Mundart zu sammeln und festzuhalten. Mit Herrn Schrubba konnte Herr Donder noch eine Unterhaltung auf Masurisch führen, da es die Sprache seines Elternhauses war. Er erzählte heitere Anekdoten aus seinem schulischen Leben in Polen, seinem Kampf mit der polnischen Sprache, er, der als Junge nur Masurisch sprach. Herr Donder berichtete ausführlich von seiner Recherche nach masurischen Wörtern und Redewendungen, seiner Bemühung, eine lesbare Schreibweise für die masurischen Wörter zu finden. Günter Donder hat mit dem masurischen Wörterbuch einer Sprache ein Denkmal gesetzt, die man nie wieder sprechen wird.



PREUSSISCH EYLAU
www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishauses Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Bericht über das 63. Heimattreffen der Kreisgemeinschaft, das in der Zeit vom 16. bis 18. September 2011 in Verden stattfand. In der Delegiertenversammlung am 17. September wurde die im letzten Jahr neu erarbeitete Satzung diskutiert und verabschiedet. Nach dieser neuen Satzung wurden die von den Landsleuten aus den Amtsbezirken vorgeschlagenen Vertreter von der alten Delegiertenversammlung bestätigt. Die neue Delegiertenversammlung, bestehend aus 44 Mitgliedern, wählte den neuen geschäftsführenden Vorstand. Es wurden gewählt: Kreisvertreter Rüdiger Herz-

berg, Stellvertretende Kreisvertreterin Carola Schäfer, Geschäftsführer Manfred Klein, Schriftführerin Melanie Breiting-Schlobohm, Schatzmeisterin Ursel Andres. Eröffnet wurde das 63. Heimattreffen der Preußisch Eylauer mit einem Empfang im Rathaus von Bürgermeister Lutz Brockmann und dem Kreisvertreter Rüdiger Herzberg. Das 63. Heimattreffen endete am Sonntag, 18. September, mit einem gemütlichen Nachmittag im Hotel „Grüner Jäger“. Am Heimattreffen nahmen 300 Landsleute aus der ganzen Bundesrepublik und Delegationen aus Landsberg [Górowo Ilaweckie] und Preußisch Eylau [Bagrationowsk] teil.



ORTELSBURG
Kreisvertreter: Dieter Chilla, Busardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357931, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Kreistag der Ortelsburger. – Am 17. März fand gemäß der Satzung die diesjährige Versammlung der Kreisgemeinschaft Ortelsburg im Kulturzentrum der Stadt Herne statt. Erfreut konnte der Kreisvorsitzende Dieter Chilla die beinahe vollständig erschienenen Vertreter der Landbezirke begrüßen. Als noch erfreulicher bezeichnete er die Tatsache, dass es auch für die anstehenden Wahlen wieder gelungen sei, für alle Bezirke geeignete Kandidaten aufzustellen. Hans Napierski führte die Totenehrung in würdiger Form durch und gedachte in besonderer Weise des im Alter von nur 53 Jahren verstorbenen Heinz-Georg Mosdziel, der sowohl in der Heimatstube als auch durch sein Mitwirken bei zahlreichen Publikationen der Kreisgemeinschaft spürbare und nachhaltige Dienste erwiesen hat. Helga Frankiewicz konnte als Schatzmeisterin verdeutlichen, dass sie die finanziellen Ausgaben gewissenhaft getätigt und in vorbildlicher Weise buchhalterisch dokumentiert hat. Dies wurde durch Brigitte Napierski und Manfred Katzmarzik als Revisoren uneingeschränkt bestätigt. Ermü-

gend der Bericht des langjährig erfahrenen Schriftleiters Alfred Denda: Auch für 2012 liegen genügend qualifizierte Artikel für den Heimatboten vor. Dennoch ein Sorgenpunkt: Es fehlt in der Redaktion eine Kraft, die auf Dauer Alfred Denda ablösen könnte. Bewerber/innen erwünscht! Einstimmig – bei den obligatorischen Enthaltungen durch die Betroffenen – fiel die Entlastung des Vorstandes aus. In seinem Rechenschaftsbericht ging Dieter Chilla zunächst auf die generelle Situation der Kreisgemeinschaft Ortelsburg ein: „Dank der Mitarbeit zahlreicher Landsleute, ansprechender Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen und einer soliden Finanzpolitik geht es Ortelsburgern ausgesprochen gut.“ Er wies darauf hin, dass im Oktober zum fünften Mal in Bad Pyrmont ein Heimatseminar durchgeführt werden soll, das sich in diesem Jahr in besonderer Weise an solche jüngeren Menschen wenden wird, die bisher nur wenig Kontakt zur Kreisgemeinschaft hatten. Die Verbundenheit zur deutschen Volksgruppe und die damit verbundene Unterstützung der Sozialhilfestation Lazarus sowie der Kirchen wird weiterhin zum Aufgabenbereich der Kreisgemeinschaft gehören, ebenso die Pflege der Verbindungen zur Verwaltung von Ortelsburg [Szczytno]. Die deutsche Volksgruppe feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Bestehen. Die Kreisgemeinschaft wird im Rahmen einer Busreise vom 8. bis zum 17. Juli daran teilnehmen. Auf 50 Jahre Patenschaft mit der Stadt Herne blickt die Kreisgemeinschaft 2012 zurück. Dieses Jubiläum wird am 15. Dezember ab 14 Uhr in den Räumen der Musikschule an der Gräffstraße in Herne gefeiert. Am Abend vor dem Hauptkreistreffen wird auch diesmal wieder eine Dichterlesung angeboten. Seinen ausdrücklichen Dank richtete der Kreisvorsitzende an alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft der unterschiedlichen Generationen, besonders an die Mitglieder des Kreistages, welche die Arbeit der Gemeinschaft durch ihren vielfältigen Einsatz lebendig erhalten. Namentlich hob er hervor: Helga Frankiewicz (Schatzmeisterin), Alfred Denda (Heimatbote), Irmgard Denda (Spendenliste), Christel Sender (Buchverkauf), Heinz-Georg und Jürgen Mosdziel, Alfred Olbrisch, Karola Ka-

linski, (unter anderem für die Herausgabe fotografischer Bildbände), Marc Plessa (Familienforschung) Alfred Olbrisch (Pflege der Homepage), Edelfried Baginski (Gedächtnis der Kreisgemeinschaft und Bindeglied zwischen den Nationen). Seinen besonderen Dank richtete Dieter Chilla an den stellvertretenden Vorsitzenden Herbert John sowie an den Geschäftsführer Hans Napierski für Rat und Tat in vielen Situationen. Der Ehrenvorsitzende Edelfried Baginski stellte sein Grußwort unter die Überschrift „Erinnern-Bewahren-Zukunft gestalten“ und betonte, dass Masuren ein untrennbarer Bestandteil Ostpreußens und damit ein Bestandteil der gesamtdeutschen Kulturlandschaft war. Bevor Dieter Chilla das Ostpreußenlied anstimmte, appellierte er daran, sich an den anstehenden Kreistagswahlen rege zu beteiligen.

Kandidatenliste zu den Wahlen zum Ortelsburger Kreistag 2012: Landbezirk 1: Altkirchen, Klein Jerutten, Jürgen Mosdziel, Alemannenstraße 10, 45888 Gelsenkirchen, Landbezirk 2: Deutscheide, Wilhelmsthal, Wolfgang Kempka, Auf der Riege 8, 32584 Löhne; Landbezirk 3, Erben: Rheinswein, Wildenau: Bernard Patorra, Salzhorstweg 31, 17454 Zinnowitz, Herbert Rogalla, Havelstr. 39, 44791 Bochum; Landbezirk 4, Farienne, Friedrichshof: Ingo Gosdek, Dellenweg 1, 53819 Neunkirchen-Seelscheid, Detlef Ollesch, Kurze Breite 7, 31812 Bad Pyrmont; Landbezirk 5, Fürstenwalde, Lindenort, Liebenberg: Edith Bohne, Schiller Straße 9, 49419 Wagenfeld, Reinhold Gralla, Glenderpol 2, 32351 Stemwede, Manfred Katzmarzik, Am Kirchfeld 22, 44357 Dortmund, Alfred Olbrisch, Saarstraße 132, 38116 Braunschweig; Landbezirk 6, Großalbrechtsort, Groß Dankheim: Christel Sender, Alemannenstraße 14, 45888 Gelsenkirchen; Landbezirk 7, Großheidenu, Kannwiesen: Dieter Sender, Alemannenstr. 14, 45888 Gelsenkirchen; Landbezirk 8, Kobulten, Steinhöhe: Herbert John, Eschenweg 10, 66333 Völklingen, Renate Antoniewski, Kirchstr. 25, 33161 Hövelhof; Landbezirk 9, Korpellen, Schiemannen: Ursula Greschkowitz, Fahrendelle 39a, 58455 Witten, Willi Makowka, Heistraße 76, 45891 Gelsenkirchen; Landbezirk 10, Lehmanen, Groß-

Schöndamerau: Irmgard Denda, Wiethagenweg 42, 44227 Dortmund; Landbezirk 11, Malschöwen, Mensguth, Rummau: Karola Kalinski, Kreuzstraße 25, 46282 Dorsten; Landbezirk 12, Puppen, Ratzeburg: Hans-Alfred Pöltner, Wiesenweg 4, 23744 Schönwalde a.B.; Landbezirk 13, Rauschken, Gilgenau: Brigitte Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten; Landbezirk 14, Scheufelsdorf, Nareythen: Irene Piechotka, Rainstraße 10, 27711 Osterholz-Scharmbeck; Wahlbezirk 15, Stadt Ortelsburg: Willi Becker, Schaeferstraße 44, 44623 Herne, Alfred Denda, Wiethagenweg 42, 44227 Dortmund, Gregor Gonsowski, Strümper Berg 10a, 40670 Meerbusch, Renate Szczepanski, Reisingweg 23, 49811 Lingen; Wahlbezirk 16, Stadt Passenheim: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Marc Patrik Plessa, Sendnicher Straße 15, 56072 Koblenz; Wahlbezirk 17, Stadt Willenberg: Dieter Chilla, Busardweg 11, 48565 Steinfurt, Helga Frankiewicz, Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen.



TILSIT-RAGNIT
Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Regionaltreffen in Halle – In der letzten Ausgabe der PAZ ist bedauerlicherweise ein falsches Datum für die Veranstaltung des Regional- oder auch Nachbarschaftstreffens der Tilsiter, der Elchniederung und der Tilsit-Ragniter angegeben worden. Es findet nicht am 29., sondern am Sonnabend, den 28. April statt. Hier noch einmal der Tagungs- und der Zeitrahmen: Kongress- und Kulturzentrum in Halle/Saale, Franckestraße 1, Einlass ab 9 Uhr, Schluss der Veranstaltung um 17 Uhr. – Im Namen des Kreistages wünsche ich allen unseren lieben Landsleuten und Freunden ein frohes und gesegnetes Osterfest und freue mich auf die gemeinsame Feier Ende April in Halle. Dieter Neukamm

Bestellen Sie ganz einfach per Email
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preussische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 108 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 oder Prämie Nr. 2.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Mit dem Bezug der PAZ ist die kostenlose Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen verbunden. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

Konto: _____ BLZ: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit die speziellen PAZ-Prämien!

Prämie 1

Renaissance-Leuchtglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Prämie 2: Leuchtglobus und Meyers Neuer Weltatlas

Prämie 1: Renaissance-Globus und Atlas der Weltgeschichte

Ein Atlas, der im Bereich Wissensvermittlung Maßstäbe setzt: Die ideale Verbindung aus Karten- und Bildmaterial sowie fundierten Texten lässt die Entwicklung der Menschheit von ihren Anfängen bis heute lebendig werden. Mehr als 500 farbige, historisch genaue Karten, 1000 Fotografien und Zeichnungen.

Prämie 2

Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schifffahrts- und Eisenbahnlinien.

Meyers Neuer Weltatlas

zeichnet in bewährter Präzision ein aktuelles Bild unserer Erde: Optisch wie inhaltlich auf dem neusten Stand der Kartografie ist dieser moderne Atlas. Jetzt mit erweitertem Themen- und Satellitenbildteil sowie mit Länderlexikon! Ein unverzichtbares Nachschlagewerk für eine virtuelle Reise um die Welt.

Preussische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Identität durch Tradition

100 Jahre Domowina – Osterritte bei den katholischen Sorben in der Oberlausitz bestehen seit 1540

Das kleine westslawische Volk der Sorben begeht in diesem Jahr das hundertjährige Bestehen ihres Nationalverbandes, der „Domowina“. An Ostern zieht der katholische Brauch des Osterreitens Tausende Besucher in die Gegend zwischen Hoyerswerda, Kamenz und Bautzen.

Zu Ostern ist die sächsische Region Lausitz wahrhaft „panslawisch“, und die Lausitzer Sorben führen Regie. Von Häusern und Türmen wehen blau-rot-weiße Sorbenfahnen, über die Wege reiten 1500 „Krizerjo“ (Osterreiter) auf neun vorbestimmten Strecken, am Straßenrand begeistert bewundert von Polen, Russen, Serben, Tschechen und wer sonst noch Ostern, das schönste Slawenfest, in Gemeinschaft des kleinsten Slawenvolks, der (wohlwollend gerechnet) 80000 Sorben, erleben möchte.

Sorben sind sehr gastfreundlich, aber während des Osterritts herrscht strenge Exklusivität: Nur katholische Obersorben dürfen mitreiten, Gehrock und Zylinder sind Pflicht, Gebete und Gesänge werden in Sorbisch intoniert. Jede „Prozession“ wird von einer Gegenprozession erwidert, was exakte Zeitplanung verlangt, denn die Reiterzüge dürfen sich nicht kreuzen, weil das Unglück brächte.

Seit 1540 finden die Osterritte in ungebrochener Kontinuität statt, nicht einmal das verheerende Kriegsjahr 1945 hat sie aus dem Rhythmus gebracht. Der für Slawen typische Trotz ist bei Sorben besonders gut entwickelt, was sie als einzige befähigte, sich westlich der Oder-Neiße-Linie festzusetzen: Woran Obodriten, Polaben und andere scheiterten, das schafften Lusizer und Milze-

ner, die später Sorben oder Wenden (von lateinisch „Veneti“) genannt wurden. Viele waren sie nie, schon Luther prophezeite, dass sie wohl demnächst ausstürben, aber bekanntlich leben Tötungsgesagte besonders lange.

Zu Ostern demonstrieren sie ihre Lebenskraft, wobei 2012 neben 472 Jahren Osterritten noch ein Jubiläum ganzjährig zu würdigen ist: Vor 100 Jahren, 1912, schlossen sich in Hoyerswerda 31 sorbische Vereine zum Nationalverband „Domowina“ (Heimat) zusammen, um ihre ethnokulturelle Eigenständigkeit besser zu repräsentieren und zu fördern.

Im März 2006 starb Jurij Brezan (geboren 1916), der große sorbisch-deutsche Autor. Anfang März 2012 verschied Rudolf Kilank

(Jahrgang 1937), sorbischer Priester aus Bautzen (Budysin). Beide Männer waren Zeugen der schlimmen Zeiten, die ihr kleines Volk im 20. Jahrhundert durchlebte.

Brezan hat in seiner Autobiografie „Mein Stück Zeit“ beschrieben, wie die Nationalsozialisten aus Sorben „Wendisch sprechende Deutsche“ machen wollten, und am 18. März 1937 schließlich alles Sorbische verboten, als sie auf sorbischen Granit bissen. Am 10. Mai 1945, zwei Tage nach Kriegsende, wurde im sorbischen Crostwitz (Chrosicy) als erste politische Vereinigung in Deutschland die „Domowina“ wiedergegründet.

1949 schrieb Brezan das Gedicht „Wie ich mein Vaterland fand“, eine Lobeshymne auf die DDR, die er 1964 demonstrativ mit einem „Antibasen“ (Gegengedicht) zurücknahm: „Ich sah / die drei Buchstaben D und D und R sich drehen zum Strick / die Schlinge für uns.“ 1964 war das Jahr der



Foto: Norbert Millauer/dapd

Nicht einmal der Zusammenbruch 1945 brachte sie aus dem Rhythmus: Eine sorbische Osterreiterprozession überbringt die frohe Botschaft von der Auferstehung Jesu Christi ins Nachbardorf

berüchtigten „7. Durchführungsbestimmung zur Schulreform“, die den Sorbischunterricht faktisch abschaffte, was Brezan als „Liquidierung des Sorbentums“ anklagte. Brezan hasste die SED-Betonköpfe

und noch mehr ihre sorbischen Erfüllungsgehilfen, die er mit bösem Wortwitz „sorbische Abgelohnte“ nannte.

Ähnliche schlechte Erfahrungen mit SED-Bonzen hatte der Priester

glieder (statt 4000 im Jahre 1992) zählt.

In der DDR galten die Sorben als „Hätschelkinder der SED“, was eine tragische Verkennung ihrer Lage war. Die SED hat sie scheinbar

Kilank, der aber Mittel und Wege fand, die SED für die sorbische Verlagsarbeit finanziell „auszunehmen“. In den späten 80er Jahren, als die Stasi in dem Ort Ottendorf-Okrilla bereits ein Gefangenelager für sorbische Regimegegner bauen ließ, war er einer der sorbischen Aktivisten, die die völlig SED-unterwanderte „Domowina“ zur Kapitulation zwangen. Details verriet der Dokumentarfilm „Solange den Sorben die Linde blüht“, der im Februar 2012 Premiere hatte. Für Kilank hätte er 20 Jahre früher kommen sollen, denn als der sich kurz nach der Wende für ehemalige politische Gefangene einsetzte, machten die sorbischen „roten Socken“ derart gegen ihn mobil, dass er 1993 für einige Jahre in die Tschechische Republik flüchtete.

Jetzt lebt er nicht mehr, aber die „Domowina“ hat sich zu ihrem 100. Geburtstag erholt und zum Sammelverband von 18 Bünden reformiert, der wieder 7200 Mit-

glieder (statt 4000 im Jahre 1992) zählt. In der DDR galten die Sorben als „Hätschelkinder der SED“, was eine tragische Verkennung ihrer Lage war. Die SED hat sie scheinbar

umarmt, tatsächlich aber gewürgt. Die Wende kam für sie wahrhaft fünf vor zwölf, und die Sorben sind längst im wiedervereinigten Deutschland angekommen, das sie in koexistenzielle Obhut nahm. Am 19. Oktober 1991 wurde von der Bundesrepublik sowie den Ländern Sachsen und Brandenburg – dort siedeln Sorben – eine „Stiftung für das sorbische Volk“ gegründet, die seither die weitgespannten kulturellen Aktivitäten der Sorben finanziert. Wichtig ist jedoch, dass die Sorben als das genannt werden, was sie sind: ein eigenes Volk, keine Minderheit, denn es gibt nirgendwo eine sorbische Mehrheit.

Der sorbische Feiertagskalender umfasst nicht nur Osterritte und Osterritten wie die berühmten bunten Ostereier. Aber auch schönste Feiern verdrängen nicht alle Sorgen. Die Arbeitslosigkeit ist mit 18 Prozent zu hoch, die Abwanderung zu rapide, da sie vielfach aus dem eigenen Ethnikum hinausführt: Deutscher kann man überall sein, Sorbe nur in der Lausitz. Die Zeiten, da sorbische Familien bis zu zwölf Kinder hatten, sind längst vorbei, was sich im Rückgang sorbischer Schulen niederschlägt. Deutsche Behörden bemühen sich um sorbische Schulen, derzeit sechs Grund- und vier Mittelschulen sowie ein Gymnasium mit 2200 (Sachsen) beziehungsweise 1900 Schülern (Brandenburg), und wollen mit neuen Konzepten vertiefte Mehrsprachigkeit erreichen.

Das schwerste Problem sind die reichen Braunkohlevorkommen in der Lausitz, die man nur ausbeuten kann, wenn man zuvor sorbische Siedlungen wegbaggert. Zwar gibt es heute nicht mehr die wilde „Devastierung“ wie zu DDR-Zeiten, aber ein Konzept hat niemand, wie man sorbische Wohnorte und Lausitzer Arbeitsplätze unter einen Hut kriegt. *Wolf Oschlies*

Das Raritätenkabinett auf St. Pauli hat ein Arzt gerettet

Eine Kuriosität, die »überweltigt«: Harrys Hamburger Hafenbasar hat noch viel mit sich vor

„Ich bin überwältigt!“, sagt ein Besucher, nachdem er mit seiner Tochter die engen Gänge der 39 Räume mit insgesamt 300 Quadratmetern erkundet hat. Er könnte auch sagen „überweltigt“.

Jeden Tag kann in der Hamburger Erichstraße 56 eine kleine Weltreise angetreten werden, denn in den Räumen befinden sich über 300 000 Exponate aus aller Welt. Angefangen hat alles mit dem Namensgeber Harry Rosenberg, der als Seemann seinen Kindern zeigen wollte, wo er überall gewesen ist, und aus aller Welt Masken und Figuren mitgebracht hat. Auch Briefmarken und Münzen, mit denen er, nach dem Abschied von der Seefahrt, ein Geschäft gründen wollte. Er schmückte diesen Geschäftsraum mit besagten Masken und Figuren. Kunden interessierten sich viel mehr für die „Dekoration“ und so beauftragte er die Seemänner, die in Sankt Pauli Landgang hatten, damit, ihm alles mitzubringen, das ihnen kurios, exotisch oder wertvoll erschien. So eröffnete Harry Rosenberg 1954 seinen Basar.

Einlass wird einem nach Klingeln gewährt, aber erst nachdem man einen Obolus, mehr für den Erhalt der Kuriosität, denn für die Bereicherung des Eigentü-

mers, entrichtet und seine Jacken, Mäntel und Taschen in einen Korb gelegt hat. Zum Jacke Aus- und Anziehen ist in dem Museum nämlich kein Platz. Und wenn eine bestimmte Anzahl Besucher überschritten ist, muss man auch schon einmal vor der Tür warten, was man eigentlich nur von großen Ausstellungen wie im Berliner Pergamon-Museum kennt. Den Fotoapparat sollte man bei sich halten, denn Fotografieren ist ausdrücklich gestattet.

Nachdem man sich mit der Gruppe im Inneren des Hafenbasars befindet, erzählt Gereon Boos, der den Basar im September 2011 übernommen und so eine Hamburger Tradition vor dem Aus gerettet hat, den Museumsbesuchern etwas über Harry Rosenberg, die Entstehung des Hafenbasars und wie man sich darin verhalten sollte.

„Folgt“ – man wird gleich geduzt – „den schwarzen Pfeilen, dann verirrt ihr euch nicht!“ Fasst nichts an, sondern ruft mich, wenn ihr etwas erklärt haben oder kaufen möchtet!“ Alle Ausstellungsstücke, die keinen roten oder grünen Punkt tragen, sind käuflich zu erwerben, schließlich ist es noch immer ein Basar. Und zu jeder Figur weiß Boos, der selbst viele Jahre in Äthiopien und Südamerika gelebt hat,

etwas über die Bedeutung, Verwendung, Herkunft und den Preis zu sagen.

Puppen aus Asien, Schutzgeistfiguren aus Afrika, einen echten Schrupfkopf, Voodoo-Puppen, Modellsegelschiffe, a u s g e s t o p f t e Tiere, Fabelwesen, Gemälde und Musikinstrumente erwarten den Besucher auf seiner Erkundungstour. Nach gut einer Stunde steht man wieder am Eingang und ist erschlagen von der Vielfalt, den Eindrücken und Gerüchen, den Geschichten und dem Verborgengebliebenen. Ganz benommen kann man seine Jacke wieder anziehen.

Thematisch sind die Räume in letzter Konsequenz nicht geordnet, aber dennoch erkennt der Besucher, ob er von afrikanischen oder asiatischen Ausstellungsstücken umgeben ist, auch wenn neben afrikanischen Ahnenfiguren eine lackierte Galionsfigur in Form einer Meerjungfrau steht.

Aufgrund des Platzmangels, der Kellerfeuchte, des fehlenden

Cafés und der eher ungünstigen Lage wird der HNO-Arzt Boos bald mit seiner „kleinen Welt“ umziehen. Wohin und wann ist noch nicht ganz geklärt, in Hafennähe wird er aber bleiben, denn sein Museum heißt ja

unerforscht, zur Geltung kommen können. Gegenstände, die mit einem Punkt versehen sind, werden neben den Tierpräparaten von schützenswerten Arten in eine Stiftung gehen. So ist sichergestellt, dass sie auch langfristig



„Ich habe den Basar schon immer geliebt“: Der „neue Harry“ Gereon Boos inmitten seiner Verkaufsausstellung

Bild: CRS

schließlich „Hamburger Hafenbasar“.

In der neuen Lokalität, so viel steht schon fest, soll es eine wirkliche Ausstellung geben, eben ein Museum, in dem auch Exponate aus dem 27 Kubikmeter großen Lagerraum, bislang noch völlig

erhalten und für die Nachwelt bewahrt werden.

Gereon Boos hat neben dem Medizinstudium eine kaufmännische Ausbildung absolviert, hat für große Unternehmen und Stiftungen gearbeitet und in „Harrys Hafenbasar“ seine erste Maske

gekauft. Seitdem ist er von diesem „Laden“ infiziert. Diese Kuriosität stand nach dem Tod von Rosenbergs Tochter Karin zum Verkauf und Boos musste nicht lange überlegen, um zu wissen, dass er diese Hamburgensie erhalten und schützen möchte. Nach einigen Monaten der Eingewöhnung geht er immer noch auf Entdeckungstour. Beispielsweise hat er in einem Karton mit der Aufschrift „Sommerkleidung“ einen Alligatorschädel entdeckt. Seiner ersten großen Herausforderung stand er gegenüber, als aus dem Basar ein Nashorn-Horn gestohlen wurde.

Wie geht er mit diesen Schätzen aus Ebenholz und noch Wertvollere um? Er empfindet sein Museum als magisch. Sein Lieblingsort ist ein langer Gang, in dem aus aller Herren Länder Stücke stehen.

Die große weite Welt bereist er aber immer noch, denn die heutigen Seefahrer haben in Hamburg keinen Landgang, doch lebt der Hafenbasar davon, dass immer neue Kuriositäten, Exotisches oder Wertvolles Eingang in die 39 Räume des Museums finden.

Christiane Rinser-Schrot

Harrys Hamburger Hafenbasar und Museum, Erichstraße 56/Ecke Balduinstraße, 20359 Hamburg. Geöffnet täglich von 12 bis 18 Uhr, Eintritt: 4 / 2 Euro. Weitere Informationen: www.hafenbasar.de

Ein Gutshaus erzählt

Polnische Familienchronik

In dem Roman „Die Lebenden und die Geister“ berichtet die Autorin Diane Meur von den Umbrüchen in Europa, vorrangig im Polen des 19. Jahrhunderts. Als es dem ebenso schönen wie hochnäsigen Jozef Zemka gelingt, nicht nur den Posten des Gutsverwalters des Gutes des Barons von Kotz in Galizien, sondern auch noch das Herz von dessen Tochter zu erringen, scheint sich das Leben des jungen Emporkömmlings endlich zum Guten zu wenden. Die Tatsache, dass seine pummelige Ehefrau Clara nur Töchter zur Welt bringt, lässt ihn dennoch mit seinem Schicksal hadern. Es sind jedoch Zeiten des Wandels, politische und soziale Veränderungen warten praktisch schon vor der Tür. Und somit kann der wenig umgängliche Jozef Zemka nur einen Teil seiner Energie darauf verwenden, seine wenig elegante Ehefrau heimlich zu tyrannisieren.

Adel verdrängt Veränderungen

„Kommen Sie, Onkel, Sie machen schöne Worte. Sind es vielleicht die Aristokraten, die bei Euch Heu einfahren und den Boden bestellen? Die Adelsrepublik war ein Mythos, ein gefährlicher Mythos; er hat Polens Untergang beschleunigt. Und unser Vaterland wird nicht ohne sein Volk, sein wahres Volk, wiedererstehen.“ Wie scharf er zu ihm spricht, der Sohn seines Bruders, wo er doch immerhin sein Onkel, sein künftiger Wohltäter ist! Vielleicht zum ersten Mal in seinem Leben muss sich Jozef die Argumente eines Ebenbürtigen anhören, und seine festen Standpunkte wanken. Wie bitte? Was er sein Leben lang in Ehren zu halten gelernt hat, soll nur ein Mythos sein ...?“

Diane Meur umfasst in ihrem Roman ein Jahrhundert polnischer Zeitgeschichte und vier Generationen, das Ende einer alten

und den Beginn einer neuen Ära. Der stark geschichtslastige Roman lässt jedoch wenig Raum für Gefühle. Zwar wird in der Familiensaga auch über Schicksalsschläge, verbotene Liebschaften und Heimlichkeiten berichtet, doch werden die Emotionen der Personen nur beiläufig erwähnt. Ungewöhnlicherweise lässt Meur den gesamten Roman aus der Sicht des Anwesens erzählen, was eine Erklärung für die fehlenden großen Gefühle darstellt und den Vorteil hat, dass der Leser immer erfährt, was sich gerade in welchem Teil des Hauses so abspielt.

Stets sind die Berichte des Anwesens von einer sanften Trägheit geprägt. Das Haus scheint sich zwar für das Schicksal seiner Bewohner zu interessieren, beobachtet jedoch stets die mehr oder minder aufregenden Ereignisse mit Gelassenheit, da ein Eingreifen sowieso nicht möglich ist. Es gibt jedoch auch Geheimnisse, welche sogar für das Haus ungeöffnet bleiben: „Ich komme und gehe, ohne mich besonders vor-

zusehen: Nachts wundert sich niemand über das Knarren meines Parketts oder meines Gebälks. Ich schlüpfte durch Flure, in denen die Dunkelheit beinahe fassbar ist, wo sich eine kleine Jagdszene und eine Ansicht von Krakow an der Wand langweilen, und auf einer Anrichte ein Strauß verblühter Blumen vor sich hin welkt. Ich steige hinauf und hinter; die Uhren ticken, die Minder atmen, Würmer nagen unermüdlich im Schrankboden ...“

„Die Lebenden und die Geister“ ist ein historischer Roman mit Klasse. Das Debütwerk der jungen französischen Autorin Diane Meur wurde bereits mit zahlreichen Preisen geehrt. *Vanessa Ney*

Diane Meur: „Die Lebenden und die Geister“, dtv, München 2012, broschiert, 528 Seiten, 12,90 Euro

Alle Bücher sind über den PMD, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.



Goldener Käfig der Komintern

Zeitzeugin erinnert sich an ihren Aufenthalt im legendären Hotel Lux

Im letzten Jahr lief Leanders Haubmanns Tragikomödie „Hotel Lux“ im Kino. Einen Einblick in die bewegte Geschichte des legendären Moskauer Hotels gewährt Ruth von Mayenburgs Augenzeugenbericht „Hotel Lux. Die Menschenfalle“. Die erstmals 1978 veröffentlichten Erinnerungen der österreichischen Publizistin sind anlässlich der Film Premiere in einer Neuauflage erschienen. Darin schildert die Autorin, wie sie als Architekturstudentin 1930 im Wiener Kreis junger Sozialisten verkehrte. Hier traf sie auf Intellektuelle wie den Schriftsteller Elias Canetti oder den Feuilletonredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ und ihren späteren Ehemann Ernst Fischer, die ihr politisches Denken beeinflussten.

1934 nahm von Mayenburg aktiv am Februaraufstand teil und floh anschließend ins Ausland – erst nach Prag, dann in die Sowjetunion. Im Exil schloss sie sich der illegalen Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) an. Sie unterstützte die Rote Armee als Kurier sowie als Mitarbeiterin der Propaganda-Abteilung während des Zweiten Weltkrieges und war im Pressebüro der Kommunistischen Internationalen (Komintern) tätig.

Von 1938 bis 1945 fand sie mit ihrem Mann Zuflucht im „Lux“, dem „Hauptquartier der Weltrevolution“. Sieben Jahre lang bewohnten sie das Zimmer Nr. 271 im sechsten Stock des Hotels. Vor den Nationalsozialisten geflohene Emigranten aus aller Welt gaben sich in dem seit 1933 von der Komintern genutzten Gästehaus die Klinke in die Hand. Einige von ihnen wie Heinz Neumann, Chefredakteur der „Roten Fahne“ und KPD-Reichstagsabgeordneter, und Heinz Kurella, Bruder des späteren Zentralkomitee-Sekretärs in der DDR Alfred Kurella, verschwanden während der stalinistischen Säuberungen im Gefängnis, im Gulag oder in Massengräbern. „Was die Gestapo von der KPD übriggelassen hat, das hat die NKWD [= sowjetischer Geheimdienst] aufgelesen!“, zitiert die Autorin einen makaber. Andere machten nach dem Krieg politische Karriere, darunter Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Herbert Wehner, Ho Chi Minh oder Marschall Tito.

Eindrucksvoll beschreibt von Mayenburg die Atmosphäre der Furcht, des Misstrauens und des Verdachts, die auf den Fluren des „Lux“ herrschte. „Aus der Kampf-

gemeinschaft wurde eine Angstgemeinschaft“, in der jeder stetig damit rechnen musste, vom sowjetischen Geheimdienst abgeholt zu werden. Die Bewohner lenkten sich mit Schach oder Domino ab, um nicht die Angst zu spüren. Manche liefen in ihren Kammern nervös auf und ab, rauchten eine Zigarette nach der anderen neben gepackten Koffern, die griffbereit für den Zwangstransport ins Gefängnis standen. Vom einstigen Luxus des Gebäudes zeugte nur noch die Fassade. Der „Goldene Käfig der Komintern“ hatte aufgrund der Überfüllung durch unfreiwillige politische Gäste bald allenfalls den Charme einer Jugendherberge. Männer und Frauen drängelten sich in den engen Mehrbettzimmern und Gruppenuschen. Warmwasser gab es lediglich zweimal pro Woche. Durch die nahe gelegene Bäckerei ange-lockte Ratten huschten durch das Haus. Sarkastisch kommentiert die Autorin: „Die einzigen Insassen, die sich kontinuierlich durch die Geschichte des Hauses verfolgen lassen, sind die Ratten.“

Neben den tragischen Schicksalen berichtet die Autorin auch von skurrilen Hotelgeschichten wie der Organisation des III. Weltkon-

gresses der Komintern. Die Veranstalter hatten nämlich nicht bedacht, dass sich entlang der Twerskaja-Straße verarmte Frauen der „entmachteten Klassen“ prostituierten. Ernst Thälmann soll eines Morgens beim Frühstück ausgerufen haben: „Wat sagt ihr – heut hab ich für ‘ne Dose Kondensmilch mit ‘ner Großfürstin gepennt!“ Von Mayenburg folgert daraus, dass der „Mensch nicht nur von der Politik lebt und der revolutionäre Klassenkämpfer nicht auf Anhieb ein makelloser reiner Held ist“.

Die Publizistin hat das Hotel Lux überlebt und reiste 1945 wieder nach Wien. Dort trat sie in den 1960er Jahren aus der Kommunistischen Partei aus. 1991, zwei Jahre vor ihrem Tod, kehrte sie noch einmal mit dem Filmemacher Heinrich Breloer für eine Dokumentation an den historischen Ort zurück. Die Neuauflage des Zeitzeugenberichts von Mayenburgs enthält bislang unveröffentlichte Drehbuchnotizen Breloers. Entstanden ist ein erschütterndes Dokument über größtenteils vergessene oder verschwiegene Schicksale der Gäste des Hotel Lux.

Sophia E. Gerber

Ruth von Mayenburg: „Hotel Lux. Die Menschenfalle. Eine Reise – ein Film von Heinrich Breloer“, Sandmann Verlag, München 2011, geb., 384 Seiten, 24,80 Euro



Kriminalroman „Jännöd“ hat sich die Autorin Andrea Maria Schenkel auch für ihr neuestes Werk „Finsterau“ von einem wahren Fall inspirieren lassen. Doch da dieser nicht verjährt ist, hat sie Ort und Protagonisten fremden und den Rest ihrer Phantasie überlassen müssen.

Es hatte doch alles so eindeutig ausgesehen, die mit der Hacke er-

Der Vater war nicht der Mörder

Autorin ließ sich von einem wahren Kriminalfall inspirieren

Genauso wie für ihren erfolgreichen, 2009 verfilmten

schlagene Tochter Afra, daneben ihr tödlich verletztes Kleinkind Albert und ihr verwirrt wirkender Vater Johann, dessen Bekleidung von ihrem Blut nur so triefte. Zudem gab es doch genügend Zeugen, die belegen konnten, wie der Vater, als seine Tochter 1944 schwanger sowie unverheiratet heimkehrte war und auch noch offen bekannt hatte, dass das Kind von einem französischen Zwangsarbeiter stammte, diese ständig wüst beschimpft hatte. „Besonders das Kind war ihm ein Dorn im Auge. Es ist schon eine Schande, dass sie ein lediges Kind hat. Aber sie

war nicht die Erste und wird auch nicht die Letzte sein mit einem Bankerten. Dass man darüber so in Wut geraten kann, versteh ich bis heute nicht“, so der Dorfpolizist fast zwei Jahrzehnte nach der Tat. Aber weil es so eindeutig schien, wurde der Vater verurteilt und das Kapitel abgeschlossen. Doch 18 Jahre nach dem Mord taucht plötzlich ein Mann im Ort auf, der behauptet, der wahre Mörder laufe noch frei herum.

Die Autorin schildert die Geschichte aus verschiedenen Perspektiven. Einige Berichte stammen aus der Zeit direkt vor und

nach der Tat, einige aus der Zeit 18 Jahre danach, nachdem der Fremde dafür gesorgt hat, dass erneut ermittelt wird. Am Ende ist man traurig, dass Afra und dem von ihr geliebten Kind kein Glück beschieden war, keiner die Gründe für den Jähzorn des Vaters erkannte und die Mutter alleine in ihrer armseligen Behausung zurückblieb, während der Täter lange davonkam. Richtig berührt hat der Fall allerdings nicht. *Bel*

Andrea M. Schenkel: „Finsterau“, Hoffmann & Campe, Hamburg 2012, geb., 123 Seiten, 16,99 Euro

Ideale Illusion

Über die Korrekturen, die die Realität den konservativen Theorien abnötigt

Der Sammelband „Konservative Korrekturen“ macht einen etwas heterogenen, aber durchaus interessanten Eindruck. So beschreibt beispielsweise Christian Sebastian Mosers einleitender Aufsatz „Tafelsilber für die Waagschale“ den „Neokonservatismusstreit der 2000er Jahre in Politik und Feuilleton“. Er ist mit seinen rund 80 Seiten aber recht fußnoten- und literaturlastig geraten. Angesichts der Fülle von Zitaten und Namen verliert man ein wenig den roten Faden und auch die Lust am Lesen. Ein kompakterer, schlanker Essay mit ein paar knackigen Thesen wäre vielleicht besser gewesen.

Wesentlich greifbarer ist der zweite Beitrag des Bandes. Gemeinhin sehnen sich Konservative ja nach einem starken Staat. Wenn dieser starke Staat in einem Sammelband mit dem programmatischen Titel „Konservative Korrekturen“ als „Ideal und Illusion“ bezeichnet wird, dann stellt dies zu-

nächst einmal eine Zumutung für konservativ denkende Menschen dar. Autor des Artikels ist der „FAZ“-Redakteur Philip Plickert, der die Ordnungspolitik nach der Finanzkrise (vielleicht auch vor der nächsten Finanzkrise) beleuchtet. Sein Beitrag ist gut geschrieben, und man kann dem jungen Volkswirt sicher in vielem zustimmen. Allerdings läuft er manchmal Gefahr, seine schönen volkswirtschaftlichen Ideengebäude, die in der Theorie sicher alle prima funktionieren, mit der Wirklichkeit zu verwechseln. Es gibt eben letztlich keine „reinen Lehren“, kein Schwarz und Weiß, sondern nur ein häufig verwaschenes Grau. Das ist aber etwas langweilig, da steile Thesen oft mehr Interesse wecken.

Plickert hat den Mut zu Meinungen, die dem Zeitgeist widersprechen. So schreibt er, dass dem viel beklagten Marktversagen in der Finanzkrise ein „(Geld- und Finanz-)Politikversagen“ vorausgegangen sei. Im Ursprungsland der

Krise, den Vereinigten Staaten, habe eine Mischung aus expansiver Geldpolitik, stimulierender Fiskalpolitik und fehlgeleiteter Sozialpolitik zum großen Knall und Einsturz des Kartenhauses geführt. Die fundamentale Korrektur, so der Autor, bestünde darin, „Abschied vom Staat als Marktteilnehmer zu nehmen und den Staat wieder als glaubwürdigen Schiedsrichter über die Spielregeln eines transparenten Marktes zu etablieren“.

Wenn Politiker Banker spielen, dann geht der Schuss häufig nach hinten los. Plickert zitiert aus einer Studie der Ökonomen Harald Lau und Marcel Thum, wonach die öffentlich-rechtlichen Banken 2007 und 2008 durchschnittlich zweibis dreimal so hohe Verluste wie die privaten Banken eingefahren hätten. Zudem hätten die Ökonomen auch einen eklatanten Mangel an Kompetenz in den Aufsichtsräten festgestellt. „Politiker sind nicht die besseren Banker“, so Plickert.

Plickerts Beitrag endet ziemlich düster. Der (Sozial-)Staat ist überdehnt, das Land von „Überfremdung“ beziehungsweise den „falschen“ Einwanderern bedroht, die demografische Entwicklung fällt negativ aus. Dies mag alles so sein. Allerdings wünscht man sich beim Lesen dieses Beitrags manchmal einen fröhlichen Konservatismus mit einer positiven Ausstrahlung, der gewinnend wirkt.

Mosers zweiter Beitrag mit dem Titel „Volk ohne Volksparteien“ trägt klar die Handschrift seines Arbeitgebers, nämlich der Politischen Stiftung der ÖVP. Alles, was sich neben den immer kleiner werdenden Volksparteien tummelt, quasi dem linken und rechten Populismus zuzuordnen, erscheint ein wenig ungerecht. Schließlich sind auch Volksparteien oft vor Populismus nicht gefeit, schließlich wollen sie wieder gewählt werden. *Ansgar Lange*

Christian Moser, Philip Plickert, Till Kinzel, Roland Freudenstein, Christian Kasper: „Konservative Korrekturen“, Edition noir, Wien 2011, 252 Seiten, 9,50 Euro

Wegbereiter

Über die Dynastie der Piasten



Mit dem Begriff „Piasten“ können heute die Wenigsten etwas anfangen. Allenfalls denken sie an Piasten-Schokolade. Dabei handelt es sich um eine der bedeutendsten Dynastien Europas. Zahlreiche Herzöge und Könige

brachte sie hervor und hat fast 1000 Jahre hindurch die Geschichte Ost- und Mitteleuropas entscheidend mitgestaltet. Durch unzählige Heiraten verband sie sich eng mit den bedeutendsten europäischen, vor allem deutschen Herrschereschlechtern. Von ihren Königen aus dem Piastengeschlecht wurde Polen bis 1370 regiert und schon im frühen Mittelalter in der römisch-katholischen Form christianisiert. Piastherzöge herrschten mehr als 500 Jahre in ihren zahlreichen schlesischen Territorien, seit dem Vertrag von Trentschin als deutsche Reichsfürsten. Der letzte von ihnen, Herzog Georg Wilhelm von

Liegnitz-Brieg, starb in jungen Jahren 1675. Mit ihm erlosch eine der zahlreichsten europäischen Dynastien im Mannesstamme. Durch eifrige Förderung der deutschen Ostsiedlung wurden die Piasten zu wichtigen Wegbereitern der deutschen Kultur in Osteuropa.

Der Autor versammelt zahlreiche einzelne Personenbiografien zu den Herzögen und Königen in Polen sowie zu den schlesischen Herzögen und hat sich dadurch große Verdienste erworben. Aus verschiedenen Epochen und Quellentypen zusammengetragen, bietet diese Biografien ein umfassendes und faszinierendes Bild dieser einflussreichen Dynastie. Das Buch füllt eine spürbare Lücke in der Literatur zur immer aktuellen deutsch-polnischen Geschichte. *S. Freiherr von Zedlitz*

Förderung der deutschen Ostsiedlung

Clemens Vinkelau (Hrsg.): „Die Piasten – ein Biografisches Lexikon“, Medu-Verlag, Dreieich 2011, 349 Seiten, 24,95 Euro

MELDUNGEN

Prostitution
nimmt rasant zu

Athen – In Athen hat die Prostitution nach Angaben von Bürgermeister Giorgos Kominis im Jahresvergleich um 1500 Prozent zugenommen. Rund 20 000 Prostituierte tummeln sich demnach in der griechischen Hauptstadt, in der Mehrheit Immigranten, die trotz der schweren Krise Griechenlands immer noch massenhaft ins Land strömen. Die erfassten Infektionsfälle von Geschlechtskrankheiten haben um 580 Prozent zugenommen *H.H.*

Schmerzensgeld
für Islamisten

Straßburg – 20 000 Euro Schmerzensgeld muss Italien einem tunesischen Islamisten zahlen. Dies entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). 2010 hatte Italien den Tunesier abgeschoben und ihn so der Gefahr von Folter ausgesetzt. Damit hatte es eine Anordnung des EGMR ignoriert, das die Abschiebung des 2005 wegen „krimineller Verschwörung“ im Zusammenhang mit einer islamistischen Gruppierung in Tunesien Verurteilten untersagt hatte. *Bel*

ZUR PERSON

Präsident aus
spontaner Wut

Vom Hauptmann zum mali-schen Staatschef. Der Karriere-sprung von **Amadou Sanogo** kam ebenso überraschend wie ungeplant. Politisch bisher nicht aktiv, jagte der als Ausbilder an einer Militärschule tätige Berufsoffizier am 22. März Präsident Amadou Toumani Touré aus dem Amt. Diesen Schritt begründete er mit der Unfähigkeit seines Vorgängers, die Rebellion der Tuareg im Norden niederzuschlagen. Dabei handelte es sich nicht um einen geplanten Putsch, sondern eher um eine spontane Aktion in Folge eines Wutausbruchs der Militärs. Diese hatten Touré immer wieder vergeblich zu einem entschlosseneren Vorgehen gegen die Tuareg gedrängt, da deren politische und militärische Organisation MNLA Verbindungen zum Terrornetzwerk Al-Kaida unterhalten soll. Außerdem konnte ihr eine Zusammenarbeit mit der salafistischen Volksbewegung MPA nachgewiesen werden.

Im Jahre 1972 oder 1973 in Ségou im Süden Malis geboren, erhielt Sanogo seine militärische Ausbildung unter anderem in den USA, wo er ein Sprachtraining, mehrere Infanterielehrgänge und eine nachrichtendienstliche Schulung absolvierte. Er gilt als höflich und gebildet, als aufmerksamer Zuhörer und ein Mann, der seine Entscheidungen sorgsam abwägt. Sanogo erklärte, er werde die Verfassung und alle staatlichen Institutionen wieder für gültig erklären und zurücktreten, sobald seine Mission – die Niederschlagung der Tuareg-Revolution – erfüllt sei. Ob Sanogos gute Kontakte in die USA bei dem Putsch eine Rolle gespielt haben, sei dahingestellt. Immerhin kann es nicht im Interesse Washingtons liegen, dass das Land mit der drittgrößten Goldindustrie Afrikas in die Hände islamischer Extremisten fällt. Sanogo könnte ein Garant dafür sein, dass das nicht geschieht. *J.H.*



Packende Flugreise

Zeichnung: Mohr

Sparen war gestern

Wie Frau von der Leyen die Untertanen rettet, warum es keine »Eon-Frauen« gibt, und wie Frau Kraft die Zeichen der Zeit erkannt hat / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Demnächst sollen Freiberufler also gezwungen werden, eine Rentenversicherung abzuschließen. Das sei nur in deren Sinn, sagt die treibende Kraft des Projekts, Ministerin Ursula von der Leyen. Schließlich gehe es um die Bekämpfung der grassierenden Altersarmut.

Donnerschlag! Die hatten wir gar nicht bemerkt, die Scharen ehemaliger niedergelassener Ärzte, Rechtsanwälte oder Architekten, die darben an der Suppenküche anstehen oder uns auf dem Bahnhof die leere Pfandflasche abtroteln vor lauter Altersarmut! Frau von der Leyen ist da viel sensibler und weiß, was zu tun ist zum Nutzen der Freiberufler. Und zu dem der großen Versicherer, für die sich ein fruchtbares Feld neuer Kunden auftut. Hier kann man auf fundierte Erfahrungen aufbauen. Über die Riesterrente wird ja auch bloß in den höchsten Tönen gesprochen – zumindest in den Kreisen der Versicherungswirtschaft.

Außerdem, wenn sich gutverdienende Freiberufler für den Lebensabend bloß Aktien, Wohnungen zum Vermieten oder Ähnliches zulegen, hat der Staat nur mittelbar etwas davon. Die Versicherer hingegen kaufen in rauen Mengen Staatsanleihen für die Privatrenten, da profitiert die öffentliche Hand viel mehr.

Am wichtigsten aber ist: Es geht der CDU-Ministerin ums Prinzip. Der Gedanke, dass da Leute ganz ohne staatliche Vorschrift für ihr Alter vorsorgen, war für Frau von der Leyen auf Dauer nicht zu ertragen. Nach welcher Façon ihre Untertanen glücklich werden, das bestimmen fürsorgliche Herrscher schon lieber selbst.

Das soziale Gewissen ist allerdings noch nicht überall erwacht. Die FDP hat sich zu unser aller Überraschung an ihre Grundsätze erinnert und die Auffanggesellschaft für die „Schleckerfrauen“ blockiert. Das hat ihr den ebenso feurigen wie geheuchelten Hass aller anderen Parteien eingebracht. Geheuchelt? Nun ja, hätte man so eine Gesellschaft für die Schlecker-Mitarbeiterinnen bereitgestellt, hätte man sie allen anderen Entlassenen dieses Landes kaum verweigern können. Politiker von SPD bis CSU sahen über-

all schon Zigtausende Demonstranten auftauchen mit Pappschildern: „Schlecker – und was wird aus uns?“ Da hätte selbst Kurt Beck schlecht argumentieren können. Gewitzt wie er ist, formte der SPD-Ministerpräsident seine Euphorie über die FDP-Blockade jedoch flugs in gespielte Empörung um: Schämen sollten sie sich, die kaltherzigen Liberalen!

Apropos „Schleckerfrauen“: Neulich stand ich kurz davor, den Kassierer in einem Hamburger Schlecker-Markt mal zu fragen, wie er sich denn so fühlt, er als Schleckerfrau. Gut, sicher, das ist jetzt ein bisschen polemisch. Tatsächlich sind das fast alle Frauen,

der Mann an der Kasse ist eine Ausnahme. Aber man stelle sich das mal anders herum vor. Da stehen Massentlassungen in einem Großbetrieb an, in dem fast nur Männer arbeiten und die Politiker und Gewerkschafter erfreuen sich, daher nur von den „XY-Männern“ zu reden. Die politische korrekte Reaktion liebe keinen Tag auf sich warten: „Das ist ja wieder mal typisch für die patriarchalische Denkweise in unserer Gesellschaft! Über die betroffenen Frauen spricht keiner!“

Es reicht allerdings nicht, Frau zu sein, um das soziale Gewissen zum Schwingen zu bringen. Berufsgruppe und Branche spielen ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Rolle. Gleichzeitig mit den 11 000 „Schleckerfrauen“ stehen rund 19 000 Beschäftigte, männliche wie weibliche, bei den Energieriesen Eon und RWE vor der Entlassung.

Das Stichwort „Energieriese“ jedoch verbaut jede Chance auf Mitleid: Wer da arbeitet, der stinkt bis hinab zum Hofkehrer nach „Atomlobby“ und hat daher keine „Auffanggesellschaft“ verdient. „Soziale Solidarität mit den Eon-Frauen“? Lächerlich.

Auch die Berufsgruppe ist wichtig: Haben Sie schon mal in Talkshows gehört, dass jemand „die Lebensumstände einer überarbeiteten Sekretärin bei einem Energiekonzern“ als Beispiel ge-

nommen hat für das harte Dasein, das viele Menschen in diesem Lande fristen? Nicht doch. Hingegen haben „Verkäuferin“ und „Krankenschwester“ sozialen Kultcharakter, sie sind ein „Muss“ in jeder Gerechtigkeitsdiskussion, denn sie entfalten heute die gleiche Debattenwirkung wie der Bergmann und der Stahlarbeiter in den 70ern und 80ern. Wer bei Anne Will und Co. Zeugnis ablegen will über sein Herz für die hart arbeitenden Menschen, der kommt nicht daran vorbei, wenigstens einmal „Krankenschwester“ oder „Verkäuferin“ zu sagen, so wie seine politischen Ahnherren vor 30 Jahren niemals als „sozial“

durchgingen, wenn sie die Erwähnung des „Kumpels im Revier“ vergessen hatten.

Ein Argument für die Schlecker-Auffanggesellschaft sticht allerdings alle Gegenmeinungen aus: „Für Banken und Griechen habt ihr jede erdenkliche Summe, die armen Verkäuferinnen aber sind euch egal.“ Da halten Sie mal gegen!

Die Euro-Finanzierung hat sich derart weit entfernt von jeder nachvollziehbaren Geld- und Finanzpolitik, dass man mit Hinweis darauf jede Ausgabe rechtfertigen könnte. Warum werden im Herbst die runtergefallenen Blätter nicht wieder an die Bäume geklebt? Für die Banken habt ihr Geld, die Spaziergänger aber lasst ihr von Blättern ungeschützt durch den sozialkalten Wintersturm stapfen! Das bringt ihr fertig, obwohl Frauen (!), sozial Benachteiligte (!) und sogar Migranten (!!) von der menschenverachtenden Zugluft in den unbelaubten Wäldern betroffen sind. Nicht zu vergessen „die Krankenschwester, die nach aufreibender Schicht durch die blätterlose Allee ...“ Ja richtig, aber frieren Technische Zeichnerinnen nicht ebenso? „Lenken Sie jetzt nicht vom Thema ab!“

Sinnvoll oder nicht: Fest steht, dass wir mit dem Blätterankleben Zigtausende Arbeitsplätze gerade für besonders schwer vermittelbaren Geringqualifizierte schaffen,

während die ungleich teurere „Euro-Rettung“ bloß Verwüstungen anrichtet, an denen die Deutschen noch in Generationen zu beißen haben werden.

Wo sämtliche Früchte einer seriösen Finanzpolitik von gigantischen Narreteien à la Rettungsschirm etc. plattgewalzt werden, da muss man ohnehin ganz neu denken, dachte sich Hannelore Kraft. Die SPD-Ministerpräsidentin und Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen hat die Lösung: Prassen, was das Zeug hält.

Ihre Amtsübernahme fiel mitten in die Schuldenkrise Ende 2010. Doch statt zu sparen gab Frau Kraft die Devise aus: „Die Schulden von heute sind die Einnahmen von morgen.“ Das hat sie wirklich gesagt, wörtlich! Konsequenz legte Kraft einen Nachtragshaushalt mit der Rekordneuschuldung von 8,4 Milliarden Euro vor, stellte Hunderte Beamte ein und schaffte die Studiengebühren ab. Wie NRW die Schuldenbremse 2020 einhalten will? An die glaubt doch eh keiner.

Die NRW-Wähler auch nicht, wie die Umfrage-Resultate für Frau Kraft ergeben. Was ihr noch hilft: Bei der Wahl im Mai können sich die Eon- und RWE-Mitarbeiter bei Norbert Röttgen bedanken, dessen Energiewende ihre Stellen gekostet hat. Man hätte dem Röttgen stecken sollen, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem Windrad-Acker, der einmal Schleswig-Holstein war, und einem Industriezentrum wie NRW. Und dass es daher dort auch andere Wähler geben könnte.

Hannelore Kraft hat mit ihrer Politik den Trend in Europa richtig erkannt: In Frankreich rüttelt mit François Hollande ein Sozialist an der Tür des Präsidentenpalastes, der von „Reform“ und „Sparen“ nichts wissen will; in Griechenland setzen linke und rechte Ultras, die das ganz ähnlich sehen, zum Sturm an; und in der Mitte thront mit Mario Draghi ein Zentralbankchef, aus dessen Haus das frische Geld für alle Wohltaten quillt wie Klopapier aus dem Zellstoffwerk.

Bei so viel schuldengestützter sozialer Wärme wird es irgendwann richtig heiß. Es ist die Hitze des Feuers, das wir Inflation nennen.

MEINUNGEN

Ifo-Chef Hans-Werner Sinn moniert in den „Deutschen Mittelstands-Nachrichten“ (24. März), dass die Politik durch immer noch umfangreichere „Euro-Rettungsmaßnahmen“ sehenden Auges die Risiken für die deutschen Sparer und Steuerzahler erhöht:

„Je mehr Kredit wir dorthin geben, desto größer werden die Schulden der Länder, und desto größer wird unser Verlust. Aber für die Politiker ist es von Vorteil, wenn man den Zeitpunkt der Wahrheit hinauszögert, denn sie wollen zunächst einmal nur die nächste Wahl gewinnen. Dass die Schulden so immer größer werden, stört offenbar weniger ... Ich bin sehr gespannt, wie lange die Bürger das alles noch mitmachen.“

Der Wirtschaftsexperte **Bert Rürup** im „Handelsblatt“ vom 29. März über die Euro-Rettung:

„Aber wenn wir ehrlich sind, sind wir in Europa doch schon sehr viel weiter, als es die Politik der Bevölkerung sagt ... Und wir haben mit dem Euro-Rettungsfonds längst Gemeinschaftsanleihen, Euro-Bonds light.“

Familienministerin **Kristina Schröder** lehnt im „Spiegel“ vom 26. März erneut entschieden die Einführung einer Frauenquote ab:

„Die Quote ist ein Instrument von gestern, ihr liegt ein kollektivistisches Denken zugrunde. Sie wird dafür sorgen, dass ein paar Frauen ins Schaufenster gestellt werden. In der Regel werden das Frauen sein, die selbst keine familiären Verpflichtungen haben. Und in den Ebenen darunter wird sich nichts ändern ... Es ist doch nicht so, dass wir Frauen nur Opfer der Verhältnisse sind und keinen eigenen Kopf haben. Wir wollen kein Mitleid, wir wollen keine Bevorzugung, wir wollen einfach nur faire Chancen.“

Ostergedanken

Der Kaiser Konstantin bewies, wie's sicher geht ins Paradies, er ließ sich nämlich taufen – indessen war die Frau Mama, die echte fromme Helena, gar oft beim Haare raufen.

Ihr Kummer war ja, dass der Spross sich erst am Sterbebett entschloss – wengleich aus guten Gründen: Es spült das heilige Sakrament bei jenem, der's empfängt, dezent hinweg auch alle Sünden.

Anstatt zu beichten lebenslang, gelingt es so, manch schweren Gang und viel an Zeit zu sparen – ein Leerverkauf, bei dem's drum geht, dass man die rechte Zeit errät, sonst wär's total verfahren.

Dem Fidel Castro bleibt's verbaut: Als früh Getaufter – arme Haut – ist sichtlich grad deswegen er pubertär mutiert zum Saul!

Doch schon dank Papst Johannes Paul begann sich was zu regen.

So hat, vom Heiligen Geist berührt, er Weihnacht wieder eingeführt, das abgeschafft gewesen, und nun half noch Papst Benedikt, als hätt' der Himmel ihn geschickt, der Seele zu genesen.

Der Bruder Raul, das nebenbei, gibt jetzt gar den Karfreitag frei, um auch was einzurenken – tja, wenn man über achtzig ist, muss offenbar selbst als Marxist man an die Zukunft denken ...